

# zivilschutz magazin





Blick in die Geschichte

Historische Katastrophen im Spiegel der Zeit

# 500 Menschen fielen den Flammen zum Opfer

Heute: Der Chikagoer Theaterbrand im Jahre 1903

„Ein Brand im Theater, im Zirkus oder in einem Ausstellungsraum ruft bei den Besuchern panischen Schrecken hervor; alles stürzt rücksichtslos zum Ausgang. Es erfordert viel Mut und Energie, die Panikstimmung von vornherein zu bannen, um größeres Unglück zu verhüten.“

Die Chronik zeigt, wieviel dagegen gesündigt ist. Weniger der Brand selbst als das unbesonnene Verhalten der Menschenmenge hat schwere Katastrophen heraufbeschworen.“ So schreibt Dr. Albert Herrmann in seinem Buch „Katastrophen, Naturgewalten und Menschenschicksale“, in dem es weiter heißt: „Der schwerste Brand des 19. Jahrhunderts war in Kanton im Jahre 1845, bei dem 1645 Menschen verbrannten und ebenso viele verwundet wurden; die furchtbare Ausdehnung des Unglücks ist allerdings auf die bauliche Eigenart chinesischer Theater zurückzuführen, die wegen ihrer ausschließlichen Verwendung von Holz und Leinwand und anderen leicht brennbaren Materialien geradezu die Brandkatastrophe herausforderten.“

500 Menschen fanden den Tod bei einem Brand des Chikagoer Theaters, über den Dr. Herrmann folgendes schreibt: „... Daß aber auch die Verwendung elektrischer Kraft die unmittelbare Ursache von entsetzlichen Katastrophen sein kann, beweist der furchtbare Theaterbrand in Chicago am 30. Dezember 1903.“

Die näheren Umstände waren folgende: Es wurde als Nachmittagsvorstellung ‚Blaubart der Jüngere‘ gegeben. Zwar handelte es sich um einen ganz gewöhnlichen Schmarren mit Musik, Gesang und Ballett, aber die Schaulustigen füllten doch bald das 2000 Personen fassende Theater. Als um 14.30 Uhr mit einer viertelstündigen Verspätung der Vorhang aufging, war jeder der roten Plüschsitze besetzt. In den Gängen hinter dem Balkon und den Galerien drängten sich Hunderte, die keinen Platz mehr erwischen konnten. Auf dem Balkon wie auch im Parkett war die Zahl der Stehplätze durch polizeiliche Vorschrift sehr beschränkt, aber nur im Parkett war ein Schutzmännchen vom Dienst.

Einige Minuten, nachdem der Vorhang zum zweiten Male hochgegangen war, begannen plötzlich die Stimmen einiger Choristinnen zu zittern; aber sie sangen weiter, während ihre Augen der kleinen Flamme

folgen, die in den Kulissen der rechten Seite ganz nahe dem Proszenium über einem verkohlten elektrischen Leitungsdraht aufgelodert ist. Zwei Bedienstete versuchen, sich auf den Fußspitzen reckend, sie mit Brettern auszuschlagen. Der Komiker sieht ohne besonderen Anlaß aus seiner Garderobe auf den hinteren Teil der Bühne und beobachtet durch die Kulissen, wie sich die Flamme ausbreitet. Er stürzt Hals über Kopf nur im Hemd und Hose auf die Bühne. Er tritt an die Rampe und beruhigt das Publikum, das überhaupt den ganzen Vorgang noch nicht begriffen hat, daß ein kleines Feuer ausgebrochen sei, aber keinerlei Gefahr birgt, und gibt dem Kapellmeister noch den Auftrag, sofort einen Marsch zu spielen.

Dieses alles hat sich nur in Sekunden abgespielt; aber sie genügen, um die gesamte rechte Hälfte der Bühne in Flammen aufgehen zu lassen. Die Musiker beobachten das zuerst, und nur wenige fallen ein, als der Kapellmeister den Taktstock hebt. Zum selben Augenblick befiehlt der Komiker, der als einziger die Situation erfaßt hat: ‚Asbestvorhang herunter und alles von der Bühne!‘ Aber im Zuschauerraum gelte plötzlich eine schrille Stimme: ‚Feuer!‘ – Die Panik bricht aus und spricht das Todesurteil über mehr als 500 Menschen.

Der Asbestvorhang hatte leider versagt und senkte sich nur halb über die Bühne herab. Den nur auf halber Höhe herabgelassenen Vorhang erfaßte die Zugluft, die von der Bühne über den Zuschauerraum durch die gleichzeitig geöffneten Türen des Hauses wehte und ließ die Flammen auch die Kulissen der linken Seite ergreifen und machte den ganzen Bühnenraum zu einem einzigen Feuerkessel. Das Übergreifen des Feuers auf den Zuschauerraum war nur noch das Werk einiger Minuten. Die Ursache der großen Katastrophe war tatsächlich Kurzschluß in einem Leitungsdraht der elektrischen Anlage, der durch die Kulissen gezogen war.

## STELLENAUSSCHREIBUNG

Beim Bundesverband für den Selbstschutz, bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts (Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern), sind nachfolgend aufgeführte Stellen zu besetzen:

1. **Leiter(in) der BVS-Dienststelle Gelsenkirchen**  
(Verg.-Gr. IVa BAT) – ab sofort
2. **Leiter(in) der BVS-Dienststelle Braunschweig**  
(Verg.-Gr. IVa BAT) – ab 1. 10. 1984
3. **Fachbearbeiter(in) bei der Dienststelle Ludwigshafen**  
(Verg.-Gr. Vb BAT) – ab sofort
4. **Fachbearbeiter(in) bei der BVS-Dienststelle Münster**  
(Verg.-Gr. Vb BAT) – ab sofort
5. **Fachbearbeiter(in) bei der BVS-Dienststelle Unna**  
(Verg.-Gr. Vb BAT) – ab sofort
6. **Fachbearbeiter(in) bei der BVS-Dienststelle Deggendorf**  
(Verg.-Gr. Vb BAT) – ab sofort

Die Bewerber sollten über umfangreiche Kenntnisse auf dem Sektor des Zivil-, Katastrophen- und Selbstschutzes verfügen.

Bis zum Abschluß der Fachausbildung erfolgt die Eingruppierung eine Vergütungsgruppe niedriger.

Wir bieten außer einer angemessenen Vergütung die im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (Personalbogen mit Lichtbild, Lebenslauf, Ausbildungs- und Befähigungsnachweise) sind bis zum 15. Juli 1984 zu richten an den

**Bundesverband für den Selbstschutz**  
– **Bundeshauptstelle** –  
**Eupener Straße 74, 5000 Köln 41**

Personalbogen wird auf schriftliche Anforderung übersandt.

Bei ha. Beschäftigten des BVS genügt formlose Bewerbung auf dem Dienstweg.



# zivilschutz magazin



ISSN 0173-7872

Mai  
5/84

Dieses Heft ist mit Ausnahme des Umschlags aus 100 Prozent Altpapier hergestellt! Helfen Sie mit, hochwertigen Rohstoff zu erhalten. Falls Sie das ZS-Magazin nicht sammeln, geben Sie das gelesene Heft – nach Entfernen des Umschlags – zur Altpapiersammlung.



## Impressum

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz Eupener Straße 74, 5 Köln 41  
Telefon: (0221) 49881

## Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz  
Das „Zivilschutz-Magazin“ erscheint monatlich, im Juli/August als Doppelnummer.

## Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

## Redaktion:

Jochen von Arnim  
Dorothee Boeken  
Günter Sers

## Layout:

Paul Claes

## Druck, Herstellung und Vertrieb:

A. Bernecker  
Postfach 140, 3508 Melsungen  
Tel.: (05661) 8086, Telex: 09-9960

## Anschrift der Redaktion:

Eupener Straße 74, 5 Köln 41  
Postfach: 450247, Ruf (0221) 49881

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 2,80.  
Abonnement jährlich DM 33,60, zzgl. Versandkosten.

Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft sind 7 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Abonnements werden am Beginn des Bezugszeitraums berechnet. Kündigungen müssen bis 6 Wochen vor Ablauf der Bezugszeit schriftlich vorliegen, sonst verlängert sich das Abonnement um den bisher vereinbarten Bezugszeitraum. Wenn nicht ausdrücklich ein kürzerer Bezugszeitraum gewünscht ist, gilt das Kalenderjahr als vereinbart. Erfüllungsort und Zahlungsort ist Melsungen.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

## Inhalt

- 
- „Politiker befassen sich mit einem neuen Zivilschutzgesetz“** 8  
Stellungnahmen der CDU/CSU und F.D.P. liegen vor.
- 
- „Helfen kann dem Menschen nur der Mensch“** 9  
Weltrotkreuztag 1984 stand unter dem Motto „Durch Menschlichkeit zum Frieden“.
- 
- „Jagdbomber stürzte über Wohnblock ab: Zwei Tote“** 13  
Beinahe-Katastrophe am Krankenhaus in Linz am Rhein.
- 
- „Man weiß nie, was der nächste Moment bringt“** 14  
Katastrophenschutz-Einsatzübung „Rheingold '84“ in Düsseldorf.
- 
- „Ein ‚mobiles Team‘ für Großbeinsätze“** 17  
Feuerwehr Frankfurt stellt neue Fahrzeuge in Dienst.
- 
- „Damit im Ernstfall alles klappt“** 20  
Ratschläge für Anlage und Durchführung von Übungen.
- 
- „Humanitäre Gründe sprechen für die Katastrophenmedizin“** 25  
Die Notfallmedizin liefert wichtige Erkenntnisse für die Triage.
- 
- „Der Arzt als Diener der Humanität“** 29  
Gespräch mit dem Präsidenten der Deutschen Gesellschaft für Katastrophenmedizin.
- 
- „Afrika braucht die internationale Hilfe“** 43
- 
- „Kritik an Papierflut“** 47
- 
- „An einem Tag wie jeder andere“** 49
- 
- „Schwierige Aufgaben glänzend gemeistert“** 51
- 
- „ÖTV: ‚Teure Freiwillige!‘“** 53
- 
- „7095 Menschen vor möglichem Ertrinken bewahrt“** 57
- 
- „Das Minimagazin“** U 3
-



## Bald einheitliche Notrufnummer?

Aus dem Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen liegen Nachrichten vor, wonach die Bewilligungsstelle die Zuteilung einer bundeseinheitlichen Notrufnummer davon abhängig macht, daß eine bestimmte Mindestzahl solcher Anschlüsse im Bundesgebiet beantragt wird. Seit mehreren Jahren hatte das Deutsche Rote Kreuz schon diesbezügliche Verhandlungen mit dem zuständigen Ministerium geführt. Die Entscheidung, ob es nun bald zu einer bundeseinheitlichen Notrufnummer kommt, soll auch von Recherchen abhängig gemacht werden, die auf Länderebene durchgeführt werden sollen. Die Bundesländer sind für den Rettungsdienst zuständig.

Bereits zu einem früheren Zeitpunkt war geplant, für den Rettungsdienst bundesweit die Notrufnummer 19222 freizuhalten. Die Bundespost benötigt für die technische Einrichtung der bundeseinheitlichen Notrufnummer ungefähr zwei Jahre Zeit.

## Bundeseinheitliche Ausbildung gefordert

Aufbau und Ziele des Berufsverbandes der Rettungsassistenten (BVR) wurden in einem Gespräch mit dem Präsidenten der Bundesärztekammer, Dr. Vilmar, erörtert. Der Präsident des BVR, Dr. Gorgaß, forderte in Anpassung an die Ausbildung von Krankenschwestern, Krankenpflegern, Arzthelferinnen und anderen Gruppen aus den Heilhilfsberufen eine an der Aufgabenstellung orientierte, bundeseinheitliche berufliche Ausbildung der Sanitäter im Rettungsdienst.

Nach übereinstimmender Auffassung sollen Rettungsassistenten im Regelfall als qualifizierte Mitarbeiter des Notfall-/Rettungsarztes bei der präklinischen Versorgung lebensbedrohter Notfallpatienten eingesetzt werden. Rettungsassistenten müssen durch eine entsprechende Aus-

bildung in die Lage versetzt werden, bei Nichterreichbarkeit eines Notfall-/Rettungsarztes (unter den Bedingungen des § 323 c StGB) oder bei Massenfällen und Katastrophen erweiterte lebensrettende Sofortmaßnahmen, wie das Infundieren oder Intubieren, selbstständig durchzuführen, sofern sofortiges Handeln geboten ist und weniger eingreifende Verfahren zur Überlebenssicherung nicht ausreichen.

Die zweijährige Ausbildung von Rettungsassistenten nach dem vom Bundesverband der Rettungsassistenten erarbeiteten „Neuentwurf eines Gesetzes über den Beruf des Rettungsassistenten“ setzt sich aus einer einjährigen Basisausbildung zum Krankenpflegehelfer und einer einjährigen Ausbildung für die speziellen Belange des Rettungsdienstes zusammen.

Im Sinne einer sachgerechten Versorgung lebensbedrohter Patienten ist es nach Auffassung der Bundesärztekam-

mer und des BVR erforderlich, unverzüglich die Beratungen über einen „Neuentwurf des Gesetzes über den Beruf des Rettungsassistenten“ durch die zuständigen Gremien bei Bund und Ländern erfolgreich abzuschließen.

## 20 Verletzte bei Erdbeben

Mindestens 20 Verletzte forderte ein Erdbeben in der Nähe der Millionenstadt San Francisco in Kalifornien. Das Erdbeben Ende April erreichte die Stärke 6,2 auf der Richterskala. Die Sachschäden werden mit mehreren Millionen Dollar angegeben.

Während des Bebens wankten 30 Sekunden lang die Wolkenkratzer in San Francisco. Das Zentrum des Erdbebens lag 32 Kilometer südlich der Stadt San José in Morgan Hill. Ein Staudamm in der Nähe bekam Risse, mehrere Häuser wurden zerstört.

## Lkw stürzte acht Meter tief

Glück im Unglück hatte ein Lkw-Fahrer: Ein mit 24500 Kilo flüssigem Bitumen beladener Sattelschlepper aus Linz (Österreich) stürzte in Frankfurt von einer Brücke der Autobahn Würzburg-Frankfurt acht Meter in die Tiefe. Während die Zugmaschine auf der Brücke

liegenblieb, fiel der Anhänger des Sattelschleppers auf die Bundesstraße 3. Das heiße Bitumen floß über die Fahrbahn bis in den angrenzenden Wald. Der Lkw-Fahrer kam mit dem Leben davon.

(Foto: dpa)





## Platz für 463 Patienten

Im Rahmen einer Einrichtungsübung wurde Anfang Mai das mit Bundes- und Landesmitteln finanzierte unterirdische Hilfskrankenhaus in Bonn-Beuel unter einer Gesamtschule von Katastrophenschutzeinheiten der Stadt Bonn ausgestattet. Das Hilfskrankenhaus wurde mit einem Kostenaufwand von neun Millionen Mark für den Katastrophen- und Verteidigungsfall errichtet. Es bietet auf 2900 Quadratmetern Platz für 418 zwei-stöckige Pflegebetten in neun Stationen; darüber hinaus gibt es noch 25 Spezial- und 20 Kinderbetten. Bis zu 463 Patienten kann das Hilfskrankenhaus aufnehmen. Von einer über hundertköpfigen

Mannschaft aus Ärzten, Schwestern und Pflegern können die Patienten betreut werden.

Helfer des Deutschen Roten Kreuzes, des Technischen Hilfswerks, der Freiwilligen Feuerwehr, des Fernmeldedienstes und des Gesundheitsamtes der Stadt Bonn brachten im Rahmen einer Übung Einrichtungsgegenstände und Medikamente vom Lager in das Hilfskrankenhaus, dem – so das städtische Presseamt – noch ein Stammkrankenhaus für den Ernstfall fehlt. Das dpa-Foto zeigt DRK-Helfer in einem der vier unterirdischen Operationsräume.



## Städtetag gegen private Konkurrenz

Der Städtetag Nordrhein-Westfalen will auf eine Änderung des Personenbeförderungsgesetzes hinwirken. Grund ist die Klage des Städtetages, daß die öffentlichen Rettungsdienste durch die Konkurrenz privater, gewinnorientierter Krankentransportunternehmen zunehmend in finanzielle Bedrängnis gerieten. Die durch die private Konkurrenz bedingte Reduzierung der Einnahmen aus Krankentransporten stelle die Finanzierbarkeit des von den kommunalen Gebietskörperschaften getragenen öffentlichen Rettungswesens insgesamt in Frage.

## Brandschutz durch ortsfeste Feuerlöschanlagen

Brände zerstören jährlich Milliardenwerte. Täglich bringen sie Menschenleben in Gefahr. Durch ortsfeste Feuer-

löschanlagen könnten die meisten und größten Schäden vermieden werden.

An vier Fachtagungen mit dem Thema „Brandschutz durch ortsfeste Feuerlöschanlagen“ werden die neuesten Entwicklungen der Brandschutztechnik diskutiert, bewährte Systeme und ihr Stellenwert in einem Brandschutzkonzept erörtert sowie Fragen aus der Praxis behandelt.

Die Fachtagungen richten sich insbesondere an Architekten, Bauingenieure und Bauunternehmen, Brandschutzingenieure der Behörden und der Versicherungswirtschaft, Angehörige der Feuerwehren, Sicherheitsfachkräfte und für den Brandschutz Verantwortliche in Industrie, Handel, Gewerbe und Verwaltung. Die Termine sind in Köln am 9. Oktober 1984, in Stuttgart am 11. Oktober 1984, in München am 18. Oktober 1984 und in Hamburg am 7. November 1984. Informationen erteilt der Verband der Sachversicherer e.V., Postfach 102024, 5000 Köln 1, Telefon: (0221) 776-162 (Technisches Referat 3).

## Spranger: Zivilschutz ist Friedensdienst

Anlässlich der 33. Jahrestagung der Schutzkommission beim Bundesminister des Innern in Bad Schwalbach sprach der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Carl-Dieter Spranger. Er war in Vertretung von Dr. Zimmermann gekommen und dankte den Tagungsteilnehmern für „das bisher Geleistete“. Spranger bat sie, „weiterhin mit Ihrem hohen wissenschaftlichen Sachverstand, Ihrem Ideenreichtum und Ihrer Umsicht den Bundesminister des Innern bei den Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung zu beraten“.

Spranger fuhr weiter fort: „Ihr wissenschaftlicher Sachverstand, aber auch Ihr persönliches Eintreten für die humanitäre Aufgabe des Schutzes der Zivilbevölkerung werden heute so dringend benötigt wie damals. Die Waffen und die Bedrohungsformen eines Krieges wandeln sich ständig. Die Schutz- und Rettungsmaßnahmen müssen diesem Wandel laufend angepaßt werden. Dazu braucht der Staat den Rat erfahrener Wissenschaftler, die bereit sind, sich über ihre fachspezifischen Aufgaben hinaus mit den unbequemen und oft verdrängten schwierigen Problemen des Schutzes der Zivilbevölkerung auseinanderzusetzen.“

Folgenden Mitgliedern der Schutzkommission wurde auf Vorschlag des Bundesministers des Innern das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen: Prof. Dr. Theodor Fliedner, Ulm, Prof. Dr. Hans Hippus, München/Gräfenling und Prof. Dr. Friedrich Carl Wendt, Essen.

Während der Tagung stellte Carl-Dieter Spranger auch Ministerialdirigent Beyer als neuen Leiter der Abteilung Zivile Verteidigung vor.

Im Hinblick auf die Erarbeitung eines neuen Zivilschutzgesetzes erklärte der Staatssekretär wörtlich: „Der von mir bei der letzten Jahrestagung angekündigte Entwurf eines neuen Zivilschutzgesetzes wird z. Z. als Referentenentwurf im Bundesministerium des Innern fertiggestellt und wir möchten ihn möglichst noch in diesem Jahr beim Deutschen Bundestag einbringen.“ Darin enthalten sollen die allgemeine Schutzpflicht und das Gesundheitsschutzgesetz sein.

Zum Schluß erklärte Spranger: „Dieser Zivilschutz ist Friedensdienst und nicht Mittel einer Kriegsvorbereitung, als die er oft gerne hingestellt wird. Er trägt dazu bei, eine kriegerische Auseinandersetzung weniger wahrscheinlich zu



machen, weil er die Verteidigungsbereitschaft als Grundlage der friedenssichernden militärischen Abschreckung glaubwürdig macht. Wir sollten das für

den Zivilschutz Erforderliche maßvoll, entschlossen und ohne Panik tun. Ich bitte dazu auch weiterhin um die Unterstützung durch diese Kommission."

### Tausende informierten sich

Einen großen Erfolg verzeichnete das Landratsamt Dillingen a. d. Donau als Veranstalter des Katastrophenschutztages, zu dem auch der Jugendrotkreuz-Fanfarenzug aus Neustadt am Rübenberge gekommen war. Tausende informierten sich über die Leistungsschau der Katastrophenschutzorganisationen.

Landrat Dr. Dietrich hatte durch einen Rundgang mit Vertretern des öffentlichen Lebens und der Hilfsorganisationen den Katastrophenschutztag eröffnet und damit dokumentiert, welchen Stellenwert der Katastrophenschutz für den Landkreis hat.

Der Tag diente auch dazu, den Bürgern Gelegenheit zu geben, um mit den Helfern und Mitarbeitern der Hilfsorganisationen ins Gespräch zu kommen.

Die im Landkreis Dillingen a. d. Donau vertretenen Hilfsorganisationen hatten sich viel Mühe gemacht, der Bevölkerung eine eindrucksvolle Fahrzeug- und Geräteschau zu präsentieren. Sie boten damit der Öffentlichkeit einen umfassenden und eindrucksvollen Überblick über ihren Leistungsstand und die Einsatzmöglichkeiten. In eindrucksvollen Vorführungen demonstrierten die Helfer der Feuerwehren, des Bayerischen Roten Kreuzes, des Technischen Hilfswerks,



der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft, des Malteser-Hilfsdienstes und des ABC-Zuges ihr Können. Auch der Bundesverband für den Selbstschutz konnte an seinem Informationsstand viele Besucher zählen.

Küchenchef Willi Baur mit seinen Gehilfen hatte ebenso wie die Helfer des Betreuungszuges alle Hände voll zu tun, um Helfer und Bevölkerung zu versorgen.

### Campinggebiet unter Wasser

Das Fahrradfahren scheint immer noch Spaß zu machen: Nach schweren Regenfällen Ende Mai und Anfang Juni war

das Camping- und Freizeitgebiet um die Inheider Seen bei Hungen im Wetteraukreis teilweise überflutet. (Foto: dpa)



### Dr. Schnoor dankte Landesfeuerwehrverband

Innenminister Dr. Herbert Schnoor hat zur 4. Delegiertenversammlung des Landesfeuerwehrverbandes Nordrhein-Westfalen in Stolberg den Angehörigen der Feuerwehren seinen Dank ausgesprochen für ihr beispielhaftes Engagement und ihre große Opferbereitschaft. „Sie haben“, führte der Minister in seiner Ansprache aus, „auf ungezählte Stunden der Freizeit verzichtet, Sie waren immer bereit, notfalls unter Einsatz Ihres eigenen Lebens, den Gedanken der Nächstenliebe in die Tat umzusetzen.“

Die Zahlen des vergangenen Jahres verdeutlichen den Einsatz der Feuerwehr: Es wurden rund 42000 Brände gelöscht, fast 80000 technische Hilfeleistungen und annähernd eine Million Notfalleinsätze und Krankentransporte durchgeführt.

Dem Landesfeuerwehrverband Nordrhein-Westfalen gehören über 100000 Angehörige der Feuerwehren an. Schnoor wünschte dem Landesfeuerwehrverband für seine Tätigkeit weiterhin viel Glück und Erfolg.

In Stolberg, dem Tagungsort der Delegiertenversammlung, wurde gleichzeitig das hundertjährige Bestehen der Freiwilligen Feuerwehr und das 50jährige Bestehen einer Werkfeuerwehr gefeiert.

### „Spökenkieker 84“ in Münster

Stadtdirektor Dr. Werner Kelm, Katastrophenschutz-Dezernent der Stadt Münster, zeigte sich erfreut über die Leistungen der Hilfsorganisationen, die bei der Großübung „Spökenkieker 84“ ihr Können unter Beweis gestellt hatten. Übungsgrundlage war eine angenommene Explosion des ehemaligen Holländer-Camps in Handorf. Technisches Hilfswerk, Malteser-Hilfsdienst und die Feuerwehr waren mit der Bergung und der Versorgung von Verletzten beschäftigt.

Eine Überschwemmung mußte von der Feuerwehr unter Kontrolle gebracht werden. 50 Leicht- bis Schwerverletzte wurden von den Sanitätsorganisationen versorgt.

Zwei weitere „Unfälle“ während der Übung waren ein Eisenbahnauffahrunfall, wobei die Waggons sich entzündet hatten, sowie die Explosion einer Schute auf dem Dortmund-Ems-Kanal bei Hilstrup. Hier mußten die Helfer der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft, der Feuerwehr und des Technischen



Hilfswerks zupacken. Die Sanitätsdienste übernahmen das Deutsche Rote Kreuz, die Johanniter-Unfall-Hilfe und der Arbeiter-Samariter-Bund. Es wurden Behelfsunterkünfte für Evakuierte errichtet.

Zufriedenheit äußerten die Übungsteilnehmer bei der anschließenden Manöverkritik. Lediglich die Funkverbindungen, die zeitweise schlecht gewesen waren, wurden bemängelt.

### Tagungsthema: Bekämpfung von Waldbrandkatastrophen

„Fortschritte bei der Brand- und Katastrophenbekämpfung aus der Luft“ lautete das Thema des 2. Internationalen wissenschaftlich-technischen Symposiums, das der Bundesminister für Forschung und Technologie in Bremen veranstaltete. Referate und anschließende ausführliche Diskussionen zu sechs verschiedenen Themen dieses Aufgabebereiches standen auf der Tagesordnung. Zum Abschluß des zwei Tage dauernden Symposiums wurde den Tagungsteilnehmern der Abwurf von Brandbekämpfungsmitteln aus Transall-Feuerlösch-Flugzeugen auf dem Bremer Flughafen demonstriert.

In den Referaten und Diskussionen ging es in erster Linie um die Bekämpfung von großen Waldbrandkatastrophen in Europa, aber auch außereuropäischen Ländern. Zur Sprache kam dabei zudem der große Waldbrand 1975 in Niedersachsen. Diskutiert wurde der augenblickliche Entwicklungsstand von chemischen Lösch- und Brandmitteln. Vorgelegt wurden darüber hinaus die technischen Fortschritte bei den Brandbekämpfungs-Ausrüstungen für Flächenflugzeuge und Hubschrauber.

International besetzt war das Team der 30 Fachreferenten. Sie kamen unter anderem aus den Vereinigten Staaten, Kanada, Australien, Frankreich, Griechenland, Italien und Spanien sowie Israel.

„Die verheerenden Ausmaße, die Waldbrände annehmen können, und die weitreichenden ökonomischen und ökologischen Folgen erfordern den Einsatz aller technischen Hilfsmittel.“ Das betonte in seiner Rede während eines Senatsempfangs für die Tagungsteilnehmer Bremens Innensenator Volker Kröning. Wissenschaft und Technik sind nach Meinung des Innensensors herausgefordert, die Praxis über Stand und Weiterentwicklung der Brandbekämpfung und über die Fortschritte bei den Ausrüstungen der Flugzeuge zu informieren. In diesem Zusammenhang betonte er auch

die besondere Bedeutung von ausgeklügelten Einsatzkonzepten und -verfahren. Einen wesentlichen Dienst unter diesen Gesichtspunkten leistete das 2. Internationale wissenschaftlich-technische Symposium.

„Von besonderer Bedeutung im Rahmen dieser Tagung erscheint mir“,

sagte Senator Kröning, „daß ein Vorschlag der Europäischen Gemeinschaft über eine gemeinschaftliche Aktion zum verstärkten Schutz des Waldes gegen Brände vorgetragen wurde.“ Auf die Verhinderung von Waldbränden muß die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit nach seiner Auffassung immer wieder hingelenkt werden.

### ARKAT: Partnerschaftliche Zusammenarbeit

Am 14. April 1984 gründete sich in Moers die Arbeitsgemeinschaft der Helfer in den Regieeinheiten/-einrichtungen des Katastrophenschutzes im Lande Nordrhein-Westfalen (ARKAT). Zu der Gründungsversammlung waren rund 300 Interessenten erschienen, von denen 112 der ARKAT Nordrhein-Westfalen beitraten.

Die Gründungsversammlung stand unter der Schirmherrschaft des Landrates des Kreises Wesel, für den sein Stellvertreter Wirtz gekommen war. Neben den Vertretern der Stadt Moers und des Kreises Wesel waren auch Abordnungen der ARKAT Baden-Württemberg, ARKAT Niedersachsen, ARKAT Schleswig-Holstein und ARKAT Bad Kissingen anwesend.

Der Vorstand wurde durch die Mitgliederversammlung für drei Jahre gewählt. In seinen Dankworten gab der 1. Vorsitzende, Hans Hanßen, einen Ausblick auf die Ziele der ARKAT Nordrhein-Westfalen und versprach, daß der Vorstand den Katastrophen- und Zivilschutz för-

dern und für die Helfer in den Regieeinheiten „Sprachrohr“ sein will.

ARKAT will keine Konkurrenz zu den anderen privaten Hilfsorganisationen und der Bundesanstalt THW oder den Feuerwehren sein, sondern mit diesen partnerschaftlich zusammenarbeiten. Angekündigt wurde, daß der Vorstand in Kürze ein Gespräch mit dem Innenminister des Landes, Dr. Schnoor, sucht, um hier die Belange der Helfer in Regieeinheiten vorzutragen. Als weiteres haben alle ARKAT-Landesverbände beschlossen, alsbald die ARKAT „Bundesrepublik Deutschland“ zu gründen.

Das Foto zeigt die Aula im Berufsbildungszentrum in Moers während der Gründungsversammlung: in der ersten Reihe von links: Amtsleiter des Amtes für Zivilschutz und Rettungswesen Kreis Wesel, KVR Oppenberg, Dezernent für den KatS Kreis Wesel, LKVD Koch, stv. Landrat Kreis Wesel, Wirtz, stv. Bürgermeister der Stadt Moers, Rosendahl, Beigeordneter der Stadt Moers, Ophaelders. (Foto: Wohlfahrt)

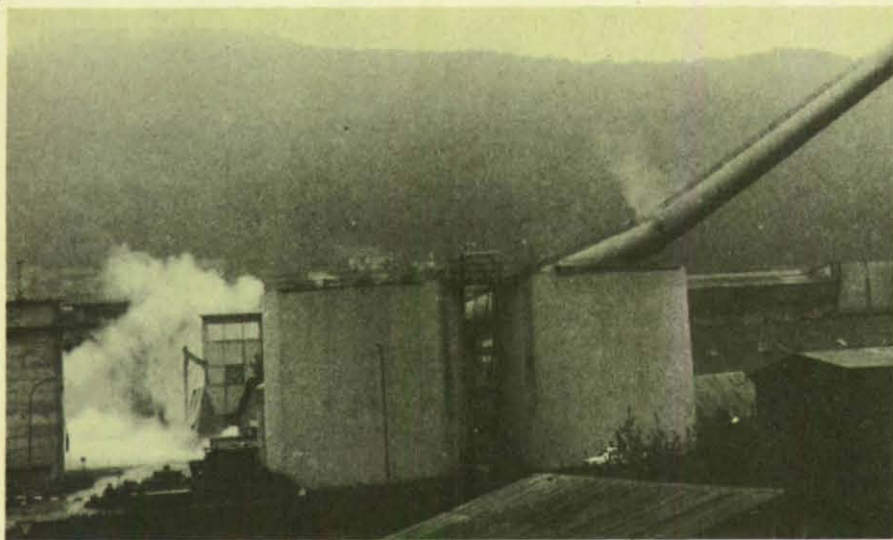


### Millionenschaden durch Schornsteinsprengung

Unplanmäßig verlief die Sprengung eines 120 Meter hohen Schornsteins eines stillgelegten Zementwerks in der Schweiz: Menschen wurden dabei zum Glück nicht verletzt, jedoch entstand ein

Sachschaden in Höhe von etwa einer Million Schweizer Franken (rund 1,2 Millionen Mark). Das Wahrzeichen der Schweizer Stadt Holderbank stürzte zum Teil auf eine Werkhalle, in der sich Ma-





schinen und Archive der Fabrik befanden. Grund für die unplanmäßige Sprengung war das Fundament, das nicht so stark wie berechnet war. Zunächst sackte die 120 Meter hohe Eisenbetonkonstruktion etwa 20 Meter in sich hinein und beim Aufprall der Kaminröhre auf den Schutthaufen des Fun-

daments verschob sich ihre Falllinie um einige Meter von der berechneten Achse. Darüberhinaus brach der obere Teil des Kamins auseinander und ein Stück stürzte auf das Werkstattgebäude. Rund 40 Leute waren an den Vorbereitungs- und Sprengarbeiten beteiligt gewesen. (Foto: dpa)

### Giftalarm im Hafen

Giftalarm im Hamburger Freihafen: Am Schuppen 57 waren Mitte Mai mehrere mit Pestiziden gefüllte Fünf-Liter-Behälter durch Beschädigung undicht gewor-

den. In spezieller Schutzkleidung rückten Feuerwehrlaute an, um die Behälter zum Weitertransport an eine Spezialfirma in „Überfässer“ umzuladen. (Foto: dpa)



### Namens-Streit um den „Notarzt“

Um die Bezeichnung des allseits bekannten „Notarztes“ ist jetzt ein Namens-Streit entstanden, denn es ist bekanntgeworden, daß die Bundesärztekammer den Notarzt in einen „Rettungsarzt“ umbenennen will. Der Arzt, der auch außerhalb der Sprechstunden des eige-

nen Hausarztes in die Wohnung kommt, soll die Bezeichnung „Notfallarzt“ erhalten. Gegen diese Pläne des Ärzte-Verbandes wenden sich ganz entschieden die Notärzte und die Mehrzahl der für den Rettungsdienst zuständigen Länderministerien. Nach ihrer Ansicht würde

eine Namensänderung die Bevölkerung nur verunsichern, da der Notarzt ein seit Jahren eingetragener Begriff für schnelle ärztliche Hilfe im Notfall sei.

Die Bundesärztekammer begründet ihren Plan zur neuen Begriffs-Definition damit, daß viel zu häufig der Notarzt samt Rettungswagen ausrücken müsse, obwohl der normale Bereitschaftsarzt ausreichen würde. Nach Untersuchungen des Ärzteverbandes sind die teuren Notarztwagen bundesweit bei der Hälfte ihrer Einsätze fehl am Platz, weil jeder andere Arzt auch hätte helfen können.

Hinter dem Namenszwist steht aber auch die Auseinandersetzung, wer für die Behandlung von Notfallpatienten zuständig sein soll. Die Bundesärztekammer ist der Meinung, daß jeder Mediziner aufgrund seiner Ausbildung in der Lage ist, Notfallpatienten zu versorgen. Erfahrene Notärzte jedoch bestreiten dies ganz entschieden. Dr. Peter Sefrin, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der in Bayern tätigen Notärzte, ist der Ansicht, daß nur wenige Ärzte über besondere Fertigkeiten in der Notfallmedizin verfügten und deshalb erst spezielle Qualifikationen erwerben müßten.

### Erfolge für die Luftrettungsstaffel

Einstimmig wiedergewählt wurden bei der Jahreshauptversammlung das Präsidium der Luftrettungsstaffel (LRST) Bayern: Präsident Ernst Schramm, Vizepräsident Staatssekretär Simon Nüssel und Schatzmeister Friedrich Gerfert.

Staatssekretär Nüssel überbrachte den anwesenden Flugbereitschafts- und Stützpunktleitern den Dank der Staatsregierung für die geleistete ehrenamtliche Arbeit. Er betonte, daß die Tätigkeit der Staffel der Öffentlichkeit zugute komme. So zeige die Waldbrandstatistik für 1983 deutlich den Erfolg der Luftbeobachtung: Trotz der großen Trockenheit habe die Zahl der Waldbrände abgenommen, auch die Waldbrandfläche sei gesunken.

Auch zur Suche von Borkenkäferschäden ist die Luftrettungsstaffel eingesetzt worden. Durch die Luftbeobachtung sei man – so Nüssel – in der Lage, in kurzer Zeit auf großen Flächen die Befalls-herde zu orten und das Ausmaß der Schäden zu schätzen. Die Ergebnisse der Beobachtungsflüge dienen dann als Grundlage für eine vernünftige Aufarbeitungsstrategie.

Auch im Bereich der Waldbrandbekämpfung konnte die Luftrettungsstaffel beachtliche Erfolge erzielen: Mehrere Maschinen waren in bestimmten Zeiträu-



men zur vorbeugenden Waldbrandüberwachung eingesetzt. Dabei konnten 25 Waldbrände meist im Entstehungsstadium entdeckt werden. In vielen Fällen wurden die alarmierten Löschkräfte auf dem schnellsten Weg zu den Brandstellen gelotst. In fünf Fällen wurden die fliegenden Beobachtungsposten von den Hilfsmannschaften angefordert, um die Löscharbeiten zu überwachen.

Für 1984 verfügt die Luftrettungsstaffel Bayern auf ihren 32 Stützpunkten über 362 ehrenamtliche Piloten und Mitarbeiter, 141 Flächenflugzeuge und sieben private Hubschrauber. 47 dieser Flugzeuge sind für den raschen Einbau von Funkgeräten des Katastrophenschutzes vorgerüstet.

Der festliche Rahmen wurde durch die Darbietung eines Flötisten-Quartetts (Studenten der Stuttgarter Hochschule für Musik und Darstellende Kunst) und die Gäste aus Behörden und Verbänden sowie Vertretern der Streitkräfte noch unterstrichen.

Nachdem Ahrens die Gäste und die ehren- und hauptamtlichen Mitarbeiter des THW begrüßt hatte, umriß Dr. Kolb den Lebensweg Schneiders. Die Bemühungen und Verdienste um die Grundausbildung im THW und Schneiders erfolgreiche Verhandlungen mit den verschiedenen Landesregierungen, in deren Bereich er sich um eine Eingliederung des THW in den Katastrophenschutz bemühte, waren Mittelpunkt seiner Ausführungen.

Als Dank und Anerkennung für seine sich über 30 Jahre erstreckende fruchtbare Arbeit zeichnete Ahrens den Scheidenden mit dem THW-Ehrenzeichen in Gold aus.

## Schwere Erdstöße in Italien

Mindestens hundert Menschen wurden durch eine Serie schwerer Erdstöße Anfang Mai in der mittellitalienischen Region Umbrien verletzt. Dies teilte der Zivilschutz mit. Telefonverkehr und Stromzufuhr waren zusammengebrochen, rund 4200 Flüchtlinge verbrachten die Nächte nach dem Beben, das auf der zwölfteiligen Mercalli-Skala die Stärke acht erreichte, im Freien.

Am schwersten betroffen wurden die Städte Assisi, Perugia und Gubbio. In der gesamten Provinz wurden nach Angaben des Zivilschutzes etwa 780 Gebäude beschädigt. Das dpa-Foto zeigt einen Hof bei Gubbio, der von dem Erdbeben schwer beschädigt wurde.



Staatssekretär Ruder im Gespräch mit THW-Direktor Ahrens. (Fotos: Hilberath)

## THW-Landesbeauftragter Dipl.-Ing. Rolf Schneider im Ruhestand

Stuttgart. Im Weißen Saal des Neuen Schlosses in Stuttgart verabschiedete Dr. Paul Wilhelm Kolb, Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, und THW-

Direktor Dipl.-Ing. Hermann Ahrens THW-Landesbeauftragten Dipl.-Ing. Rolf Schneider in einer Feierstunde in den Ruhestand.



Viele Gäste waren zur Verabschiedung erschienen (v.l.): THW-Direktor Ahrens, Frau Schneider, THW-Landesbeauftragter Schneider, BZS-Präsident Dr. Kolb.

Für die Landesregierung Baden-Württemberg dankte Staatssekretär Robert Ruder Schneider für die auf Landesebene geleistete Arbeit. Diesem Dank schloß sich der Präsident des DRK-Landesverbandes Baden-Württemberg, Dr. Geiger, im Namen aller im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen an.

Besonderen Dank aber zollten die Vertreter der Helferschaft, angeführt vom Vorsitzenden der Helfervereinigung des THW in Baden-Württemberg, dem langjährigen Bundestagsabgeordneten Hermann Biechele, THW-Bundessprecher Peter Merck und Landessprecher Hans Weber.

Schneider dankte in seiner Abschiedsrede allen Vertretern der Behörden, den Repräsentanten der Hilfsorganisationen und allen THW-Helfern für die gute und kameradschaftliche Zusammenarbeit. In seinen Dank schloß er besonders seine Frau Marianne ein, ohne deren Verständnis für das THW er sich niemals in diesem Maße hätte engagieren können.

Sch.



# Politiker befassen sich mit einem neuen Zivilschutzgesetz

„Der Entwurf wird ganz besonders zu prüfen sein“

In die Diskussion über die Erarbeitung eines neuen Zivilschutzgesetzes haben nun auch die Parteien ihre Stellungnahmen eingebracht. In Presseerklärungen äußerten sich die CDU/CSU-Fraktion und die F.D.P.-Fraktion im Deutschen Bundestag; der Deutsche Landkreistag meldete sich ebenfalls zum Stand des Gesetzgebungsverfahrens zu Wort. Die Sozialdemokraten haben Ende Juni die Konstituierung einer Arbeitsgemeinschaft zu diesem Thema geplant, die Grünen gaben bislang noch keine offizielle Stellungnahme als Fraktion ab. Die Grünen brachten eine Kleine Anfrage im Parlament ein, um Einzelheiten der Pläne des BMI zu erfahren.

## „Entwurf wird ganz besonders zu prüfen sein“

„Der Bundesinnenminister hat jetzt die kommunalen Spitzenverbände ausführlich über den Stand der Arbeiten an einem neuen Zivilschutzgesetz informiert. Er betonte dabei einleitend, daß der im vergangenen Jahr den Verbänden zugeleitete Referentenentwurf nicht weiter verfolgt wird. Es soll . . . ein völlig neuer Entwurf erarbeitet werden.“ So leitet der Deutsche Landkreistag seine Stellungnahme ein. Er erläutert weiter die Vorstellungen des Bundesinnenministers, der „für die Zielsetzung des neuen Entwurfes seine Zielvorstellungen erheblich zurückgeschraubt“ habe. So solle der Gesetzentwurf „wesentlich knapper gehalten werden und sich im übrigen hauptsächlich darauf beschränken, die bisherigen unterschiedlichen Gesetze auf dem Gebiet des Zivilschutzes zusammenzufassen und für Klarstellung zu sorgen“. Materielle Änderungen soll es – so der Deutsche Landkreistag – praktisch nicht geben. Die bisher verwendeten Begriffe wie „erweiterter Katastrophenschutz“ oder „Fachdienste“ sollen erhalten bleiben. „Die Regieeinheiten sollen nicht abgeschafft werden; ebensowenig wird es einen Zivilschutzbeauftragten geben.“

Die einzige materielle Änderung könnte eine strukturelle Neuorganisation der dem Bundesinnenministerium nachgeordneten Behörden – Bundesamt für Zivilschutz, Akademie für Zivile Verteidigung und Bundesverband für den Selbstschutz – sein.

Darüber wird die Zentralabteilung im Bundesinnenministerium generelle Überlegungen anstellen.

Der Deutsche Landkreistag teilt weiter mit: „Der sich noch im Stadium der Vorbereitung befindende Referentenentwurf wird deshalb ganz besonders daraufhin zu prüfen sein, ob der Bund nicht auf diese Weise versuchen wird, sich seiner bisherigen gesetzlichen bzw. grundgesetzlichen Verpflichtung zur Unterhaltung eines Zivilschutzes auf Kosten der Länder und Kommunen zu entziehen.“

## „Bestärkt durch wachsendes Verständnis in der Bevölkerung“

Von verschiedenen Initiativen, eine vorurteilsfreie Diskussion über die Möglichkeiten und Notwendigkeiten des Zivilschutzes und der zivilen Verteidigung zu ermöglichen, spricht die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. In ihrer Presseerklärung zu den Überlegungen der Bundesregierung, den Zivilschutz aus der Tabuzone herauszuholen und zu aktivieren, erklären der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Inneres, Umwelt und Sport, Dr. Paul Laufs, MdB, und Joachim Kalisch, MdB: Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion „sah sich darin bestärkt durch ein wachsendes Verständnis in der Bevölkerung für den Zivilschutz bei Unverständnis über fehlendes Handeln der Bundesregierungen.“

Weiter führen die Christdemokraten aus, daß sowohl Bundeskanzler Helmut Kohl als auch Bundesinnenminister Zimmermann eine Notwendigkeit in der zivilen Verteidigung bzw. im Zivilschutz sehen als einen „wesentlichen Bestandteil der Politik einer aktiven Friedenssicherung“.

Weiter heißt es wörtlich in der Presseerklärung: „Wir registrieren mit Aufmerksamkeit Überlegungen im Bundesinnenministerium, den Zivilschutz mit neuen Impulsen aus dem Schattendasein zu holen. Dies ist ein erster wichtiger Schritt und in seiner Wirkung nicht weniger bedeutend als die Frage nach der materiellen Ausstattung. Hier läßt sich durch organisatorische und strukturelle Änderungen bestimmt eine

größere Effizienz schon der bisherigen Mittel erreichen. Dazu gehören

● Verabschiedung eines neuen Zivilschutzgesetzes, das die bestehenden Vorschriften zusammenfaßt, die Kompetenzen durchgehend regelt und Verantwortlichkeiten festlegt und die Funktionstüchtigkeit des Zivilschutzes sichert.

● Zusammenfassung aller Zivilschutzeinrichtungen des Bundes (Bundesverband für den Selbstschutz [BVS], Technisches Hilfswerk [THW], Warndienst [WD], Akademie für Zivile Verteidigung [AKZV] unter dem Dach des Bundesamtes für Zivilschutz).

● Einführung einer Schutzbaupflicht für Wohnungsneubauten.

● Verabschiedung eines Gesetzes zum Schutz und zur Sicherung der medizinischen Versorgung der Bevölkerung im Katastrophen- und Spannungsfall.“

## „Freiwillige Mitwirkung jedes Bürgers ist unverzichtbar“

Entgegen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gehen die Liberalen von dem unter dem früheren Bundesinnenminister Baum erarbeiteten Referentenentwurf als wichtige Diskussionsgrundlage für die Neuregelung des Zivilschutzes aus. In einer Sitzung hat sich der Arbeitskreis Rechts- und Innenpolitik der F.D.P.-Bundestagsfraktion für eine wirksame staatliche Förderung des Zivilschutzes ausgesprochen. Dazu erklärte der innenpolitische Sprecher der Fraktion, Dr. Burkhard Hirsch: „Die F.D.P. lehnt sowohl eine Pflicht zum Schutzraumbau wie auch eine neue Zivilschutz-Dienstpflicht ab. Für einen modernen Zivilschutz ist die freiwillige Mitwirkung jedes Bürgers unverzichtbar.“

Weiter erklärte Hirsch: „Bei den freiwilligen Organisationen sind über eine Million Mitglieder und Helfer ohne jede Dienstverpflichtung tätig . . . Dieser freiwilligen Mitarbeit gebührt unsere besondere Anerkennung, und wir glauben nicht, daß die Leistungsfähigkeit dieser ehrenamtlichen Organisationen durch Zwangsverpflichtungen verbessert würde.“

Zur strukturellen Änderung und Neuorganisation heißt es im Pressedienst der F.D.P.-Fraktion: „Für den Bereich der staatlichen Aufgaben in der zivilen Verteidigung forderte Dr. Hirsch vor Verabschiedung eines neuen Zivilschutzgesetzes eine umfassende Organisationsüberprüfung. Hierzu soll der Bundesrechnungshof um eine entsprechende Prüfung des Bundesamtes für Zivilschutz sowie anderer staatlicher Zivilschutzeinrichtungen gebeten werden, um sicherzustellen, daß die Erledigung der staatlichen Aufgaben in diesem Bereich effektiver als bisher wahrgenommen wird.“



„Durch Menschlichkeit zum Frieden“ –  
Motto des Weltrotkreuztages 1984

# „Helfen kann dem Menschen nur der Mensch“

Dr. Rainer Barzel, Präsident des Deutschen Bundestages,  
hielt den Festvortrag in der Frankfurter Paulskirche

„Durch Menschlichkeit zum Frieden“ hieß das Motto, unter dem der diesjährige Weltrotkreuztag stand. Der Weltrotkreuztag wird alljährlich am 8. Mai begangen, und mit ihm will die Gemeinschaft der 132 internationalen Rotkreuzgesellschaften mit rund 250 Millionen freiwilligen Helfern darauf aufmerksam machen, daß das Rote Kreuz seinem Wesen nach eine auf Frieden ausgerichtete weltumspannende Bewegung und sein Friedensgedanke untrennbar mit der Menschlichkeit verbunden ist.

Anlässlich einer Feierstunde in der Paulskirche zu Frankfurt hielt der Präsident des Deutschen Bundestages, Dr. Rainer Barzel, zu dem Thema des Weltrotkreuztages „Durch Menschlichkeit zum Frieden“ den Festvortrag.

Zahlreiche Gäste nahmen an der Veranstaltung teil, darunter der Ministerpräsident des Landes Hessen, Holger Börner, der Präsident des Landtages von Hessen, Dr. Lang, sowie – zum ersten Mal beim Weltrotkreuztag – der Präsident der Liga der Gesellschaften vom Roten Kreuz und Roten Halbmond, Enrique de la Mata. Auch der Ehrenpräsident des Verbandes, Walter Bargatzky, wurde im Verlaufe der Festveranstaltung besonders begrüßt.

## DRK als weltweite Friedensinitiative

In seiner Eröffnungsrede ging der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein, u. a. auf die Grundlagen der Rotkreuzarbeit ein. Er führte aus:

„Durch Menschlichkeit zum Frieden“ ist das Thema des Rotkreuztages und zugleich die Devise, nach der in aller Welt Helferinnen und Helfer tagtäglich antreten, um den Nächsten in der Not beizustehen. Ohne Mitmenschlichkeit und Mitleid ist Rotkreuzarbeit nicht denkbar. Sie sind die Grundlage jeglicher Arbeit, wenn sie dem Unfallopfer, dem Alten oder Alleinstehenden, dem Verwundeten, dem gepeinigten Gefangenen oder dem kranken Kind gilt. Untrennbar verbunden damit ist unser permanenter Auftrag, ‚menschliches Leiden unter allen Umständen zu verhüten‘. Das Rote Kreuz versteht sich als eine weltweite Friedensinitiative, die neben der Hilfe für die Opfer von Konflikten vor allem ständig bemüht ist, solche Konflikte zu verhindern.

Wir werden uns nie damit abfinden, daß Menschen, Gemeinschaften, Völker und Staaten ihre Streitigkeiten mit dem Einsatz von Waffen zu lösen versuchen. Der Krieg als Mittel der Politik im Zeitalter der Massenvernichtungswaffen muß weltweit geächtet und unführbar gemacht werden. Ein solches Bekenntnis – wie wir aus eigener Erfahrung wissen – allein vermag nichts zu bewirken. Das Rote Kreuz will vielmehr mit der schrittweisen Verbesserung der Genfer Abkommen und der dazu gehörenden Zusatzprotokolle sowie die zahlreichen mittelbaren und unmittelbaren Aktionen für den Frieden wirken.

Die weltweite Anerkennung und Durchsetzung der Schutzbestimmungen zu Genfer Abkommen und vor allem der Zusatzprotokolle wären die geeignete Grundlage für die Notwendigkeit, die Menschen dieser Welt vor sich selbst zu schützen. Daher ist es unerlässlich, daß die Bundesrepublik

Deutschland diese, dem Schutz des Bürgers dienenden Bestimmungen endlich für unseren Staat als verbindlich anerkennt. Ebenso dringend ist es geboten, daß alle Länder dieser Welt dem guten Beispiel von bisher 40 Staaten folgen und die Zusatzprotokolle ratifizieren.

## Menschlichkeit als wichtigster Auftrag

Wir wollen das natürliche Recht auf Selbstverteidigung nicht bestreiten. Wir haben aber allen Grund zu der Befürchtung, daß in diesem Bereich die Gesetze der Verhältnismäßigkeit längst nicht mehr eingehalten werden. Daher ist es an der Zeit, die Praktiken des Waffenhandels in aller Welt zu untersuchen, die verhängnisvollen Auswirkungen, insbesondere auf die Länder der dritten Welt deutlich zu machen und durch internationale Vereinbarungen der Kontrolle zu unterwerfen. Bisher war es leider nicht möglich, die von der UNO-Kommission für Menschenrechte vorgelegte Konvention gegen die Folter weltweit durchzusetzen. Auch diese, der Menschlichkeit gewidmeten völkerrechtlichen Normen verdienen unsere nachhaltige Unterstützung und wir wünschen uns von der Regierung unseres Landes – gerade in Erinnerung an eine unselige Vergangenheit – eine energiereichere Förderung dieses Vorhabens.

Die Liste der Forderungen zugunsten der Humanität wäre zu verlängern. Sie wäre unvollständig, wenn man nicht daran erinnern würde, daß Menschlichkeit in der Familie, in der Gemeinschaft, im Zusammen-





leben, den Anfang und Ursprung finden muß. Die Fragen nach dem Frieden und damit nach der Mitmenschlichkeit sind nicht zunächst eine Frage an andere, sondern, wie Jaspers formulierte, 'für jeden an sich selbst'. Den einzelnen für diesen Gedanken bereitzumachen, sich menschlich zu verhalten, ist der wichtigste Auftrag des Roten Kreuzes."

## Das Rote Kreuz als Symbol für Hilfe und Barmherzigkeit

Nachdem auch der Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt, Dr. Walter Wallmann, Grußworte an die Festgäste gerichtet hatte, sprach der Ministerpräsident des Landes Hessen, Holger Börner.

„Mit Ihrem Motto ‚Durch Menschlichkeit zum Frieden‘ geben Sie der weltweit wachsenden Friedenssehnsucht der Menschen Ausdruck. Das Rote Kreuz ist überall in der Welt ein Symbol für Hilfe und Barmherzigkeit. Es praktiziert Tag für Tag den Grundsatz seines Gründers Henry Dunant: ‚Helfen kann dem Menschen nur der Mensch.‘

Das Rote Kreuz war und ist eine menschliche Reaktion auf die Schrecken des Krieges, der selber von Menschen gemacht wird. Das Rote Kreuz ist deshalb eine wichtige Hoffnung in unserer Welt, die durch den Nuklearkrieg bedroht ist wie nie zuvor in der Geschichte.

Carl Friedrich von Weizsäcker hat eine außerordentliche moralische Anstrengung zur Erhaltung des Weltfriedens im technologischen Zeitalter gefordert. Man könnte diese These auch als eine andere Formulierung Ihres Mottos verstehen. Die Tätigkeit des Roten Kreuzes und die zum Teil schweren Belastungen seiner Mitarbeiter zeigen, daß Mitmenschlichkeit sich in der Praxis des Alltags erst wirklich bewährt.

Das Faszinierende an Ihrer Organisation ist das langfristig wirksame Engagement für die konkreten Nöte der Menschen . . . Die Erfahrungen Ihrer Organisation zeigen, welche Geduld und welche Zähigkeit man braucht, um in dieser Welt die Menschlichkeit etwas stärker durchzusetzen oder die Folgen der Unmenschlichkeit abzumildern . . . Eine Voraussetzung für den Frieden ist die Menschlichkeit in unserer Gesellschaft. Kriege sind schon oft Folgen ungelöster innenpolitischer Spannungen und Konflikte gewesen.

Frieden durch Menschlichkeit würde dann bedeuten, Beiträge zur innenpolitischen Entspannung zu leisten, Feindbilder abzubauen und Solidarität zu üben. Dieser Weg zum Frieden ist mindestens so schwer und dornenreich wie die Bemühungen um eine internationale Abrüstung. Er muß aber ebenfalls gegangen werden . . .



Blick auf die Festgäste (von links nach rechts): Ministerpräsident a. D. Dr. Alfons Goppel, Präsident des Bayerischen Roten Kreuzes; Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt, Dr. Walter Wallmann; Präsident der Liga der Rotkreuzgesellschaften, Enrique de la Mata; Dr. Rainer Barzel, Präsident des Deutschen Bundestages; der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein; der Ministerpräsident des Landes Hessen, Holger Börner, und DRK-Ehrenpräsident, Walter Bargatzky.

Seit der Schlacht von Solferino sind die Kriege furchtbarer und die Opfer zahlreicher geworden. Hungersnöte, Flüchtlingsepidemien und kriegerische Auseinandersetzungen gehören zur Welt von heute. Diese schreckliche Bilanz könnte zur Resignation zwingen.

Menschen wie Henry Dunant haben ihre historische Bedeutung darin, daß sie gegen Resignation und Zynismus ein Symbol der Hoffnung gesetzt haben. Die Tätigkeit des Roten Kreuzes zeigt die positiven Möglichkeiten der Menschheit in eindrucksvoller Weise. Wir brauchen solche Zeichen, wenn die Welt besser werden soll."

### „Ein unersetzlicher Eckpfeiler“

Im Anschluß hielt der Präsident der Liga der Rotkreuzgesellschaften, Enrique de la Mata, folgende Rede:

„Es ist für mich eine große Freude, den Weltrotkreuztag 1984 im Kreise des Deutschen Roten Kreuzes hier in der Paulskirche zu Frankfurt begehen zu können! 132 nationale Rotkreuzgesellschaften, die ich als Präsident der Liga der Rotkreuzgesellschaften in Genf – dem Zusammenschluß aller nationalen Rotkreuzgesellschaften – hier heute vertrete, überbringen Ihnen ihre herzlichsten Grüße!

Wir feiern heute den Geburtstag des Gründers des Roten Kreuzes, Henry Dunant. Ich freue mich, zu Ihnen in dieser historischen Stätte sprechen zu dürfen, ist sie

doch auch ein ganz besonderes Symbol der Humanität.

Es war derselbe Zeitgeist, der 1848 hervorragende deutsche Persönlichkeiten den Versuch unternehmen ließ, Menschenrechte in einer demokratischen Verfassung zu verankern, und der auch Henry Dunant wenige Jahre später veranlaßte, gegen die inhumanen Wirkungen des Krieges zu kämpfen. Seine Idee fiel daher auch in den damals bestehenden deutschen Ländern auf fruchtbaren Boden. Die deutschen Rotkreuzgesellschaften gehörten zu den ersten Gründungen und mußten damals schon bald und bis heute leider viel zu oft ihre Funktionsfähigkeit unter Beweis stellen.

Durch eine Periode von über hundert Jahren ist die Paulskirche zu Frankfurt den Deutschen zu Unrecht und Leid hindurch ein Symbol für Freiheit, Frieden und Menschlichkeit geworden. Wo können wir also heute besser stehen als hier mit unserer nachdrücklichen Forderung: ‚Durch Menschlichkeit zum Frieden!‘

Zwei Dinge möchte ich Ihnen, meine Freunde vom Deutschen Roten Kreuz, heute zurufen: Haben Sie Dank für Ihre unermüdliche Unterstützung des Internationalen Roten Kreuzes, durch Ihre Zuwendungen, Ihre Materialien, Nahrungsmittel und Ihre Helfer! Lassen Sie mich auch danken für das hervorragende Beispiel, das Sie durch Ihre Arbeit im Inland anderen geben. Das Deutsche Rote Kreuz ist ein unersetzlicher Eckpfeiler. Ohne Ihre Mitwirkung kann ich mir die Arbeit des Interna-



tionalen Roten Kreuzes kaum mehr vorstellen.

Helfen Sie mir weiterhin, lassen Sie nicht nach in Ihren Anstrengungen, denn die vor uns liegenden Probleme sind gewaltig. Die Forderung ‚Durch Menschlichkeit zum Frieden‘ verlangt von uns Engagement insbesondere in zwei Richtungen: Zum einen Anstrengungen, die Regierung davon zu überzeugen, daß völkerrechtliche Vereinbarungen zur Bewahrung des Friedens und zur Abrüstung unerläßlich sind. Die Bedrohung der Menschheit durch die modernen Waffen, konventionell und nuklear, ist unverantwortlich!

Zum anderen geht es darum, die verschiedenen Ursachen der Konflikte zu beseitigen. Ich meine die Ursachen, wie Armut, soziale Ungerechtigkeit, Hunger, Krankheit, Terror und Verfolgung.

Sieht man das derzeitige schnelle Bevölkerungswachstum und den Wettlauf zu immer gefährlicheren und schrecklicheren Waffen, so könnte man zweifeln, ob die Menschheit noch eine Zukunft hat. Ich bin aber nicht bereit, solchen Pessimismus zu teilen. Der Gedanke der Humanität ist stark – weltweit! Der technische Fortschritt kann auch nutzbar gemacht werden für den Frieden. Ich bin zuversichtlich, daß wir unsere Chance wahren werden. Das Rote Kreuz wird seinen Beitrag leisten! Es wird weiterhin und verstärkt appellieren an die Mächtigen unserer Welt. Es wird zugleich aber auch dadurch für den Frieden arbeiten, daß es Hilfe in Millionen kleiner Fälle täglich leistet, Menschen dafür ausbildet, sowie die Idee des Roten Kreuzes unerschütterlich verbreitet!“

### „Der Maßstab für Frieden heißt Menschenrechte“

Die Festrede zum diesjährigen Weltrotkreuztag hielt Dr. Rainer Barzel, Präsident des Deutschen Bundestages.

„... Frieden und Menschlichkeit‘ sind Ihre Prinzipien –, die Grundlagen wie die Ziele Ihres Handelns. ‚Rotes Kreuz‘ – das ist die zusammenfassende Bezeichnung für eine weltweite humanitäre Bewegung geworden. Was haben beide Prinzipien miteinander zu tun? Warum ringen Menschen um beides?

Meinen Ausführungen – sie sind ganz persönlich und leben aus der Erfahrung eines Mannes der Kriegsgeneration – will ich zunächst voranstellen meinen Dank als Soldat, der weiß, wovon er spricht, wenn er dem Roten Kreuz Dank sagt. Ich weiß, daß ich dieses Wort zugleich für viele gefallene und verwundete Kameraden ausspreche.

Das andere, was ich zu Beginn betonen möchte, lebt auch aus eben dieser ver-

**Dr. Rainer Barzel, Präsident des Deutschen Bundestages, hielt den Festvortrag.**



pflichtenden Erfahrung: Frieden ist nichts anderes als eine Sache der Menschenrechte und der Gerechtigkeit. Der Maßstab für Frieden, Entspannung und Wohlfahrt aller, wo auch immer auf der Welt, heißt: Menschenrechte. Frieden dient dem Menschen, ist Dienst am Menschen. Wo Frieden dem Menschen dient, ist die Zukunft mit menschlichem Antlitz möglich.

Was damals war, Diktatur und Krieg, darf es nie wieder geben. Das ist die Lehre meiner Generation.

Wie leicht sich das formulieren – und wie schwer sich das verwirklichen läßt! Denn dies steht fest: Vorgegeben ist nur eins, der Mensch. Um alles andere, um Frieden, um Menschlichkeit, müssen wir uns bemühen. Das stellt sich nicht von selbst ein. Darum müssen wir ringen – Tag für Tag, Stunde für Stunde.

Krieg ist nur möglich, wo Volksverhetzung möglich ist, wo Propaganda die Information verdrängt, die Gehirne vernebelt und die Herzen verführt werden. Wer Frieden sichern will, muß Volksverhetzung unmöglich machen. Man muß also Grenzen öffnen – in beide Richtungen –, also für Men-

schen, Informationen und Meinungen Freizügigkeit herstellen . . .

Wenn Grenzen nach beiden Seiten offen sind für Menschen, Informationen und Meinungen, wenn Minderheiten der Religion, der Sprache, der Völker geschützt werden, dann verlieren Grenzen ein Stück ihrer bisherigen Qualität; dann werden sie unwichtiger; dann ist mit der Zugehörigkeit dieser Menschen und jener Gebiete zu diesem oder jenem Staat auch etwas von dem Gefühl genommen, den Obrigkeiten doch letztlich ausgeliefert zu sein.

Freizügigkeit für Menschen, Informationen und Meinungen, das ist der beständige Weg zu dauerhaftem realen Frieden. Freizügigkeit sichert Frieden.

Wie aber läßt sich Freizügigkeit erreichen? Zunächst und vor allem durch das Recht: Recht sichert Frieden. Nie wieder darf, wie 1933 zugunsten des wirtschaftlich-sozialen Erfolges und des nationalen Stolzes die Herrschaft des Rechts in Frage gestellt werden!

Wo das Recht der Freizügigkeit herrscht, herrscht aber nicht automatisch auch

**Die Frankfurter Paulskirche bildete den festlichen Rahmen für den Weltrotkreuztag 1984.**





Menschlichkeit. Denn es gibt auch die Freizügigkeit, die nur auf dem Papier steht.

Freizügigkeit muß aber für die Menschen alltagswirksam erfahrbar sein. Wir wollen Freizügigkeit, nicht auf dem Papier, sondern in der Wirklichkeit . . .

Wo es so um die Freizügigkeit, wo es so um die Menschenrechte steht, kann Friede leichter gedeihen.

Nicht die Sicherheit von Staaten ist das Vordringliche – so wichtig dies auch ist –, sondern die Sicherheit menschenwürdigen Lebens im Alltag.

Friede für die Menschen gibt es nur, wenn es auch Menschen gibt, die sich für den Frieden einsetzen. Denn Frieden stellt sich nicht von selbst ein. Frieden ist nicht etwas Vorgegeben-Selbstverständliches, sondern etwas Erstrebenswertes, das man herbeiführen und bewirken muß. Es gibt nichts umsonst, nichts ist selbstverständlich; – nur was du pflegst, bleibt. Und was dir heilig ist, wird deines Opfers wert sein. Das beginnt schon, fernab lautstarker Parolen, im kleinen und stillen, im täglichen Miteinander, in der Rücksicht auf den Nächsten, auf den Schwachen, auf den Kranken, auf den Armen, auf den Hoffnungslosen.

internationales Hilfswerk von hohem Rang –, ein unverzichtbares, unersetzbares und unübergebares Werk.

Viele unterschiedliche, miteinander verbundene Organisationen nehmen in wohl-abgestimmter Zusammenarbeit ständig wachsende Aufgaben wahr. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, die Liga der nationalen Gesellschaften vom Roten Kreuz und die 132 nationalen Rotkreuzgesellschaften mit ihren vielfältigen Untergliederungen und über 300 Millionen Mitgliedern tragen heute – neben ihrer ersten und ursprünglichen Aufgabe, den Opfern der Kriege in aller Welt beizustehen –, Verantwortung für soziale Aufgaben der verschiedensten Art im Frieden. Ohne die große Zahl selbstloser Helfer wäre eine Übernahme und Erfüllung dieser Aufgaben nicht möglich. So bezeuge ich Dank und Respekt vor den ungenannten und unbekanntenen Helfern, ohne die konkret alle die guten Werke unterblieben.

In allen Bereichen geschieht die Arbeit des Deutschen Roten Kreuzes dabei nach dem Prinzip, schutz- und hilfsbedürftigen Mitbürgern Hilfe zur Selbsthilfe zu geben und

beit und einen dauerhaften Frieden unter allen Völkern.'

Ehrfurcht vor dem Menschen – das ist der Kern.

Für Sie sind das keine Lippenbekenntnisse, Sie leisten konkrete Arbeit für den Menschen. Mit dem großen Heer selbstloser, Helfer stehen Sie den Opfern der Kriege in aller Welt bei, helfen Sie Armen und Gebrechlichen, sprechen Sie Kranken und Verzweifelten Mut zu, erleichtern Sie Aussiedlern und ausländischen Flüchtlingen die Schwierigkeiten, die mit dem Start in ein neues Leben verbunden sind. Für viele dieser Menschen hat das 'Rote Kreuz' eine symbolhafte Bedeutung, verspricht Hoffnung und Linderung, Zuwendung und Hilfe, Handeln statt Worte, – kurz: Menschlichkeit. Mit Ihren Werken bewirken Sie mehr Menschlichkeit und fördern so den sozialen inneren Frieden.

Durch die Internationalität Ihres Wirkens fördern Sie gleichermaßen die Verständigung der Völker, helfen Spannungen abzubauen und festigen so die Fundamente wie die Struktur des äußeren Friedens.

Ihr Dienst ist daher 'Friedensdienst'. Er wirkt nachhaltiger als pathetische Sonntagsreden, Absichtserklärungen oder Forderungskataloge . . .

Sie beherzigen in Ihrer täglichen Arbeit: Nicht zu klagen, – zu helfen sind wir da. Wir alle haben Ursache, dem Deutschen Roten Kreuz und der großen Zahl seiner vor allem ehrenamtlichen Helfer für ihre aufopferungsvolle Arbeit im Dienste des Nächsten zu danken. Sie wirken mit bei der Arbeit, die sich in den Dienst des herausragenden Anspruchs stellt, bedeutsam zu werden für die Menschheit durch Werke des Friedens. Uns ist nicht nur die Macht gegeben, den Planeten zu zerstören. Uns wurde auch die Chance gegeben, das menschliche Antlitz zu zeigen, zu pflegen, zu bewahren. Mehr Menschlichkeit ist möglich. Auch Frieden ist möglich. Mehr Frieden durch mehr Menschlichkeit. Beides durch mehr Menschen, die dienen und helfen. Anders geht es nicht. Viel liegt an uns, – an jedem von uns.

Unsere Erde als Stern der Humanität – muß das ein Traum sein? Ich finde, dieses Ziel lohnt alle Anstrengungen."

### **Gemeinsames Feldküchen-Essen**

Musikalisch umrahmt wurde der Weltrotkreuztag 1984 in der Frankfurter Paulskirche durch das Jugendorchester Havixbeck e.V. unter Leitung von Günther Mertens. Nach dem Festakt fand auf Einladung des DRK-Generalsekretariats ein gemeinsames Feldküchen-Essen auf dem Römerberg statt.



Auf Einladung des DRK-Generalsekretariats fand auf dem Römerberg ein gemeinsames Feldküchen-Essen statt.

„Die Rücksicht auf das Recht des anderen – das ist der Frieden“, sagt Benito Juarez . . .

Wo das Recht des Nächsten nicht respektiert, nicht geachtet wird, wo es gar mit Füßen getreten wird: Da ist der Frieden gefährdet, erst der innere, dann der äußere.

Wo der innere Frieden anfängt, beginnen Staat und Kultur, weil das Faustrecht weicht und endet. Mit dem äußeren Frieden verhält es sich nicht anders.

Heute ist der Begriff 'Rotes Kreuz' die zusammenfassende Bezeichnung für ein

zugleich die freiwillige und ehrenamtliche Tätigkeit zu aktivieren. Damit ermutigt es zu verantwortungsbewußtem Handeln und sozialem Engagement und trägt zur Verständigung zwischen den Völkern bei.

In Ihren auf der Internationalen Rotkreuzkonferenz 1965 in Wien verabschiedeten Grundsätzen heißt es: „Das Rote Kreuz bemüht sich, auf internationaler und nationaler Ebene menschliches Leiden unter allen Umständen zu verhüten und zu lindern. Es ist bestrebt, Leben und Gesundheit zu schützen sowie die Ehrfurcht vor dem Menschen hochzuhalten. Es fördert Verständnis, Freundschaft, Zusammenar-



Um Haaresbreite an einer Katastrophe vorbei

## Jagdbomber stürzte über Wohnblock ab: Zwei Tote

Linzer Krankenhaus befindet sich ganz in der Nähe des Absturzortes – Protest und Empörung der Bevölkerung



Zwei Tote und neun Verletzte sind neben einem geschätzten Sachschaden von etwa einer Million Mark die traurige Bilanz des Absturzes eines niederländischen Kampfflugzeuges vom Typ F 16 in Linz am Rhein. Der einsitzige Jagdbomber flog aus Nordosten in geringer Höhe und rammte ein mehrstöckiges Eckhaus einer Häuserzeile mit der rechten Tragfläche. Das Flugzeug explodierte, und das Mehrfamilienhaus wurde vermutlich von einem Zusatztank des Jagdbombers getroffen, von auslaufendem Kerosin in Brand gesetzt und total zerstört.

### Zwei Tote nach dem Absturz

Eine 40 Jahre alte Frau, die im Erdgeschoß des Wohnhauses einen Laden betrieb, kam bei dem Unglück ums Leben. Zunächst wurde auch noch nach einem Kind gesucht, das sich im Laden aufgehalten haben sollte.

Nach dem vermißten holländischen Piloten wurde lange Zeit geforscht. Schließlich fan-

den die Helfer den Körper eines Menschen in den verstreuten Trümmern.

### Krankenhaus ganz in der Nähe

Sehr leicht hätte es in dem rheinland-pfälzischen Linz zu einer großen Katastrophe kommen können, denn ganz in der Nähe des Absturzortes befindet sich das Krankenhaus, in dem sich rund 280 Patienten sowie das Personal aufhielten. Mehrere Fensterscheiben des Hospitals gingen beim Absturz der Maschine zu Bruch; die auf dem Krankenhausparkplatz abgestellten Autos wurden durch umherfliegende Gebäude- und Flugzeugteile beschädigt.

Das betroffene Eckhaus wurde nahezu völlig zerstört, der Absturzort sah aus wie nach einem Bombenangriff. Einzelteile des Flugzeuges, Mauerstücke, Möbel, Hausrat und Heizungskörper flogen über Hunderte von Metern durch die Luft. Weitere Menschen, die sich in dem Haus aufhielten, kamen mit leichten Verletzungen davon.

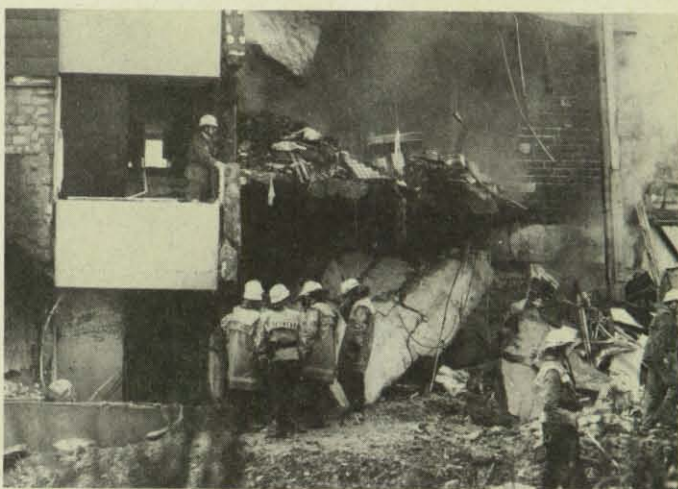
### Protest der Bevölkerung

Erheblichen Protest und tiefe Empörung wurden von den Linzer Bürgern geäußert. Es wird schon jahrelang vermutet, daß das Linzer Krankenhaus ein Orientierungspunkt für die Tiefflieger ist. Der Stadtrat wird sich eingehend mit dem Absturz des Kampfflugzeuges befassen. Die Proteste haben bereits zum Erfolg geführt: Ab sofort darf die Stadt Linz nicht mehr von Militärmaschinen überflogen werden. Dies ist das Ergebnis eines Gespräches zwischen Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner mit dem Bundestagsabgeordneten Heinz Schwarz (Neuwied) und dem Linzer Bürgermeister Berthold Badem.

Zur Untersuchung des Unfalles setzte das Bundesverkehrsministerium eine Arbeitsgruppe ein. Bisher ist über den Unfallhergang bekannt, daß gegen 10.45 Uhr des 28. Mai 1984 der Funkkontakt zu der Maschine abbrach. Das Flugzeug raste über ein Waldstück hinweg, rasierte mehrere Baumwipfel ab, streifte das Wohngebäude und explodierte.



Eingeknickte Hauswände, zerbrochene Fensterscheiben und abgerissene Verkleidungen – das Haus wurde nahezu völlig zerstört.



Nur noch tot geborgen werden konnte aus dem zerstörten Erdgeschoß des Hauses eine 40jährige Frau. (Fotos: Hilberath)



Das Herz der Katastrophenschutz-Einsatzübung „Rheingold '84“ am 19. Mai schlägt in einem Zimmer des Dienstgebäudes des Regierungspräsidenten Düsseldorf. Kein großes, perfektes Lagezentrum. Nein, sicher nicht – es wurde improvisiert:

Ein paar Tische ersetzen die übliche Ausstattung, die Wände füllen Karten und Tafeln. An einem Brett hängen alle eingegangenen Meldungen, aufgespießt auf Nägel. Die große Lagekarte, montiert auf einem Gestell, dominiert im Raum. Pausenlos schrillen die Telefone im Führungs- und Lageraum der Katastrophenschutzleitung „Bezirk“. Die Übung läuft bereits seit 6.00 Uhr morgens.

### Ständiges Üben ist wichtig

Für 9.00 Uhr hat Vizepräsident Alfred Gaertner die Gäste der Übung und Journalisten zu einer Besprechung geladen. Und er kommt auch gleich zur Sache: „Für den Regierungsbezirk Düsseldorf ist eine Übung solchen Ausmaßes von entscheidender Bedeutung, weil sich in diesem Regierungsbezirk aufgrund der hohen Bevölkerungsdichte und auch der industriellen Zusammenballungen potentielle Risiken ergeben, wie wir sie in dieser theoretischen Dichte in keiner anderen Region dieses Landes haben. Deshalb ist es wichtig, daß wir uns ständig üben in der Leitung von derartig angenommenen Katastrophenlagen...“

Rund 2800 Helferinnen und Helfer von Feuerwehr, Technischem Hilfswerk, Deutschem Roten Kreuz, Malteser-Hilfsdienst und Arbeiter-Samariter-Bund mit über 450 Einsatzfahrzeugen würden heute unter Beweis stellen, daß sie mit der Handhabung ihrer Ausstattung vertraut und für einen möglichen Katastropheneinsatz gerüstet sind, meinte der Vizepräsident.

### Stäbe gut ausgebildet

Gaertner wies darauf hin, daß in der Vergangenheit der Aufstellung und Ausbildung der Stäbe, die im Einsatzfall die Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes führen, besondere Aufmerksamkeit gewidmet worden sei. „Allen, die sich mit dem Katastrophenschutz befassen, sind die Tage der großen Waldbrände 1975 in Niedersachsen noch in deutlicher Erinnerung. Ich kritisiere niemanden und mache niemandem einen Vorwurf, wenn ich sage, daß Tausende von einsatzwilligen Helfern in Hunderten von Einsatzfahrzeugen ihrer Aufgabe nicht nachkommen konnten, weil die Führung versagt hat.“

Ein Analysebericht der damaligen Katastrophenlage in Niedersachsen zeige auf, fuhr Gaertner fort, daß solche Lagen nie geübt

Günter Sers

2800 Helferinnen und Helfer bei der Katastrophenschutz-Einsatzübung „Rheingold '84“ des Regierungspräsidenten Düsseldorf

## „Man weiß nie, was der nächste Moment bringt!“

Vielseitiger Übungszweck – Realistische Schadenslage forderte das Können der Leitungsstäbe und Einsatzkräfte

Voll besetzt ist die Katastrophenschutzleitung Viersen. Im Hintergrund die Fachberater der Hilfsorganisationen.



Auf der Lagekarte werden alle Bewegungen eingetragen. Sie gibt u. a. einen Überblick über die Lotsenstellen und Bereitschaftsräume.



Die Technische Einsatzleitung (TEL) vor Ort. Hektik kommt nicht auf. Die Ausbildung der Stäbe bewährt sich.





worden seien. Wenn man einer Katastrophe wirkungsvoll begegnen wolle, setze das voraus, daß die Führungskräfte eine reiche Übungserfahrung haben müssen. Die ganzen Fernmeldeeinrichtungen seien im Ernstfall nur dann einzusetzen, „wenn eine Kenntnis der Handhabung vorher sehr systematisch eingeübt worden ist. Sonst endet alles in einer Katastrophe“.

Klar und deutlich hätte sich damals gezeigt, daß ohne ein einheitliches Führungssystem ein Großeinsatz nicht durchzuführen ist. Auch in Nordrhein-Westfalen sei das hier allerdings schon seit Jahren vorhandene Führungssystem aufgrund der niedersächsischen Erfahrungen überprüft und die Führungsorganisation dem auf Bundesebene neu entwickelten Modell einer Katastrophenschutzleitung angepaßt worden. „Der Ausbildungsstand der Stäbe im Regierungsbezirk Düsseldorf hat im Verlauf der letzten Jahre einen den Aufgaben angemessenen Stand erreicht. Trotzdem muß er, und dies ist auch letztlich das Ziel dieser Übung, ständig verbessert werden“, schließt Gaertner seine Ausführungen.

## Die Lage

Rolf Schmidt, Katastrophenschutzdezent und Leiter des Stabes, erläutert die Lage. Seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter spielen den aktuellen Stand ein.

Der Übung liegen als Ausgangslage anhaltende Waldbrände in den Kreisen Kleve und Viersen zugrunde, die den Einsatz von Katastrophenschutz-Einheiten aus den Städten Duisburg, Krefeld, Mönchengladbach, Oberhausen sowie den Kreisen Kleve, Neuss, Viersen und Weselerfordern.

Vielseitig ist der Übungszweck:

1. Zusammenarbeit mehrerer Katastrophenschutzleitungen der Kreis- und Landeskatastrophenschutzbehörden.
2. Überprüfung der Melde- und Kommunikationswege, insbesondere der
  - Fernsprech-,
  - Fernschreib-,
  - Funkverbindung.
3. Überprüfung des Ausbildungsstandes der Stäbe, Führer und Einheiten bei
  - Bereitstellen und Heranführung von Einheiten im regionalen Einsatz,
  - Ablösen von Einheiten im Einsatzgebiet,
  - Durchführen von Einsatzaufträgen,
  - Rückführung von Einheiten aus dem Einsatzgebiet in ihre Standorte.
4. Überprüfung des Lotsendienstes.
5. Versorgung der
  - bereitgestellten,
  - auf dem Marsch befindlichen,
  - eingesetzten,
  - in ihre Standorte zurückgeführten Einheiten und Einrichtungen.
6. Überprüfung der Zusammenarbeit mit
  - Polizei,
  - Forstbehörde.

## Zusätzliche Übungseinlagen

Neben der Katastrophenschutzleitung „Bezirk“ des Regierungspräsidenten Düsseldorf, die als Leitungsstab für die gesamte Übung fungiert, wirken auch die KSL Kleve und Viersen als Rahmenleitungsgruppen für die Teilübungen in ihrem Bereich mit.

Der Stab HVB Viersen hat sich im Keller eines Nebengebäudes der Kreisverwal-

tung in Kempen etabliert. Auch hier laufen die Telefondrähte heiß. Von einer Übung ist nichts zu spüren. Die Stabsmitglieder sind ganz dabei: Sie haben einen Waldbrand in Brüggen zu bewältigen. Eine realistische Lage, denn schon 1976 verbrannten im Diergardtschen Forst rund 170 Hektar Wald. Der Stab ist damit beschäftigt, Einheiten an das Schadensgebiet heranzuführen. Die Einsatzkräfte fahren erst eine Lotsenstelle an. Hier werden sie aufgefangen und zu einem Bereitstellungsraum weitergeleitet.

Um die gesamte Katastrophenschutzleitung voll zu fordern, werden neben dem Waldbrand vom Leitungsdienst der Übung noch einige, vorher nicht bekannte, Einlagen eingespielt. So müssen die Stabsmitglieder u. a. noch mit einem Verkehrsunfall mit 30 „Verletzten“, einem Hubschrauberabsturz mit zwei „Toten“ und 15 „Verletzten“ sowie einer Explosion im Schadensgebiet fertig werden.

## Versorgung in bewährten Händen

Schon um 5.30 Uhr morgens waren die 23 Helferinnen und Helfer des Betreuungszuges der DRK-Ortsgruppe Bracht auf den Beinen. Sie haben die Aufgabe mit übernommen, ein warmes Essen für die Einsatzkräfte zu kochen.

Es ist Mittag. Die großen Kessel sind gefüllt mit schmackhaftem Eintopf. Es riecht gut. „Muß noch etwas Salz rein?“ Der fragende Blick des Kochs geht an seinen Kollegen. „Nein, alles in Ordnung, es schmeckt gut.“ Die Essenausgabe kann beginnen. Fahrzeuge stehen bereit, um die Verpflegung



Schon vor Jahren wurden Wasserentnahmestellen angelegt. Kurzfristig baute das THW einen Tonnensteg für die Pumpen.



Wasserförderung über lange Strecken ist eine der Übungsaufgaben. Rund 2500 Meter Schläuche sind ausgelegt.



an die einzelnen Stationen zu bringen. Sorgsam führt eine Helferin Buch darüber, wieviel und wohin das Essen gebracht wird – Ordnung muß sein.

Schon am Vormittag kam ein Problem auf: Die zu verpflegende Personenzahl wurde kurzfristig von 500 auf 610 aufgestockt. Es wurde beratschlagt, diskutiert. Die bewährte Truppe meisterte auch dies.

## Die TEL vor Ort

Etwas erhöht, auf einem freien Feld am Rande des Schadensgebiets, fast wie auf einem Feldherrnhügel, steht das Zelt der Technischen Einsatzleitung (TEL) mit der Funkstation. Alles ist in Bewegung, die Stabsmitglieder müssen im Moment mit drei verschiedenen Lagen fertig werden: Zum einen brennt ein Quadratkilometer großes Waldstück, hinzu kommt ein Brand, der in einer Tannenschonung wütet. Auch der eingespielte Absturz des Polizeihubschraubers erfordert die ganze Konzentration der Männer.

## Feuerwehr und THW im Einsatz

Rund 395 Kräfte der verschiedensten Hilfsorganisationen sind gegen Mittag im Schadensgebiet im Einsatz. 2500 Meter Schläuche werden ausgelegt, Schlauchwagen erleichtern die Arbeit. Zwischengeschaltet sind jeweils Verstärkerpumpen zur Erhöhung des Wasserdrucks. Für die Feuerwehr ein alltägliches Geschäft, Probleme treten nicht auf. Schwierig ist aus topografischen Gründen der Funkverkehr. Die TEL ist wegen der Funkschatten oft nicht erreichbar.

Schon vor Jahren wurden im Waldgebiet Wasserentnahmestellen angelegt. An einer hat das THW einen Tonnensteg gebaut. Auf ihm stehen zwei Tragkraftspritzen TS 8/8. Sie fördern das Löschwasser. Zusätzlich erstellten die THW-Helfer für die Feuerwehr über die breiten Waldwege Schlauchbrücken. Sie sehen aus wie große Toreinfahrten.

## Eine schwere Arbeit

Mit 70 Helferinnen und Helfern steht das DRK bereit. Als erste Maßnahme wird ein Vorkommando losgeschickt, die Lage zu erkunden. Wo soll der Verbandplatz hin, wo ist eine Verletztenablage aufzubauen, sind vordringliche Fragen, bevor die DRK-Kräfte eingesetzt werden können.

Danach heißt es: Suchen. Eine Kette wird gebildet, langsam gehen die Helfer im Wald vor. Überall stoßen sie auf „Opfer“ mit den verschiedensten „Verletzungen“. Schwierig ist es, festzustellen, wer zuerst versorgt

Reibungslos funktioniert der Abtransport der „Verletzten“. Auch viele Helferinnen sind an der Übung beteiligt.



werden muß. Nicht immer braucht der, der am lautesten schreit, die schnellste Hilfe. Dies zu erkennen, zu üben, ist für das DRK mit eines der wichtigsten Ziele.

Die Einsatzkräfte schleppen die „Verletzten“ auf Tragen zum Verbandplatz. Eine schwere, schweißtreibende Arbeit; die Strecken sind lang, das kostet Kraft. Kritische Beobachter aller Maßnahmen sind die Schiedsrichter.

Ein Arzt sichtet die „Opfer“, gibt Anweisungen. Ein zweiter Arzt übernimmt die Behandlung. Die Verletzten darsteller spielen gut mit – Schmerzensschreie sind zu hören, lauthals wird Hilfe gefordert. Die Ärzte und das Sanitätspersonal tun, was sie können, beseitigen die akute Lebensgefahr, verbinden, sprechen Trost aus. Schon rollen die ersten Krankentransportwagen an und übernehmen die „Verletzten“.

## Wertvolle Erfahrungen

„Es waren zu viele ‚Schwerverletzte‘ für die Sammelstelle“, resümiert DRK-Arzt Dr. Wolf Bernhard Schulz kurz vor Ende des ersten Teils der Übung. „Wir waren hier zu schwach besetzt, hinzu kommt die Unerfahrenheit der Helfer. Viele ‚Verletzte‘ wurden falsch versorgt angeliefert. Die Schwachstellen waren klar sichtbar. Nicht

immer ging es Hand in Hand. Zu bewältigen ist dies nur mit einem eingespielten Team.“

Sicher sind dies wertvolle Erfahrungen, die eingehen werden in die Ausbildung des Sanitätspersonals. Für das DRK ist diese Übung somit schon ein Erfolg.

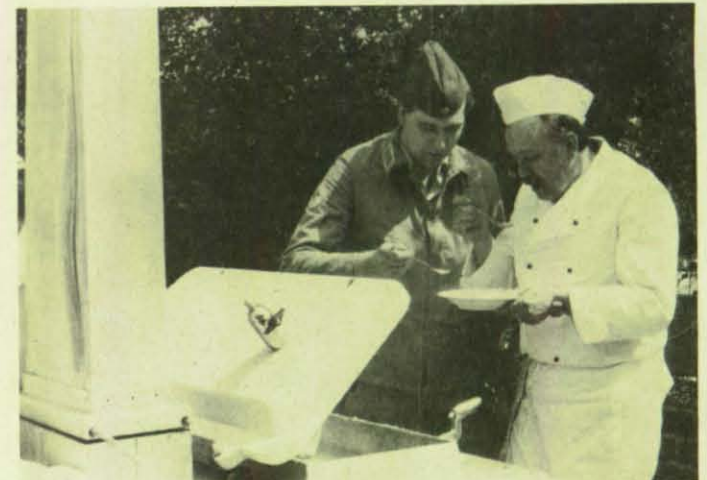
## Neue Aufgaben

Um 14.00 Uhr ist die Ablösung der Einsatzkräfte vorgesehen. Die neuen Einheiten haben sich schon im Bereitstellungsraum versammelt. Auch ein ABC-Zug ist dabei. Das Proben dieser Ablösung ist eines der wichtigsten Übungsziele. Die Stäbe sind voll damit beschäftigt, alles zu koordinieren.

Auch für die TEL im Diergardtschen Forst stellen sich wieder neue Aufgaben. Die Stabsmitglieder sind nach der ersten Halbzeit, obwohl natürlich noch die Auswertung der Übung abgewartet werden muß, mit dem bisherigen Verlauf zufrieden. Auf die Frage, was denn noch der Nachmittag bringt, wissen sie keine Antwort: „Wir müssen uns hier, und das ist das Unangenehme an diesem Job, darauf einstellen, was uns von der Katastrophenschutzleistung mitgeteilt wird. Es ist ähnlich wie bei einem normalen Einsatz, da weiß man auch nie, was der nächste Moment bringt.“

Über 600 Einsatzkräfte versorgt das DRK von Bracht aus. Die Suppe schmeckt – nicht nur dem Koch.

(Fotos: Sers)





Günter Sers

Neue Fahrzeuge für die Berufsfeuerwehr Frankfurt

# Ein „mobiles Team“ für Großeinsätze

Vier verschiedene Einsatzanhänger und zwei Einsatzleitwagen vorgestellt – Ein Leit-Terminal bei Großschadensfällen – Modernste Technik, großzügige Ausstattung



Auf eigenen Antrieb und Geländegängigkeit wurde verzichtet. Bei einem Einsatz werden die Anhänger durch vorhandene Zugfahrzeuge an die Schadensstelle transportiert.



Die nach einheitlichem System gestalteten Aufbauten können an Einsatzstellen je nach Bedarf leicht zu größeren Einheiten miteinander verbunden werden.

„Nun, dann wollen wir uns ELSA mal näher anschauen“, meint der Feuerwehrmann und schmunzelt. Aber so weiblich, wie der Name klingt, sieht der neue Einsatzleitstellen-Anhänger der Berufsfeuerwehr Frankfurt nicht aus. ELSA strahlt einem in kräftigem Rot, auf Hochglanz poliert, aus der Fahrzeughalle entgegen und hat noch drei „Schwestern“. Sie bilden ein „mobiles Team“, das vor kurzem der Öffentlichkeit vorgestellt wurde.

Die Technische Abteilung der Berufsfeuerwehr Frankfurt entwickelte in Zusammenarbeit mit einschlägigen Fachfirmen dieses Einsatz-Terminal, bestehend aus vier Anhängern. Die Konzeption sieht neben der Einsatzleitstelle je einen Anhänger für die Einsatzleitung, für eine Ambulanz sowie für die Betreuung evakuierter Personen vor. Die Techniker sind der Ansicht, daß bei Großschadensfällen für die Einsatzleitung vor Ort verbesserte Führungsmittel zwingend notwendig sind. Mobile Einsatzzentralen, die unverzüglich auf Planunterlagen der Einsatzobjekte über Mikrodias und Hellraumprojektion oder durch Funk-Bildschirmübertragung zurückgreifen können und über detaillierte Angaben von Baukonstruktion, Lagergut sowie Hinweise über gefährliche Stoffe und Möglichkeiten zur Schadensbekämpfung verfügen, können den Erfolg oder Mißerfolg von Einsatzmaßnahmen entscheidend beeinflussen.

## Keine befriedigende Lösung

Schon in den sechziger Jahren wurden erstmals mobile Einsatzleitstellen in serienmäßigen Omnibussen eingerichtet. In den siebziger Jahren wurden mobile Einsatzleitstellen in Containeraufbauten auf Wechselladerfahrgeräten in zunehmendem Maße an Einsatzstellen verwandt.

Für die Berufsfeuerwehr Frankfurt konnten beide Lösungen jedoch nicht mehr voll überzeugen. Für sie bedürfen Leitstellen auf Omnibusfahrgeräten einer ständigen technischen Wartung des Motors und Fahrgeräts. Leitstellen in Containeraufbauten hätten nur geringe Bauhöhen und könnten beim Auf- und Absatteln des Kastenaufbaus durch Stoß- und Druckbelastungen Störungen an den hochempfindlichen elektronischen Geräten verursachen.

## Einheitliches System entwickelt

Für die Techniker war es daher naheliegend, Leitstellenfahrzeuge auf gesonderten Anhängern durch vorhandene Zugfahrzeuge der Feuerwehr an die Einsatzstelle zu transportieren.



Die Aufbauten in Leichtkonstruktion sind auf preiswerten Niederbordrahmen-Fahrgestellen (Bordhöhe 80cm) errichtet.

Das System ist einheitlich und kann je nach Bedarf leicht zu größeren Einheiten miteinander verbunden werden.

Da es sich bei diesen Einheiten immer um Fahrzeuge des sogenannten 2. Abmarsches handelt, die erst bei einem großen Schadensfall zum Einsatz kommen, wurde auf eigenen Antrieb und Geländegängigkeit verzichtet. Wegen des Anschlusses an Versorgungseinrichtungen (Wasser, Strom, Telefon) ist zudem an eine Aufstellung dieser Einheiten überwiegend auf befestigten Straßen oder Plätzen gedacht.

### Großzügige Ausstattung

Der Anhänger 1 „Einsatzleitstelle“, besetzt mit zwei Mann und dem Einsatzleiter, dient zum Aufbau einer unabhängigen Einsatzleitstelle an Großschadensstellen. Er ist ausgestattet mit drei Sprechfunkgeräten Fu G 8b, zwei Sprechfunkgeräten Fu G 9 sowie einem Sprechfunkgerät Funkwelle Forst. Hinzu kommen noch zwei Tonbandgeräte für die Dokumentation der Funk- und Telefongespräche, ein Funkalarmgeber für Sirenen- und FME-Auslösung, ein Verkehrswarngerät, Dia- und Filmprojektoren, Videogerät, Hellraumprojektor, tragbare Sprechfunkgeräte (2-m-Band), ein Fernkopierer, ein Plan- und Arbeitstisch, eine Dachlautsprecheranlage, eine drehbare Teleskopantennenanlage und eine Funkverbindung zu militärischen Funkverkehrsnetzen.

Ferner hat der Anhänger Anschlußmöglichkeiten für das Telefonnetz der Stadtverwaltung bzw. der Bundespost, eine Ladeeinrichtung für tragbare Funkgeräte sowie eine Puffer- und Ladeeinrichtung für die Batterie.

Gespickt mit modernstem technischen Gerät ist die Einsatzleitstelle das Herz der mobilen Einheit.

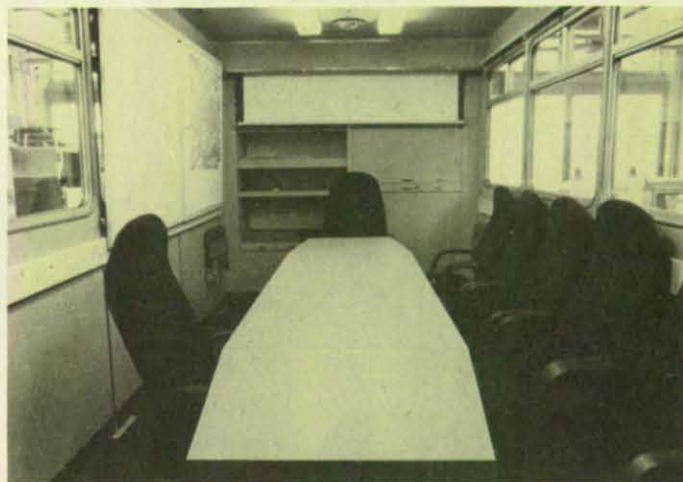
### An alles gedacht

Zur Durchführung von Besprechungen an Großschadensstellen dient der Anhänger 2 „Einsatzleitung“. Er bildet eine Organisationseinheit mit dem Leit-Terminal und ist telefonisch mit diesem verbunden. Die räumliche Trennung erfolgt aus betriebstechnischen und einsatztaktischen Gründen. Auch hier steht eine umfangreiche Ausstattung mit einsatztaktischen Unterlagen, Dia-Projektor, Bildleinwand, Video-Kamera und Hellraumprojektor zur Verfügung. Pedantisch geordnet liegen die Schreibutensilien – alles zehnfach – be-

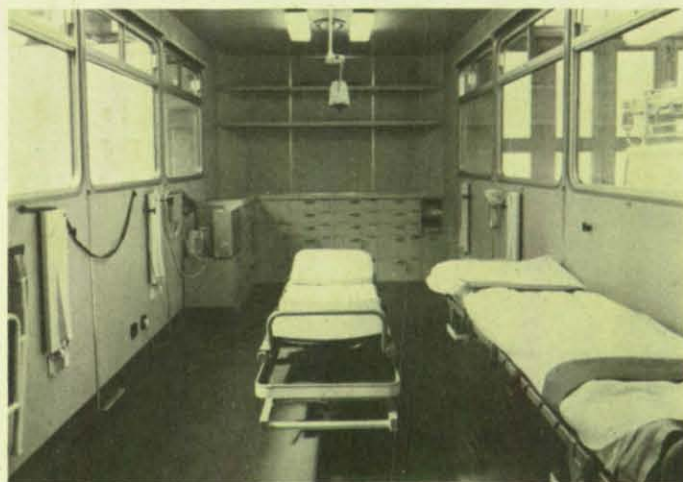
Mit modernster Technik ist der Einsatzleitstellen-Anhänger ausgestattet. Die Konzeption ist analog der Einsatzleitplätze in der Leitstelle Rhein-Main.



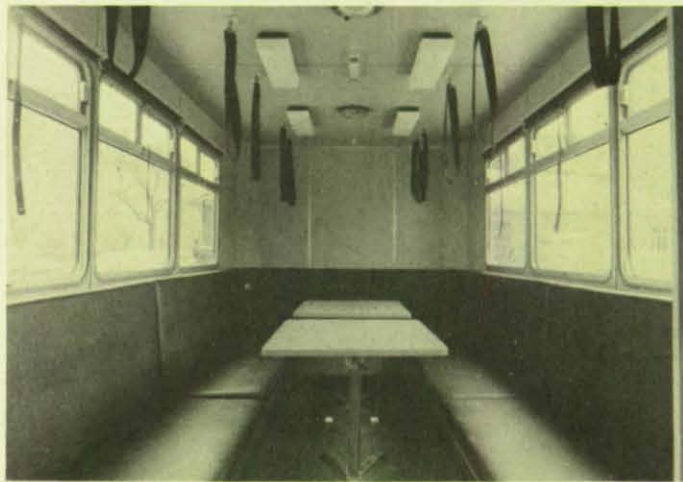
Der Anhänger mit der Einsatzleitung bildet eine Organisationseinheit mit dem Leit-Terminal und ist telefonisch mit diesem verbunden.



Über eine umfangreiche medizinisch-technische Ausstattung verfügt der Ambulanz-Hänger. Er dient als Kleinoperationsraum und chirurgische Durchgangsstation.



Der Anhänger 4 „Betreuung“ dient zur vorübergehenden Unterbringung und Betreuung von evakuierten Personen und Einsatzkräften. Er bildet mit dem Wechsellader „Küche“ eine Versorgungs- und Verpflegungseinheit an Großschadensstellen.





reit für einen schnellen Einsatz. An alles ist gedacht: So wird für besondere Melderfunktionen auch ein Fahrrad mitgeführt.

Wichtig ist die Erstversorgung von Verletzten an Großschadensstellen. Hierfür wurde der Anhänger 3 „Ambulanz“ konzipiert. Das Fahrzeug hat eine umfangreiche medizinisch-technische Ausstattung und ist als Kleinoperationsraum zu verwenden. Zwei aufblasbare, freitragende Zelte können 28 Verletzte aufnehmen.

Zehn Übernachtungsmöglichkeiten bietet der Anhänger 4 „Betreuung“ für evakuierte Personen sowie Einsatzkräfte. Er bildet mit dem bei der Berufsfeuerwehr Frankfurt vorhandenen Wechsellader „Küche“ eine Versorgungs- und Pflegeeinheit. Gedacht wurde auch an eine Radio-Fernsehanlage.

Alle Anhänger sind mit einer Standheizung, Toilette und Waschgelegenheit ausgestattet. Im Fahrzeug 4 befindet sich auch eine Dusche.

Ein fahrbares Stromaggregat 150 kVA versorgt das gesamte Einsatz-Terminal mit Elektrizität.

## Zwei neue Einsatzleitwagen

Für besondere Schwerpunkteinsätze, wie z. B. Menschenrettung, Großbrände oder andere Einsätze, die über das normale Maß hinausgehen, stehen bei der Berufsfeuerwehr Frankfurt täglich zwei Technische Einsatzleiter (TE) zur Verfügung. Für sie wurden zwei Spezialfahrzeuge entwickelt, die seit kurzem im Einsatz sind. Je ein neuer Einsatzleitwagen ist stationiert auf der Feuerwache 1 (Einsatzbereich Ost) sowie auf der Feuerwache 3 (Einsatzbereich West). Die mit einem Schrägheck verlängerten und mit einer Rückwandklappe versehenen Mercedes-Benz-Geländewagen haben eine Sonderausstattung. Auf dem Dach sind zwei Blautürme und eine elektronische Warnanlage angebracht. Das Fahrzeuginnere füllt unter anderem Brechwerkzeug, Feuerlöscher, Sanitätskasten, Atemschutzgerät, Scheinwerfer sowie Fang- und Arbeitsleinen und Funkgeräte.

Besonders hervorzuheben ist aber die Bestückung mit einer Wärmesichtkamera sowie einem Sprung-Retter, ein ca. 40qm großes „Spezialluftkissen“, das in den USA entwickelt wurde und sich dort bei zahlreichen Hochhaus-Einsätzen bewährt hat.

## Neue Rettungstechnik

Brandkatastrophen in hohen Bauten stellen die Feuerwehr vor völlig neue, noch weitgehend ungelöste Probleme. Besondere Sorge bereitet die Situation der Menschen



Vollgepackt mit modernstem Rettungsgerät ist der neue Einsatzleitwagen. Der geländegängige Wagen steht für Schwerpunkteinsätze zur Verfügung.

in höherliegenden Geschossen: Ist ihnen im Brandfall der Rettungsweg abgeschnitten, so kann herkömmliches Rettungsgerät wenig ausrichten, wie sich bei Katastrophen der jüngsten Vergangenheit zeigte. Der Aktionsradius von Drehleitern endet bei maximal 30 Metern. Je mehr Hochhäuser gebaut werden, desto dringlicher wird die Lösung des Problems, „Springer“ künftig sicherer als bisher aus großen Sprunghöhen zu retten.

Die Berufsfeuerwehr Frankfurt ist mit der Anschaffung der neuen Sprungretter der Lösung einen Schritt näher gekommen. Das Luftkissen kann in kurzer Zeit von vier Feuerwehrmännern plaziert werden und besteht aus zwei getrennten Luftkammern, in die zwei angeschlossene Ventilatoren ununterbrochen Luft einblasen. Die obere Kammer hat an den Seiten speziell konstruierte Luftaustrittsöffnungen. Trifft ein

Körper auf, so wird der größte Teil der Aufprallenergie mit der seitlich entweichenden Luft abgeleitet. Der Springer kann ohne fremde Hilfe vom Rettungsgerät herabsteigen. Die Ventilatoren pressen gleichzeitig wieder Luft in die obere Kammer. Innerhalb von zehn Sekunden ist das Gerät für den nächsten Sprung einsatzbereit.

Auch die mitgeführte Wärmesichtkamera kann eine wesentliche Hilfe bei einem Brandeinsatz sein. Sie erleichtert bei stark verqualmten Einsatzstellen das Auffinden der Brandstelle oder kleinerer Brandnester.

Mit der neuen Technik ist die Berufsfeuerwehr Frankfurt gut gerüstet für Einsätze bei Großschadensfällen. Die fast fünfjährige Entwicklungszeit hat sich gelohnt. Teilweise haben sich die neuen Fahrzeuge schon bewährt.



Der neue Sprung-Retter ist schnell aufgebaut. Das „Spezialluftkissen“ hat sich in den USA bei zahlreichen Hochhaus-Einsätzen bewährt. (Fotos: Sers)



Erhard Rump

Stabs- und Einsatzübungen im Katastrophenschutz

# Damit im Ernstfall alles klappt

Ratschläge für Anlage und Durchführung von Übungen – Leistungsstand der Teilnehmer entscheidend

## I. Einführung

Das Bundesamt für Zivilschutz hatte in den Jahren 1978 und 1979 mit Schnellbriefen Kritik an der Qualität von Übungen oberhalb der Standortebene geübt. Von Eingeweihten war auch 1983 zu hören, die Mängel seien noch nicht behoben. Ziel dieses Beitrags ist es, das Bemühen um eine Qualitätsverbesserung von Übungsanlagen zu unterstützen.

Dazu werden

- ein Verfahren für das Anlegen von Übungen vorgeschlagen und
- die erforderlichen Unterlagen vorgestellt.

Der Beitrag berücksichtigt den Leitfaden einer Landesbehörde für Inneres, Beiträge der Katastrophenschutzschule eines Landes sowie der Ebenen Bezirksregierung und Kreisverwaltung.

## II. Übungsarten

1. Die in Schnellbriefen des Bundesamtes für Zivilschutz festgelegten Übungsarten sind Rahmenübungen sowie Fachdienstübungen und Vollübungen als Einzelübungen.

Rahmenübungen und Einsatzübungen unterscheiden sich im wesentlichen in drei Bereichen:

- Durchführungsort,
- Umfang der Beteiligung und
- Theorie- bzw. Praxisanteil der Führung.

### a) Rahmenübungen

Diese Übungsarten dienen vor allem der Verbesserung der Führungsfähigkeit.

Während bei den Rahmenübungen die **übri-gen** Einheiten und Einrichtungen der Fachdienste mit Rahmenbesetzung teilnehmen, werden diese bei Stabsrahmenübungen durch die Leitung dargestellt.

### b) Einsatzübungen

Sie dienen im wesentlichen der Verbesserung der Einsatzfähigkeit der Einheiten/ Einrichtungen der Fachdienste. An Fach-



Einsatzübungen dienen der Verbesserung der Einsatzfähigkeit der Einheiten.

dienstübungen nehmen Einheiten/Einrichtungen eines oder mehrerer Fachdienste in voller, Stäbe nur in Teilbesetzung teil.

Bei den Vollübungen soll darüber hinaus der Verstärkungs- und Ergänzungsteil beteiligt werden.

Die Übungen können ablaufen als freie oder gebundene Übungen (Übersicht 1).

Die frei verlaufenden Übungen sind für alle Beteiligten interessanter, stellen aber vor allem an die Flexibilität der Leitung höhere Anforderungen.

Übungsgruppe und Leitung handeln häufig abwechselnd, die Leitung muß das Handeln der Übungsgruppe auswerten und die Ergebnisse als neue Lage in die Übung einbringen.

## III. Grundsätze

1. **Übungsziel** und Zweck bestimmen weitgehend die Ausgangslage (Situation) und den Ablauf der Übung. Da die Methodik der Ausbildung verlangt, vom Einfache-

### Übersicht 1

|                                    | Übung      |                            |
|------------------------------------|------------|----------------------------|
|                                    | frei       | gebunden                   |
| Ablauf                             | grobe Züge | in Einzelheiten festgelegt |
| Handlungsspielraum<br>Führer       | groß       | eingengt                   |
| Ausbildungsstand<br>(erforderlich) | hoch       | weniger wichtig            |
| Leistungsorganisation              | aufwendig  | begrenzt                   |



ren zum Schwierigeren fortzuschreiten, sollten grundsätzlich Rahmenübungen zur Vorbereitung von Einsatzübungen eingeplant werden. Übungen erscheinen aber erst sinnvoll, wenn die Übungsteilnehmer über die für ihre Aufgabe erforderlichen Grundkenntnisse verfügen. Beim Festlegen der Ziele muß sich der Anordnende an Aufgaben und Leistungsstand der Übungsteilnehmer orientieren.

## 2. Übungszwecke können sein

- Schulung der Führer und Stäbe,
- Vertiefung der Ausbildung,
- Förderung der Zusammenarbeit,
- Überprüfen von Verfahren (z. B. Alarmierung),
- Überprüfung des Ausbildungsstandes.

3. Der **Übungsort** kann im „freien Gelände“ wie auch auf speziellen Übungsplätzen festgelegt werden. Das „Angebot“ spezieller, aber sicherer Übungsplätze ist begrenzt.

Das Ausweichen ins „freie Gelände“ ist möglich, dabei sind aber besondere Bedingungen zu berücksichtigen wie Besitzverhältnisse, Kooperation mit zuständigen Behörden, Sicherung der Übungsteilnehmer, zusätzliche Kosten.

## 4. An **Übungsunterlagen** sind erforderlich

- Verfügung/Weisung des Anordnenden,
- Übungsbestimmungen,
- Lage (Situation),
- gedachter Verlauf,
- Vorkalkulation.

Anstatt eines Drehbuches, das den Beteiligten Rollen zuweist, empfiehlt sich ein gedachter Verlauf als Handlungsrahmen, der die Übungsteilnehmer in ihrer Aufgabe fordert, ihnen zugleich aber mehr Handlungsfreiheit läßt.

## 5. **Mittel** sind

- Hilfsmittel wie
  - Karten,
  - Formulare,
  - Gesetzes-/Verordnungstexte,
  - Katastrophenschutzplan,
  - Kreisbeschreibung etc. und
- Haushaltsmittel
  - Oberhalb der StO-Ebene trägt der Bund die Kosten (vgl. Nr. 16 Abs. 1 KatSKostenVwV).
- Auf Standortebene stehen keine Extramittel für Übungen zur Verfügung. Die Übungen sind aus den Selbstbewirtschaftungsmitteln (Jahresbeiträge für die Ausbildung des KatS) zu bestreiten.

Die Jahresbeiträge für Einheiten mit Vollausbildung belaufen sich auf DM 100. Für Einheiten mit überwiegender Friedensausbildung (Brandschutz-/



Übungszweck ist u. a. auch die Überprüfung des Ausbildungsstandes.

San) trägt der Bund die Kosten für die besondere Ausbildung. Mittel für Brandschutz DM 27, für San-Dienst DM 46.

## 6. Der **Auftrag** an den Leitenden/Leiter der Vorbereitungsgruppe enthält

- den Rahmen der Lage,
- Angaben zum Kriegsbild (abhängig von Absicht und Lage),

- den Übungszweck,
- Übungsart und -umfang,
- den Übungsraum.

Häufig wird wegen der erforderlichen speziellen Kenntnisse die Weisung gemeinsam von Anordnenden und Leitenden/Vorbereitungsgruppe „geboren“.

**Oft ist es schwer, ein geeignetes Übungsgelände zu finden.**





7. Die Aufgabe des **Leitenden/Leiters** der Vorbereitungsgruppe erfordert vor allem
- Vorstellungen hinsichtlich der Situation (ggf. Kriegsbild) und
  - Kenntnis der Führungsgrundsätze aller Beteiligten (Stäbe, Einheiten, Einrichtungen).

Die Besetzung der Vorbereitungsgruppe kann Unterstützung von außen erfordern.

8. Die Übungsteilnehmer erwarten sinnvolle Aufgaben. Ein(e) nicht geforderte(r) Stab/Einheit ist ein(e) nicht erforderliche(r) Stab/Einheit.

#### IV. Anlage

**Hinweise:** Einsatzübungen sollten vom Nächsthöheren angelegt, geleitet und ausgewertet werden, um die Erreichung des Übungszwecks nicht durch „Türken“ (Vorübung aufgrund bekannter Leitungslösungen) zu gefährden.

1. **Grundgedanken** werden zunächst formuliert, dabei sind Übungszweck, -art und -umfang mit dem Übungsraum in Einklang zu bringen.

Übungsbeteiligung von Stäben, Einheiten und Einrichtungen bzw. ihre Darstellung durch die Leitung haben Einfluß auf die Anlage der Übung.

Die Darstellung erfordert vorausschauendes Einbeziehen in die Übungs-Unterlagen, d. h. umfangreichere Vorbereitung, während die reale Teilnahme und das unvorhersehbare Handeln der Teilnehmer vor allem die Flexibilität der Leitung während der Übung herausfordert.

2. Eine erste (**Grob-)Erkundung** stellt fest, ob sich das vorgesehene Gelände für den Übungszweck eignet.

Die Erkundung richtet sich vor allem auf den Ort, weniger auf den Raum. Für Rahmenübungen reicht häufig eine intensive Kartenerkundung aus (Spezialkarten, z. B. Brücken-, Gewässer-, Erdbeben-Karten, sind eine große Hilfe).

3. Die frühzeitige Festlegung eines **Arbeitsplanes** sichert den Überblick über

- die Aufgaben insgesamt,
- die Aufgabenverteilung,
- Abhängigkeiten zwischen den Aufgaben („Kritischer Weg“),
- Termine (Übersicht 2).

4. Die **Einzelerkundung** beantwortet die Frage nach der Eignung der Einsatzorte/ Bereitstellungsräume für die Einzelaufgaben der Fachdienste.

5. Die **Vorkalkulation** enthält:

- Fahrtkosten,
- Verpflegungskosten,

- Materialkosten,
- Lohnausfall,
- Betriebsstoff.

6. Die **Lage** (Situation, Beispiel Übersicht 3) stellt die Teilnehmer in eine Ausgangssituation als Grundlage für ein dem Zweck und den Zielen angemessenes Handeln.

Sie **muß** der Wirklichkeit nahekommen und sinnvoll sein. Sie **soll** ausreichend vollständig sein und nur das enthalten, was die Übungsteilnehmer wissen können.

**Bemerkungen zur Lage** geben Auskunft über den Zustand der Kräfte.

7. **Gedachter Verlauf** ist der Plan für den Ablauf der Übung. Er legt durch Einteilung von Übungsphasen die wesentlichen Züge der Übung fest (Übersicht 4).

Ein Beispiel:

- Die Übung beginnt mit Brandbekämpfung an kleineren Waldbränden.
- Dem Stab HVB wird ein Flugzeugabsturz gemeldet.
- Die Vereinigung der Waldbrände und Unterstützungsforderungen von Nachbarn lassen die Lage eskalieren.
- Den Höhepunkt bildet ein Zugunglück, verbunden mit einem Massenansturm von Verletzten.

8. **Einlagen** sind nach Zeit und Ort festgelegte Vorfälle, mit deren Hilfe die Übung in Gang gebracht bzw. beeinflußt wird.

Neben vorgeplanten Einlagen zur Verschärfung/Entschärfung der Lage treten

#### Übersicht 2

| lfd. Nr. | Aufgaben  | Bearbeiter |
|----------|---|------------|
| 1.       | Festlegen der Grundgedanken und Phasen des Übungsablaufes   | Leitender  |
| 2.       | Erste Erkundung des Übungsgeländes, dabei Überprüfen der Grundgedanken  | Leitender  |
| 3.       | Vorbereiten einer Karte 1:50000   | VA         |
| 4.       | Bilden eines Vorbereitungsstabes  | Leitender  |
| 5.       | Erkundung und Festlegen der An- und Abmarschwege, Rast- und Biwakräume, Ortsunterkünfte usw. in Zusammenarbeit mit den zuständigen Dienststellen der TV, Verkehrs- und Feldjägeroffizieren und zivilen Behörden | VorbStab   |
| 6.       | Beschaffen des Kartenmaterials  | VA         |
| 7.       | Entwurf der Lage  | Leitender  |
| 8.       | Entwurf des gedachten Verlaufs mit den Übungsphasen in Kurzfassung  | Leitender  |

#### Übersicht 3

##### Allgemeine Lage

Im Westen der Bundesrepublik Deutschland herrscht seit Wochen trockene und warme Witterung. Dadurch ist die Gefahr von Waldbränden erheblich gestiegen.

##### Besondere Lage

Auch im Kreis \_\_\_\_\_ ist es zu kleineren Waldbränden gekommen, die jedoch bisher von den örtlichen Feuerwehren erfolgreich bekämpft werden konnten. Seit etwa zwei Stunden sind die Feuerwehrr der Gemeinde \_\_\_\_\_ bei einem Waldbrand im \_\_\_\_\_ Wald (LA) und die Feuerwehrr der Gemeinde \_\_\_\_\_ bei einem Waldbrand im \_\_\_\_\_ Wald (LA) im Einsatz.

Folgende Einsatzleitungen wurden eingerichtet:

Feuerwehrr \_\_\_\_\_ im \_\_\_\_\_

Feuerwehrr \_\_\_\_\_ in \_\_\_\_\_

Vom Wetteramt \_\_\_\_\_ werden stark aufkommender Wind aus westlicher Richtung, anhaltende Trockenheit und Tagestemperaturen um + 28° C vorhergesagt.

Es besteht die Gefahr, daß die kleineren Waldbrände zu einem großflächigen Brand zusammenwachsen und sich ausdehnen. Der Oberkreisdirektor hat aufgrund dieser Lage die Katastrophenschutzleitung einschließlich Stab zusammengerufen.



## Übersicht 4

| lfd. Nr. | Takt. Zeit (tatsächl. Zeit) | Meldung, Ereignis  | Erwartete Maßnahmen   | Durchführung          | Bemerkungen                                |
|----------|-----------------------------|--|---|-----------------------|--|
| 4.       | 0745 (1515)                 | TEL an Stab: Benötigen 100 l Benzin und 200 l Dieselmotorkraftstoff, Übernahme   | Einsatz der Versorgungsgruppe Schlauchpflegerei                                 | S 4                   |  |
| 5.       | 0750 (1520)                 | Flughafen an Stab: Flugzeugabsturz, Absturzstelle LA; 2 Tote eingeklemmt, 110-kV-Überlandleitung zerstört, Löschruppe mit HRW im Einsatz | Lagekarte fortführen, Bericht, Auswirkungen diskutieren, polizeiliche Maßnahmen | S 3, KEV-Beauftragter | Tatsächl. Zeit: 1620; Übung neutralisieren |

## Übersicht 5

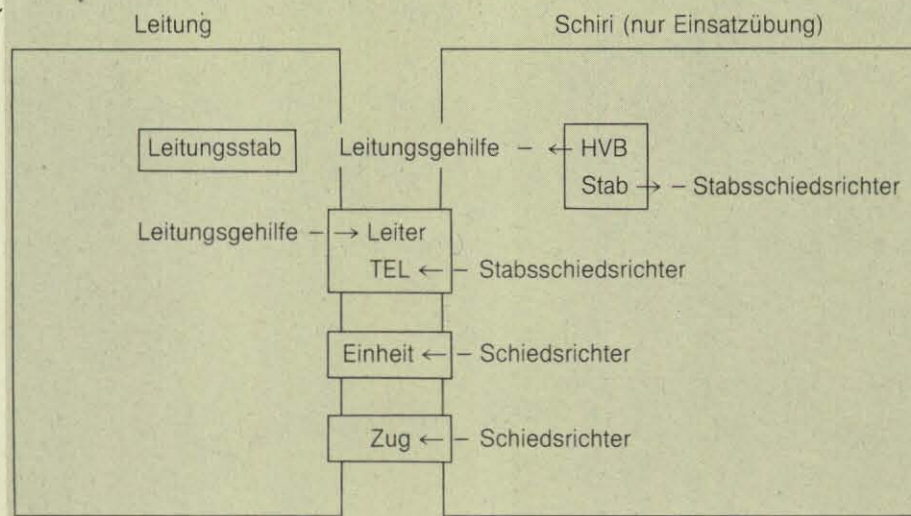
Muster für die Organisation des Leitungs- und Schiedsrichterdienstes

- verantwortlich für die Übung
- weisungsbefugt

**Leitender**

- informiert Ltd über Ablauf der Übung
- Einflußnahme auf Übung

**Leitungs- u. Schiri-Organisation**



### Leitungsgehilfe:

- stellt Ablauf der Übung sicher
- bereitet Entscheidungen vor
- Aufgaben können wechseln
  - + Nachbar
  - + Untergebener
  - + Melder

### Schiedsrichter:

- steuert Übung im Sinne der Leitung
- ist zugleich Ausbilder
- gleichbleibende Aufgabe

aktuelle, die sich im Verlauf der Übung ergeben.

9. Die **Weisung für Leitungs-/Schiedsrichterdienst** sollte enthalten:

- die Stellenbesetzung,
- die Ausstattung (FmMittel, Kfz, Darstellungsmittel)
- Angaben über die Einweisung,
- die Fernmeldeverbindungen.

## V. Durchführung

1. Die Übung beginnt mit einer **Einweisung** der Übungsteilnehmer durch die Leitung. Lagebezogene Kurzvorträge machen die Teilnehmer, mindestens aber die Führer mit der Lage (Situation) und den ersten Aufgaben vertraut.

2. Die Übungsteilnehmer nehmen zu Beginn der Übung die **Ausgangslage** ein.

3. **Ablauf** der Übung

a) Die Übung beginnt zum festgesetzten Zeitpunkt.

b) Der Ablauf wird durch Einlagen gesteuert, welche die Teilnehmer in eine neue Situation stellen und ihr Handeln herausfordern.

c) Unerwartete Abläufe kann es auch in realen Einsätzen geben, realistische Übungen müssen deshalb auch fehlerhaftes Handeln verkraften.

d) Zu starke Abweichungen vom gedachten Verlauf werden durch Leitungsentscheidungen oder Übungsunterbrechungen als letztes Mittel berichtigt.

4. **Leitung**

a) Jedem(r) Stab/Einheit, der/die eigene Übungsziele erreichen soll, ist ein **Leitungsorgan** zuzuordnen.

b) Der Erfolg der Übung ist von Persönlichkeit und Können des Leitenden wie der Leistungsfähigkeit des Leitungs- und Schiedsrichterdienstes stark abhängig (Schiedsrichter nur bei Einsatzübungen).

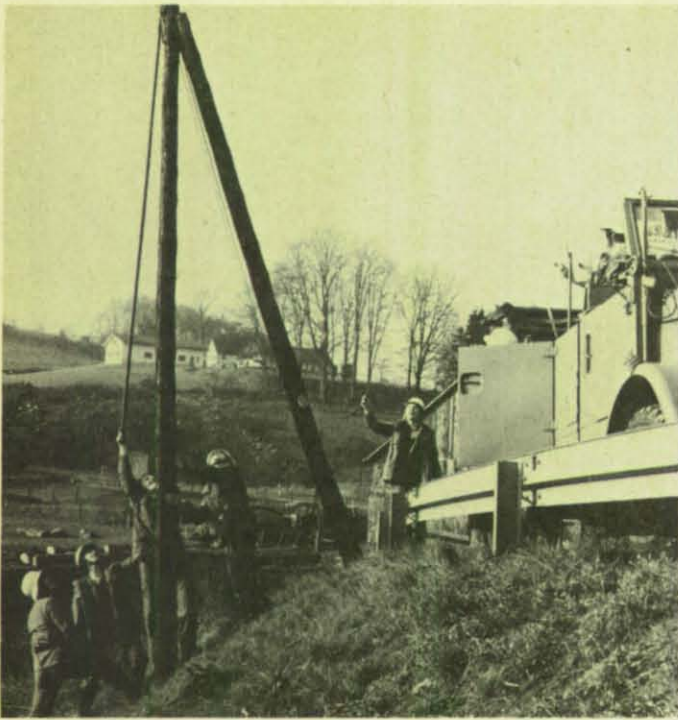
c) Der Leitende ist verantwortlich für die Übung, er hat Weisungsbefugnis gegenüber den Übungsteilnehmern.

d) Der Leitungs- und Schiedsrichterdienst informiert die Leitung über die Entwicklung der Übung. Er beeinflusst den Ablauf der Übung im Sinne des gedachten Verlaufs.

e) **Leitungsgehilfen** haben allgemeine Leitungsaufgaben. Sie können wechselnde Übungsteilnehmer darstellen.

f) **Schiedsrichter** haben eine feste Aufgabe bei einem teilnehmenden Organ (z.B. Zug), Ort oder Ereignis. Sie sind zugleich Ausbilder.





Eine wichtige Aufgabe bei Übungen hat der Fernmeldedienst.

## VI. Auswertung

Eine Nachbereitung ist Voraussetzung für die Verbesserung des Ausbildungsstandes bei weiteren Übungen.

1. Mit der **Abschlußbesprechung** (Schlußbesprechung) beginnt die Auswertung einer Übung. Sie arbeitet die Übungsergebnisse aus der Sicht der Leitung auf.

Abschlußbesprechungen können unmittelbar am Ende der Übung oder aber nach Ablauf einiger Wochen durchgeführt werden. Beide Lösungen sind mit Vor- und Nachteilen versehen (Übersicht 6).

Bei Rahmenübungen sollen alle Teilnehmer an der Besprechung teilnehmen.

Bei Einsatzübungen sollten mindestens alle Führer teilnehmen.

Zur Abschlußbesprechung gehören:

- Bekanntgabe von Übungszielen und -zwecken,
- Wiederholung der Ausgangslage,
- Ablauf der Übung in großen Zügen,
- Zusammenfassung der wichtigsten Erkenntnisse/Erfahrungen,
- konstruktive Kritik zu zentralen Ereignissen/Maßnahmen,
- Schlußurteil über Erreichung der Übungsziele.

2. **Erfahrungsberichte** fassen die wesentlichen Erfahrungen, Erkenntnisse und Anträge der teilnehmenden Stäbe, Einheiten und Einrichtungen zusammen. Sie sind bei der Auswertung der Übung aufzuarbeiten.

3. Die Übungsauswertung muß zu konkreten Ergebnissen (Entscheidungen, Vorschlägen) führen.

4. Die wesentlichen Ergebnisse sind den Betroffenen in geeigneter Weise bekanntzugeben.

### Übersicht 6

#### Möglichkeiten:

|                                  |          |   |
|----------------------------------|----------|---|
| Abschlußbesprechung              | Vorteil  | Fehler werden sofort aufgearbeitet  |
|                                  | Nachteil | Kritik vor Zeugen (Medien)<br>Auswertung nicht abgeschlossen                    |
| spätere Auswertung<br>(4 Wochen) | Vorteil  | Auswertung abgeschlossen<br>keine Zeugen  |
|                                  | Nachteil | unmittelbarer Bezug zur Übung fehlt<br>Alltagsbetrieb gefährdet<br>Durchführung |



Der Erfolg einer Übung ist auch abhängig von der Leistungsfähigkeit des Leitungsdienstes.

(Fotos: Sers)

## VII. Ausblick

Katastrophenschutzübungen stehen zunehmend im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Die vielfältigen Erwartungen und kritische Anteilnahme der Betrachter, z. B. der Medien, hätten ebenso vielfältige Konsequenzen für die Vorbereitung und Durchführung der Übung. Dies mag einer der Gründe dafür sein, daß zunehmend den Rahmenübungen der Vorzug vor Einsatzübungen gegeben wird, bei denen die Teilnahme von „Volltruppe“ die Gefahr von „Pannen“ potenziert.



Dorothee Boeken

Das Anrecht auf Hilfe hat jeder in Not geratene Mensch

# Humanitäre Gründe sprechen für die Katastrophenmedizin

Erfahrungen und Erkenntnisse aus der Notfallmedizin sind für die Triage von Bedeutung

„Medizinische Versorgung im Atomkrieg ist nicht möglich“ und „Katastrophenmedizin ist Kriegsvorbereitung“ – Ansichten, die aus bestimmten Ärztekreisen in den vergangenen Wochen und Monaten immer wieder geäußert wurden. Sie zu untersuchen oder zu widerlegen, erfordert eine genaue Begriffsbestimmung, erfordert eine genaue Überlegung. Klar ist, daß bei einem flächendeckenden Einsatz atomarer Waffen kein Schutz des Menschen möglich ist. Klar ist aber auch, daß ein solches Kriegsbild unwahrscheinlich ist. Bei einem eventuellen punktuellen Einsatz atomarer Waffen jedoch gibt es in den Randzonen zumindest für den geschützten Menschen Überlebenschancen.

Solange die Möglichkeit einer kriegerischen Auseinandersetzung nicht ausgeschlossen werden kann, solange wird man sich Gedanken machen müssen, wie die Bevölkerung in einem Verteidigungsfall zu schützen ist.

Aber es soll nicht primäre Aufgabe der Katastrophenmedizin sein, Ärzte und Fachpersonal auf einen Krieg vorzubereiten. „Die Bedeutung der Katastrophenmedizin ist im heutigen Spannungsfeld zwischen Natur, Technik und Umwelt unbestritten.“ (R. Kirchhoff, München)

## Vorbereitung ärztlicher Hilfe heißt: Leben erhalten

„In jüngster Zeit wird versucht, Katastrophenmedizin mit Kriegsmedizin, d. h. auch mit Wehrmedizin gleichzusetzen. Dabei wird übersehen, daß sich weltweit seit langem schon nationale und internationale Organisationen darum bemühen, auf Katastrophen vorbereitet zu sein – gleichgültig, ob sie durch Naturgewalten, technische Ursachen oder bewaffnete Konflikte ausgelöst sind.

Für den Arzt ist der Übergang von großen Unfällen zur Katastrophe fließend. Ärztliche Hilfe vorzubereiten, heißt nicht: den Eintritt einer Katastrophe begünstigen; ärztliche Hilfe auch für Extremsituationen vorzubereiten, heißt vielmehr: Leben er-

**Stau nach einer Massenkarambolage auf der Autobahn. Nicht selten ist die Zahl der Verletzten sehr groß. Hier müssen die Notärzte entscheiden, welche Verletzungen zuerst behandelt werden.**



halten. Dies aber ist zu allen Zeiten und in jeder Situation vornehmste ärztliche Pflicht.“ (Aus: „Katastrophenmedizin“, Hrsg. BMI, 1982)

## Das Bestmögliche für die größtmögliche Zahl in kürzester Zeit tun

Freitagnachmittag, „rush-hour“: Auf der Autobahn Köln–Frankfurt staut sich der Verkehr. Er zieht sich immer schleppender, dann plötzlich absoluter Stillstand: Nichts geht mehr. Über den Verkehrsfunk erfährt

der Autofahrer, was sich abgespielt hat: Beim Überholmanöver geriet ein Wagen ins Schleudern, prallte gegen die Leitplanke. Eine Kettenreaktion folgte: Zwölf weitere Autos fuhren auf den verunfallten Wagen auf. Die Bilanz der Massenkarambolage: vier Tote, 16 Verletzte. Der mit dem Hubschrauber an die Unglücksstelle gebrachte Notarzt arbeitet schnell: Er entscheidet sofort, welche Verletzten sofort in die nahegelegene Universitätsklinik abtransportiert werden müssen, welche Verletzten noch an Ort und Stelle behandelt werden müssen, bei welchen die Behandlung noch etwas Zeit hat. Der Arzt sichtet.

**„Ein erheblicher Teil der Katastrophenmedizin ist dem therapeutischen Programm der Notfallmedizin entlehnt“ (R. Kirchhoff).**





Im Klartext: Hier, bei einem Massenunfall, findet die Triage (Sichtung) statt. Sie ist notwendig, weil nur so in geringem Zeitaufwand möglichst vielen Verletzten effektiv geholfen werden kann.

R. Kirchhoff: „Den oft akut eintretenden Katastrophen ist eine Population unter Umständen nicht gewachsen. Hier bietet sich die Katastrophenmedizin an, zur Beherrschung der Gesamtsituation eine Richtlinie durch Bestimmung von Prioritäten zu geben. Um mit den vorhandenen Mitteln das Bestmögliche für die größtmögliche Zahl in kürzester Zeit zu erreichen, ist die Sichtung (Triage) von Katastrophenopfern unerlässlich.“

## Unterschied zwischen Unfall und Katastrophe

Nach R. Kirchhoff/H.-J. Linde („Notfallmedizin“, Band 9, 1984) werden im medizinischen Sprachgebrauch unter Katastrophen „Einwirkungen von Naturgewalten, Zivilisationsnoxen, Technik, Kriegen oder Krankheiten“ verstanden. In der Regel bringt eine Katastrophe medizinische Schäden in Form von Verletzungen oder Krankheiten mit sich.

Einen deutlichen Unterschied machen die Autoren zwischen einer Katastrophe und einem Unfall:

„Ein Unfall belastet eine Population oder Einrichtung mit einem begrenzten Schaden. Das System kann diesen Schaden ungestört verarbeiten, da es ausreichende materielle und personelle Reserven hat. Auch die Beseitigung von zerstörtem Material oder der Abtransport von Verletzten oder Kranken ist durch ausreichende Transportkapazität und Transportwege ungehindert.“

Im Katastrophenfall ist ein System mit einem begrenzten oder überdimensionalen Anfall von Verletzten oder Kranken konfrontiert. Das System und seine Sanitätseinrichtungen sind akut und langfristig nicht in der Lage, diesen Anfall zu bewältigen. Innerhalb kurzer Zeit werden sich die materiellen Hilfsgüter, im medizinischen Bereich die Verbandsmittel, Einmalmaterial, Medikamente und Blutersatzmittel erschöpfen. Je nach Umfang der Katastrophe ist medizinisches Personal anteilmäßig unter den Geschädigten. Gleichzeitig kommt es durch Überlastung und Erschöpfung zu einem Defizit an qualifiziertem Personal und Hilfspersonal. Zusätzlich wird der Ausfall von Transportkapazität zu einem Stau von versorgten und nichtversorgten Verletzten und Kranken im Katastrophengebiet führen.

Die Grenzen zwischen Unfall und Katastrophe sind naturgemäß fließend und werden durch das Ausmaß der Schädigung sowie

Alles muß an Ort und Stelle griffbereit sein, denn bei der Versorgung der Verletzten kommt es auch auf Zeit und Teamarbeit an. Blick auf einen Verbandplatz, der für eine Triage-Übung in der Katastrophenschutzschule des Bundes aufgebaut wurde.



Die Verletztendarsteller werden vor der Übung geschminkt.



Die „Verletzten“ werden zum Verbandplatz transportiert, wo die Triage durchgeführt wird.



durch die materiellen und personellen Reserven des jeweiligen betroffenen Systems beeinflusst.“

## Katastrophe: Gefährdung zahlreicher Menschen

In der vom Bundesministerium des Innern 1982 herausgegebenen Broschüre „Katastrophenmedizin“ wird eine Katastrophe wie folgt definiert:

„Eine Katastrophe ist ein Ereignis, das Leben und Gesundheit zahlreicher Menschen gefährdet, und zu dessen Bewältigung außergewöhnliche Maßnahmen erforderlich sind. Ärztliche Aufgabe im Kata-

strophenfall ist es, das Bestmögliche für die größte Zahl zur rechten Zeit am richtigen Ort zu tun, um das Überleben möglichst vieler Katastrophenopfer zu sichern.“

## Katastrophenmedizin ist zum Teil der Notfallmedizin entlehnt

„Die Katastrophenmedizin umfaßt alle Maßnahmen, die von Ärzten, medizinischem Pflegepersonal, ausgebildeten Laien und Laien getroffen werden können, um einerseits durch gezielte Vorbereitung in Form des Katastrophenschutzes und andererseits in Form der Katastrophenhilfe Schäden im Katastrophenfall zu verhin-



dern, zu begrenzen und zu heilen." So wird die Katastrophenmedizin von R. Kirchhoff beschrieben. Er erklärt auch den Zusammenhang zwischen Katastrophenmedizin und Notfallmedizin:

„Ein erheblicher Teil der Katastrophenmedizin ist dem therapeutischen Programm der Notfallmedizin entlehnt“ und „Katastrophenmedizin unterscheidet sich von der Friedensmedizin oder der Notfallmedizin durch ein Mißverhältnis zwischen erforderlicher Hilfe und möglicher Hilfeleistung. Unter Friedensmedizin versteht man dabei nicht das Gegenstück zu Kriegs- oder Wehrmedizin, sondern generell den Zustand gut eingespielter sanitätsdienstlicher Abläufe innerhalb der Rettungskette unter Normalbedingungen.“

### Mängel in der Notfallmedizin

Aber auch in der Notfallmedizin hat die Bundesrepublik scheinbar Mängel. Der Direktor der Chirurgischen Universitätsklinik München, Professor Georg Heberer, erklärte auf einem Fachkongreß in München: „Wir bilden, was die Notfallmedizin angeht, das Schlußlicht unter den zivilisierten Staaten der Welt.“ Ärzte und Krankenhäuser seien nicht ausreichend gerüstet, wenn sich Katastrophen ereignen – sei es nur ein Erdbeben, ein Bombenanschlag wie auf dem Münchner Oktoberfest oder ein anderes Unglück, das viele Menschen gleichzeitig heimsucht.

### Übung ist erforderlich

Auch Dr. Peter Versen, Direktor der Berufsgenossenschaften der Chemischen Industrie, erklärte auf dem Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie 1979 in München, daß eine Massenkatastrophe, die einen gut organisierten ärztlichen Einsatz erfordern würde, hierzulande auch

ausgelöst werden könnte durch Überschwemmungen, Explosionen, Flugzeugabstürze oder den Transport gefährlicher Güter. Doch nur wenige Kommunen hätten bisher Pläne aufgestellt für den Einsatz der Krankenhäuser und der Ärzteschaft in einem solchen Fall. Dabei genüge die Planung keineswegs, nur durch wiederholte Übungen sei festzustellen, ob die Rettungskette im Notfall funktioniere.

Wie aber kann für den Ernstfall geübt werden? Zwar beziehen die im medizinischen Bereich Tätigen ihre Erfahrungen z. T. aus Einsätzen in Notfällen, aber dies alleine genügt nicht. So ist es nicht verwunderlich, daß das Interesse der Ärzte an speziellen Lehrgängen, die die Katastrophenschutzschule des Bundes in Bad Neuenahr – Ahrweiler anbietet, sehr groß ist.

### Seminare mit praktischer Übung

Für die Teilnahme an der besonderen Fortbildung der Ärzte des Sanitätsdienstes in der Katastrophenschutzschule des Bundes ist die Approbation als Arzt Voraussetzung. Ebenso müssen die Teilnehmer Verwendung finden als Arzt im Sanitätsdienst oder als Fachberater Sanitätsdienst im Stab HVB. Die Inhalte des Lehrganges werden wie folgt umrissen: Gliederung, Aufgaben und Ausstattung der Einheiten des Sanitätsdienstes, Erkennung und Behandlung von ABC-Schäden, Wirkung von ABC-Kampfmitteln auf Lebensmittel und Wasser, Chirurgie beim Massenansturm Verletzter, Verbrennungen bei Katastrophen, Seuchenbekämpfung und Einsatzfähigkeit des Sanitätsdienstes.

Praktische Übungen stehen im Mittelpunkt des Seminars. Schon am zweiten Lehrgangstag erfahren die Teilnehmer, wie die Arztgruppe ausgestattet ist und wie der

Verbandplatz aufgebaut wird. Da geht es um die Einigung untereinander: Wo soll die Triage durchgeführt werden? Soll auch am Eingang ein Arzt postiert werden?

### Vorbereitung für eine Triage

Schnell und sicher soll gearbeitet werden. „Hier müssen die Tragböcke aufgebaut werden“, ruft ein Arzt durch die Halle, in der der Verbandplatz aufgebaut werden soll. Ein anderer: „Ich warne davor, in gebückter Haltung zu arbeiten. Auf Dauer geht das nicht.“ Ein Arzt: „Hier brauchen wir noch Stetoskop und auch Intubationsbesteck!“

In der Übung am nächsten Tag soll die vorgeschriebene Stärke von 2/12 (zwei Ärzte und zwölf Personen Hilfspersonal) eingehalten werden. DRK-Schwesternhelferinnen haben bereits ihre Teilnahme an der Übung zugesagt. Schon jetzt, am Vortag, erhalten die Ärzte Anweisungen: „Sie müssen davon ausgehen, daß Sie für einen liegenden Menschen durchschnittlich fünf Minuten für die Triage brauchen.“

Im Seminar werden die Ärzte informiert über Strahlenschäden bei Menschen durch Kernwaffen, Vergiftung durch chemische Kampfmittel oder über Probleme der biologischen Kriegsführung. Auch die Zusammenarbeit Stab HVB mit dem Gesundheitsamt, Aufgaben Fachberater SAN oder Lagerkartenführung im Stab HVB stehen im Lehrgangsplan.

### „Nicht nervös werden“

Am nächsten Tag schließlich die praktische Übung der Triage. Die Übung wird begleitet von Dr. Kron, Chefarzt und Oberstarzt im Bundeswehrkrankenhaus Gießen. Er weist an: „Man sollte sich bei der Sichtung nicht nur auf das Sichtbare beschränken, son-



Die Triage: Der Arzt untersucht in möglichst kurzer Zeit die „Verletzten“ und ordnet sie für die Behandlung den entsprechenden Gruppen zu.



Während der Triage werden die „Verletzten“ den verschiedenen Behandlungsgruppen zugeordnet.





Leichtere „Verletzungen“ können ebenfalls von den Schwesternhelferinnen versorgt werden.



Die Ärzte besprechen sich nach der Übung.

(Fotos: Sers)

„denn auch Thorax zum Beispiel ganz genau untersuchen.“ Die „Verletzten“, 30 perfekt geschminkte Bundeswehrosoldaten, werden zunächst in kleinen Gruppen zum Verbandplatz transportiert. Die ersten zwei Ärzte beginnen mit der Triage. Sie haben zwölf Schwesternhelferinnen vom DRK zur Seite – auch die müssen sich erst einarbeiten, denn Gelegenheit, an solchen Übungen teilzunehmen, hatten sie bisher kaum.

Wie fühlt man sich als Arzt bei einer Triage? „Für mich ist das nichts Besonderes“, erklärt ein Arzt aus Bayern. „Ich fahre schon lange mit dem Notarztwagen und bin solche Verletzungen gewohnt. Ich habe auch schon Massenunfälle erlebt – auch da war eine Triage erforderlich. Das wichtigste Gebot ist, daß man ruhig bleibt und sich nicht nervös machen läßt. Dabei soll man nicht den Verletzten nur ansehen und dann schätzen, sondern sich die Zeit nehmen, ihn ganz genau zu untersuchen.“

Der Arzt macht das auch. Pro „Verletzten“ benötigt er für die Triage vier Minuten. Er ordnet die Verletztendarsteller den einzelnen Gruppen zu: Sofortige Behandlung erforderlich, Behandlung kann später erfolgen, keine Behandlung erforderlich und – auch – keine Behandlung möglich. Dies wird an einer Puppe demonstriert; „Anna“ heißt sie und sie zeigt keine Lebenszeichen mehr. Es wird noch intubiert, die Herzmassage erfolgt – aber „Anna“ zeigt keine Regung. „Das ist bei einem Unfall leider nichts Ungewöhnliches, und bei einer Katastrophe ebenfalls nicht“ – so ein Arzt.

### Handeln nach notfallmedizinischen Prioritäten

Der Übung in der Katastrophenschutzschule des Bundes wurde eine Explosion zugrunde gelegt. Die Darsteller weisen

„Verletzungen“ aller Art auf: Von der Schürfwunde an Arm und Bein, vom geschlossenen Oberschenkelbruch, von der offenen Bauchverletzung, von einer Amputationsverletzung bis hin zur Augenverletzung, zu Verbrennungen, zum Thoraxschmerz oder zu Schnittverletzungen. Schließlich werden die 30 „Verletzten“ alle auf einmal zum Verbandplatz gebracht. Da kommen die übenden Ärzte bei der Triage ins Schwitzen.

Triage muß geübt werden, denn Triage findet auch in der Notfallmedizin statt. Bei der Triage gilt es, nach notfallmedizinischen Prioritäten zu handeln, und zwar rasch, in Minutenschnelle. Professor Heberer: „Es ist absurd, liebevoll einen Unterschenkel zu schienen, während nebendran drei andere Menschen ersticken.“

### Ein Anrecht auf Hilfe

„Das Handeln in der Katastrophe steht unter einem hohen sittlichen Anspruch – geht es doch um das Leben vieler – und es verlangt von einem jeden aufgrund besonderer Gegebenheiten große Entscheidungs- und Verantwortungsbereitschaft und Fähigkeit – und das gilt insbesondere auch für das ärztliche Handeln“ – so führte Pater Alois Kreienbaum, Direktor der Fortbildungsakademie für Gesundheitshilfe des Deutschen Caritas-Verbandes, aus in seinem Referat „Ethik ärztlichen Handelns in der Katastrophe“, gehalten anläßlich einer Ärztagung für Katastrophenschutzmedizin in Köln (siehe auch ZS-Magazin 10/83).

Der Referent stellt das Anrecht des in Not geratenen oder seienden Menschen auf Hilfe heraus. Er führt aus, daß das Anrecht auf Hilfe niemand „verliert . . .“, auch nicht, wenn er durch eigenes Verschulden in Not geraten ist oder gar der Feind ist“. Auch seien „die Negierung des Anrechts

auf Hilfe bzw. die Verweigerung von Hilfeleistung und ihrer Vorplanung . . .“ sicherlich kein probates Mittel, Katastrophen verhindern zu wollen. Ja, es wäre ein kaltes Abschreiben der schon bereits leidenden Menschen.“

### Humanitäre Gründe für die Katastrophenschutzmedizin

Katastrophenschutzmedizin ist wichtig, denn sie bedeutet Hilfe für den Menschen. Humanitäre Gründe machen Katastrophenschutzmedizin erforderlich. Auch die Vorbereitung, die Auseinandersetzung mit der Katastrophenschutzmedizin in friedlichen Zeiten ist wichtig, damit im Zweifelsfalle Hilfe möglich ist. Wie dringend und schnell eine solche medizinische Hilfe erforderlich werden kann, zeigt ein „Aufruf an iranische und deutsche Ärzte“, der im März des Jahres mit folgendem Wortlaut durch die Presse ging:

„Durch den Einsatz von chemischen Waffen im Golfkrieg durch die Iraker sind Hunderte iranische Soldaten verletzt worden. Viele von ihnen schweben in Lebensgefahr. Sie leiden unter Sehstörungen und Erblindung. An den Händen, unter den Armen, an Hals und Nacken der Verletzten haben sich Brandwunden gebildet. Andere Folgeerscheinungen des Einsatzes von Senfgas sind Atembeschwerden und Nervenleiden. Alle Ärzte, die medizinische Informationen über die Behandlung der durch C-Waffen entstandenen Krankheiten besitzen, werden dringend gebeten, ihre Informationen aus humanitären Gründen den iranischen Vertretungen in der Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung zu stellen.“

(Dazu auch: Interview mit Professor G. Heberer, Deutsche Gesellschaft für Katastrophenschutzmedizin, München, in dieser Ausgabe)



Dorothee Boeken

Professor Dr. Georg Heberer:

## „Der Arzt als Diener der Humanität“

Interview mit dem Präsidenten der Deutschen Gesellschaft für Katastrophenmedizin, München

Aus der „medizinischen Sorge, bei einem Massenansturm von Verletzten eine optimale Hilfe leisten zu können“, wurde 1980 die „Deutsche Gesellschaft für Katastrophenmedizin e.V.“ (DGK) mit Sitz in München gegründet. Der Präsident der Gesellschaft ist Professor Dr. med. Georg Heberer, Direktor der Chirurgischen Klinik und Poliklinik der Ludwig-Maximilians-Universität München. Er erklärt, daß neben dem medizinischen Wissen für die optimale Hilfe bei einem Massenansturm von Verletzten „ein Verständnis für Organisation“ vorhanden sein muß, die doch den meisten Medizinern nicht bekannt sei. Einen weiteren Aspekt für die Gründung der Gesellschaft nennt der Professor: „Es war auch die Sorge, daß die Katastrophenmedizin in der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zum internationalen Standard mit dem zeitlichen Abstand weit ins Hintertreffen geraten könnte.“

### Mehr als hundert Mitglieder

Zur Zeit hat die junge Gesellschaft etwas mehr als hundert Mitglieder, darunter auch Körperschaften wie z.B. der Berufsverband der Rettungssanitäter e.V. oder die Deutsche Zentrale für Unfallrettung – Deutsche Rettungsflugwacht. Auch zahlreiche Chefärzte und Direktoren von Abteilungen für Anästhesie, Allgemeinchirurgie und Unfallchirurgie sowie Toxikologischer Zentren sind an namhaften Persönlichkeiten in der Deutschen Gesellschaft für Katastrophenmedizin vertreten. Mit den Mitgliedsbeiträgen (pro Jahr 36,- DM) werden Jahrestagungen im zweijährigen Turnus durchgeführt und die auf den Kongres-

sen gehaltenen Referate publiziert. In der Planung der Gesellschaft sind weitere Aktivitäten wie Aus- und Fortbildungsmaßnahmen sowie Seminare.

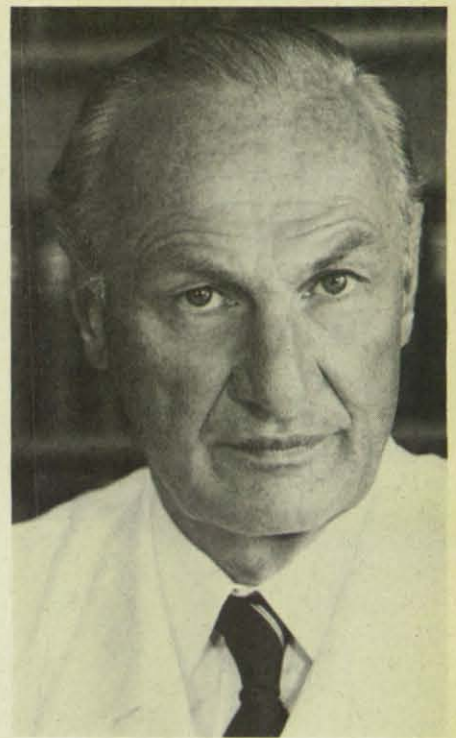
### Bestrebungen und Ziele

Ärztlich-organisatorisches Können wird bei einem Massenansturm von Verletzten verlangt. Im „Deutschen Ärzteblatt – Ärztliche Mitteilungen“ legt die Gesellschaft für Katastrophenmedizin ihre Bestrebungen fest: „Da die medizinische Hilfeleistung weder umfassend und endgültig am Schadensort vorgenommen werden kann, noch die Patienten ihre Primärbehandlung erst im Krankenhaus erhalten dürfen, ist der medizinische Aufgabenbereich auf den unverzüglichen Aufbau eines tief und breit gestaffelten Systems von Stationen der Ersten Hilfe und der ersten ärztlichen Hilfe sowie von Transporteinrichtungen und Krankenhäusern mit den dazu notwendigen Versorgungs- und Hilfsquellen angewiesen. Dies alles im Interesse der bestmöglichen Behandlung aller Patienten in Gang zu setzen und zu betreiben, erfordert nicht nur medizinischen Fachverstand, sondern auch ärztlich-organisatorisches Können.“

### Aufgaben der Gesellschaft

Die Aufgaben, die sich die Deutsche Gesellschaft für Katastrophenmedizin stellt, sind im einzelnen:

● wissenschaftliche und praktische Belange der Katastrophenmedizin zu fördern,



Professor Dr. Georg Heberer (Foto: Paleske)

● notwendige interdisziplinäre und gebietsübergreifende Beziehungen der Katastrophenmedizin herzustellen und zu vertiefen,

● sowie Kontakte zu in- und ausländischen medizinischen Gesellschaften, Organisationen, Verbänden und staatlichen Einrichtungen, die sich mit dem Katastrophenschutz befassen, herzustellen und zu pflegen.

### Schulung und Verständnis vorbereiten

Die Deutsche Gesellschaft für Katastrophenmedizin hält es für notwendig,

● Ärzte und Studenten der Medizin sowie Angehörige der medizinischen Assistenzberufe und der Hilfsorganisationen in den Verfahren der Ersten Hilfe und der ersten ärztlichen Hilfe zu schulen,

● die Fähigkeiten zur Anwendung einfacher diagnostischer Maßnahmen zu vermitteln und zu erhalten,

● die Entscheidungsfähigkeit der Ärzte für lebensrettende und stabilisierende Behandlungsmaßnahmen unter außerklinischen Umweltverhältnissen sowie zum Abtransport Hilfebedürftiger in ein Krankenhaus zu fördern,

● und das Verständnis für eine der Gesamtheit medizinischer Maßnahmen dienende Planung und Organisation zu verbreiten.



Wie der Präsident der Gesellschaft, Professor Heberer, über Zivil- und Katastrophenschutz denkt, wo Schwerpunkte liegen und mit welchen Argumenten er Gegnern der Katastrophenmedizin entgegentritt, soll im nachfolgenden Interview gezeigt werden.

## „Der Arzt als Diener der Humanität“

**Zivilschutz-Magazin:** Wie denken Sie als Arzt über die Bedeutung des Zivilschutzes und des Katastrophenschutzes?

**Professor Heberer:** Der Arzt wählte seinen Beruf aus eigenem Antrieb, weil er sich dazu berufen fühlt, seinen Mitmenschen bei der Erhaltung ihres Lebens und der Wiederherstellung ihrer Gesundheit zu helfen. Für diese persönlich und aus freien Stücken übernommene Selbstverpflichtung gibt es keine Grenzen. Über die für jeden Staatsbürger geltende gesetzliche Pflicht zur Hilfeleistung für Mitmenschen in gemeiner Not hinaus hat jeder approbierte Arzt seine im Studium und durch spätere Fortbildung erworbenen Fähigkeiten in jeder Lebenslage anzuwenden, solange ihn nicht widrige Umstände daran hindern.

Je größer die Not und der Zwang zur Hilfeleistung sind, desto weniger kann sich der Arzt des einzelnen Hilfebedürftigen annehmen. Es liegt daher im allseitig höchsten Interesse, die Gefahren für Leben und Gesundheit der Menschen so gering wie möglich zu halten, weil dann am ehesten qualifizierte Hilfe geleistet werden kann. Dies setzt aber Planung, Vorbereitung und organisierte Schadensabwendung und -verhinderung voraus. Aus diesem Grunde ist in erster Linie dem Katastrophenschutz im Frieden große Bedeutung zuzumessen. Zweifellos ist der Zivilschutz, der nur in einem – hoffentlich nie eintretenden – Verteidigungsfall zum Zuge kommen muß, um die im IV. Genfer Abkommen festgeschriebenen Aufgaben erfüllen zu können, an die vorherige Funktionsfähigkeit des Katastrophenschutzes gebunden.

Als Arzt muß ich allein schon aufgrund des besseren Sachverständnisses, aber auch der nicht minder zu beachtenden straf- und berufsrechtlichen Gegebenheiten einen Katastrophenschutz als unrealistisch und unwirksam einstufen, an dessen Planung, Vorbereitung und Durchführung Ärzte nicht verantwortlich beteiligt werden. Dies gilt für alle Bereiche und Ebenen des Katastrophenschutzes, natürlich vor allem für Fälle, in denen Leben und Gesundheit unserer Mitmenschen primär oder auch als Schadensfolge bedroht sind oder werden können.

**Zivilschutz-Magazin:** Wo liegen die Schwerpunkte bei der Intensivierung der Katastrophenmedizin?

**Professor Heberer:** Verbesserte Ausbildung der Medizinstudenten und Fortbildung der Ärzte; auch derer, die weder in freier Praxis niedergelassen sind oder im Krankenhaus arbeiten.

Einführung und Berücksichtigung katastrophenmedizinischer Erfordernisse in die behördliche Planung, Vorbereitung und Durchführung organisierter Hilfe. Dabei muß ärztlicher Sachverstand auf personellem Gebiet ebenso zum Zuge kommen wie im Hinblick auf die Bereitstellung geeigneten und schnell verfügbaren Gerätes und der Arznei- und Verbandmittel.

**Zivilschutz-Magazin:** Wie beurteilen Sie das Problem der Triage hinsichtlich Ihres hippokratischen Eides?

**Professor Heberer:** Sichtung (nicht Triage) ist keine ärztliche Sondermaßnahme; sie ist vielmehr fester und selbstverständlicher Bestandteil ärztlichen Handelns in Notfällen jeder Art, häufig auch bei der Aufnahme in das Krankenhaus. Das Vorgehen, akut bedrohtes menschliches Leben sofort zu retten, aufschiebbare Behandlungsmaßnahmen erst am bestgeeigneten Ort und ohne zusätzliche Lebensgefährdung durchzuführen, unbedeutende Gesundheitsschäden zugunsten der anderen zurückzustellen oder zu anderweitiger Behandlung zu überweisen, sowie Schwerstgeschädigte zunächst weder durch unnötige Behandlung oder gefährlichen Abtransport zusätzlich zu schädigen oder Sterbende in Würde sterben zu lassen, ist für verantwortungsvolles ärztliches Handeln kennzeichnend. Es entspricht voll dem überlieferten hippokratischen Denken.

Schon angesichts weniger Patienten wäre es unärztlich, sich dem jeweils nächsten Hilfesuchenden voll und ganz zuzuwenden und den vielleicht letzten in der Reihe an einem lebensbedrohenden, aber kurzfristig behebbaren Gesundheitsschaden sterben zu lassen.

**Zivilschutz-Magazin:** Stehen Ihrer Meinung nach für die medizinische Betreuung der Verletzten im Katastrophen- und Verteidigungsfall ausreichend geschultes medizinisches Personal zur Verfügung und wie beurteilen Sie die Möglichkeiten, dieses Personal effektiv einzusetzen?

**Professor Heberer:** Eingehende Ermittlungen zeigen, daß für die medizinische Betreuung Hilfebedürftiger im Katastrophenfall bei weitem nicht genügend geschulte medizinische Hilfskräfte zur Verfügung stehen. Bei einem Gesamtanteil von fünf Prozent unserer Bevölkerung, die befähigt sind, Erste Hilfe zu leisten, ist selbst dieser einfachste Hilfebereich völlig ungenügend vorbereitet. Hinzu kommt, daß offensichtlich weder die begrenzte Anzahl geschulter Helfer noch die zur Erste-Hilfe-

Maßnahme befähigten Bürger über geeignete und ausreichende materielle Hilfen verfügen.

Ein effektiver Einsatz aller Helfer im medizinischen Katastrophenschutz ist nur unter ärztlicher Leitung im Auftrag des jeweils zuständigen Behördenleiters denkbar. Dies muß jedoch eindeutig geregelt werden und darf nicht – wie bisher – dem Zufall und dem Willen des Verantwortlichen überlassen bleiben.

**Zivilschutz-Magazin:** Medizinische Maßnahmen im Verteidigungsfall werden von verschiedenen Vertretern der Ärzteschaft als nicht möglich bezeichnet; manche behaupten sogar, Katastrophenmedizin bedeute nicht zuletzt Kriegsvorbereitung. Wie stehen Sie zu diesen Äußerungen?

**Professor Heberer:** Medizinische Maßnahmen in Form planmäßig vorbereiteter und organisierter herangeführter Hilfe werden in einem mit konventionellen Waffen geführten Krieg höchstwahrscheinlich auf örtlicher und begrenzter Ebene durchführbar sein. Das Gegenteil ist bisher in Deutschland glücklicherweise nicht bewiesen, so daß es auch nicht erlaubt ist, eine negative Überlegung zur Grundlage eines Nichtstuns zu machen. Es ist aber auch nicht bekannt, daß es derartige destruktive und vertrauenswidrige Überlegungen gibt.

Im Falle des von verschiedenen Seiten zur Grundlage von Verweigerungsaktivitäten gemachten großen Atomkrieges, zu dem auch der sogenannte „begrenzte“ Atomkrieg, nicht jedoch der höchst unwahrscheinliche Einsatz einer einzelnen Atomombe zu zählen ist, wird es mit Sicherheit keine, den Grundsätzen der Katastrophenmedizin entsprechende planmäßig und organisiert herangeführte medizinische Hilfe geben können. In einer solchen Situation wird dann jeder, vor allem auch jeder Arzt mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln, mit seinen Kenntnissen und Erfahrungen, aber auch mit seinem Improvisationsvermögen, allen ihm erreichbaren Hilfebedürftigen beistehen, so lange und so gut er es kann.

Die Katastrophenmedizin mit Kriegsvorbereitung identifizieren zu wollen, ist ein Kennzeichen für fehlende Einsicht in die Aufgaben und Pflichten des Arztes. Hier wird der Versuch gemacht, das Ethos des Arztes als Diener der Humanität und als der der Erhaltung des Lebens zutiefst Verpflichtete einem bestimmten politischen Ziel zu opfern. Mit dieser Feststellung wird in keiner Weise das Recht und die Pflicht aller Menschen unserer Zeit in Frage gestellt, sich gegen die Atomkriegsdrohung zu wenden. Dies kann und soll auf verschiedensten Wegen geschehen, aber sicher nicht durch die zur Abwertung des Arztes führende Propagierung einer Unfähigkeit zur Hilfeleistung.



## Zwischen Nord- und Ostsee

**Kiel.** An alle am Hausbau Interessierten richtete sich eine Ausstellung in der Kieler Ostseehalle, zu der das Beamten-Heimstättenwerk (BHW) vom 16. bis 18. März eingeladen hatte. Die Schau wurde durch Informationsstände des BVS und des schleswig-holsteinischen Bauhandwerks vervollständigt.

Nach der offiziellen Eröffnung, an der unter anderem Innenminister Karl-Eduard Claussen, Kiels Bürgermeister Hochheim und der Präsident des BHW, Johannes Bieber, teilnahmen, ließen sich insgesamt 7500 Besucher informieren.

Prominentester Gast am BVS-Stand war Innenminister Claussen. Er begrüßte es sehr, daß „der BVS auf der Ausstellung vertreten ist“. Wie viele andere Besucher auch zeigte er großes Interesse an der neuen Schutzbaufibel des BVS. Claussen: „Ich hoffe, daß die Fibel dazu beiträgt, den Gedanken des privaten Schutzraumbaus in der Öffentlichkeit zu festigen.“

Fazit der Ausstellung: Insgesamt 270 ausführliche Beratungen wurden von drei Bauberatern und drei ehrenamtlichen Helfern des BVS vorgenommen.

**Wedel.** Der leitende Kreisverwaltungsbeamte Jürgen Schoob eröffnete in Wedel eine öffentliche Anhörung zum Thema Katastrophenabwehr und Zivilschutz mit den Worten: „Die Katastrophenabwehr im Kreis Pinneberg ist gut ausgerüstet und organisiert. Auf den Schutz der Bevölkerung im Verteidigungsfall sind wir jedoch nicht vorbereitet.“

BVS-Dienststellenleiter Bonny (Itzehoe) informierte die rund 40 Zuhörer, die zu dieser im Kreisgebiet einmaligen und von der Ratsversammlung beschlossenen Versammlung gekommen waren, über den Schutzraumbau und Möglichkeiten zur Selbst- und Nachbarschaftshilfe sowie über das Ausbildungsangebot des BVS.

**Neumünster.** Ihre Jahresberichte legten die BVS-Dienststellen Neumünster und Itzehoe vor. An 98 Informationsveranstaltungen beteiligten sich 1983 im Dienststellenbereich Neumünster 3254 Bürger. Auch 311 Selbstschutz-Grundlehrgänge mit 6079 Teilnehmern und 126 Fachlehrgänge mit 1727 Teilnehmern gehören zur Jahresbilanz.

In den Kreisen Pinneberg, Steinburg und Dithmarschen – zuständig ist die Dienststelle Itzehoe – besuchten rund 18500 Einwohner 16 BVS-Ausstellungen. 6400 Bürger ließen sich bei 46 Straßenaktionen über die Aufgaben des BVS unterrichten. Selbsthilfemaßnahmen wurden 2118 Interessenten in 75 Informationsveranstaltungen nähergebracht. Neben zahlreichen Einzelberatungen nahmen insgesamt 5964 Personen – darunter 2648 Frauen – an 340 Ausbildungsveranstaltungen teil; 66 BVS-Angebote mehr als im Vorjahr 1982.

## Quer durch Niedersachsen

**Holtum-Geest.** 30 Teilnehmer hatte ein Selbstschutz-Grundlehrgang in Holtum-Geest. Der Lehrgang, angeboten von den beiden erst vor kurzem ausgebildeten Selbstschutzberatern der Ortschaft, Helmut Rosebroch und Albert Meyer, stieß auf ein unerwartet großes Echo, und so nahm Gemeindedirektor Gert Rickmeyer den Abschlußabend zum Anlaß, Ausbildern, Organisatoren und Teilnehmern für ihr Engagement zu danken. Er sprach die Hoffnung aus, daß das Holtumer Beispiel Schule machen möge.

**Oldenburg.** Mit einer Tafelausstellung und einem Informationsstand mit Computer wurde die Bevölkerung der Städte und Gemeinden im Landkreis Leer über Selbstschutzmaßnahmen informiert.

Die BVS-Dienststelle unterstützte mit dieser Ausstellung die Einladung der Hauptverwaltungsbeamten zur Selbstschutzausbildung der Bevölkerung und die Werbung von Selbstschutzberatern.

Für jeweils eine Woche hatte die Bevölkerung in den Rathäusern der Städte

und Gemeinden die Gelegenheit, sich mit den unterschiedlichen Selbstschutzmaßnahmen vertraut zu machen.

Als erster Erfolg dieser Werbeaktion kann die Durchführung von zwei Selbstschutz-Grundlehrgängen in den Gemeinden Uplengen und Jümme gewertet werden.

**Lüneburg.** Zwei Helfer des BVS sind in Lüneburg von BVS-Landesstellenleiter Edgar Sohl ausgezeichnet worden. Detlef Pfeiffer aus Lüchow erhielt für 20jährige, Willi Grube aus Woltersdorf für zehnjährige ehrenamtliche Mitarbeit eine Ehrenurkunde. Beide Helfer haben sich im Bereich der Selbstschutz-Grundausbildung Verdienste erworben.

**Hannover.** Martin Ruhe, langjähriger Leiter der BVS-Dienststelle Hannover und zuletzt ehrenamtlicher Mitarbeiter, ist aus Altersgründen aus dem Verband ausgeschieden. In einer Feierstunde wurde er im Kreise der haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter der Dienststelle Hannover von Dienststellenleiter Norbert Koy verabschiedet.

Ruhe begann 1957 als ehrenamtlicher Helfer bei der damaligen Ortsstelle Hannover des BLSV. 1961 übernahm er ehrenamtlich die Leitung dieser Ortsstelle und wurde im gleichen Jahr hauptamtlicher Leiter. Er blieb bis zu seinem Ausscheiden 1977 Leiter der Dienststelle Hannover. Anschließend wurde er wieder aktiver Helfer seiner Dienststelle.

Für seine überdurchschnittlichen Leistungen in der BVS-Öffentlichkeitsarbeit und Ausbildung sowie für seine unermüdete Einsatzbereitschaft als Helfer und seine besonderen Verdienste um den Selbstschutz hat ihm als Anerkennung und Dank der Präsident des BVS

An Schautafeln können die Besucher eine zweckmäßige Selbstschutzausstattung besichtigen.







Aus der Hand von BVS-Dienststellenleiter Koy nimmt Martin Ruhe die Ehrennadel entgegen.

die Ehrennadel des Verbandes verliehen.

Die Mitarbeiter und Helfer der Dienststelle verabschiedeten sich von Ruhe mit Geschenken und Aufmerksamkeiten und vielen guten Wünschen für seinen weiteren Lebensweg.

**Melle.** Der Automobilclub Melle hat in seiner jüngsten Mitgliederversammlung beschlossen, sich an einer Selbstschutzrallye des BVS zu beteiligen. Die Rallye soll im Rahmen einer Selbstschutzwoche ausgetragen werden. Als Vorbereitung darauf haben die interessierten Mitglieder bereits an einem Selbstschutz-Grundlehrgang teilgenommen.

**Cuxhaven.** Zu seinem 25jährigen Jubiläum im öffentlichen Dienst gratulierte BVS-Dienststellenleiter Klaus Gissel BVS-Mitarbeiter Walter Schlieter.

Nach Tätigkeiten bei der Bundesbahn und Bundeswehr trat Schlieter 1964 in den Dienst des damaligen Bundesluftschutzverbandes. Als Fachbearbeiter der Dienststelle Cuxhaven ist er u. a. für das Zusammenwirken der Öffentlichkeitsarbeit und Ausbildung zuständig.

**Fürstenau.** Aus Anlaß bevorstehender Selbstschutzwochen in Meppen und Melle trafen sich unter Leitung von BVS-Dienststellenleiter Werner Köster die ehrenamtlichen Fachlehrer und Helfer des BVS aus den Kreisen Emsland und Osnabrück in Fürstenau zu einer Arbeitsgemeinschaft. Köster wies im Verlauf der Tagung auf die umfangreichen Ausbildungs- und Informationsangebote des Verbandes hin. Neben Abendlehrgängen für die Bevölkerung seien vorrangig Ausbildungsstunden für die Bediensteten der Behörden und die Berater der Hauptverwaltungsbeamten vorgesehen. Auf dem Übungsgelände des BVS in Meppen würden ferner Fachlehrgänge

im Brandschutz, Bergungs- und Sanitätsdienst angeboten.

Für mehr als 25jährige ehrenamtliche Tätigkeit für den BVS zeichnete Köster Horst Henke (Lingen) mit der Ehrenurkunde aus. Für 20jährige Tätigkeit im Verband wurden Irmgard Vorreyer und Johannes Cstricum (Osnabrück) sowie für 15jährige Tätigkeit Hans Klausing (Lingen) geehrt.

**Celle.** Mit der Ehrennadel des BVS wurde Joachim Kultermann ausgezeichnet. Er gehörte dem Verband als ehrenamtlicher Helfer seit 1976 an und schied jetzt aus Altersgründen aus.

Neben seiner Tätigkeit als Lehrkraft nahm der Scheidende auch die Aufgabe des ehrenamtlichen Fachbearbeiters der früheren Dienststelle Celle wahr. Von Juli 1979 an war er BVS-Beauftragter für den Landkreis Celle. Als die Stadt Celle 1977 erstmals Selbstschutzberater suchte, stellte sich Kultermann auch für diese Aufgabe zur Verfügung.

**Lüneburg.** BVS-Landesstellenleiter Edgar Sohl überreichte Kurt Tippe die Ehrennadel des Verbandes. Während seiner 25jährigen Zugehörigkeit zur Dienststelle Lüneburg arbeitete Tippe 16 Jahre hauptamtlich und neun Jahre ehrenamtlich für den BVS. Den Schwerpunkt seiner Tätigkeit bildete die Ausbildung von Helfern in Betrieben und Behörden.

**Soltau.** Der frühere Leiter der ehemaligen BVS-Dienststelle Soltau und jetzige BVS-Beauftragte für den Landkreis Soltau-Fallingb. Wilhelm Welge, wurde mit der Ehrennadel des Verbandes ausgezeichnet. Welge gehört dem BVS seit 1970 an und führte viele Lehrgänge durch. Des weiteren leitete er Informationstagungen für Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und leistete Grundlagenarbeit im Bereich Selbstschutz in Arbeitsstätten.

## Blickpunkt Nordrhein-Westfalen

**Düren.** Ohne den Einsatz ehrenamtlicher Mitarbeiter wäre der Selbstschutzgedanke nicht zu multiplizieren. Um so mehr Bedeutung kommt den BVS-Helfern zu, die über viele Jahre hinweg mit Einsatzfreude zu ihrem Ehrenamt stehen. Die BVS-Dienststelle Düren ließ langjährigen Mitarbeitern anlässlich von Informationstagungen „Selbstschutz“ für Hauptgemeindefachleute Ehrenurkunden durch die Bürgermeister der Veranstaltungsorte überreichen.

Für zwanzigjährige ehrenamtliche Mitarbeit erhielten die Urkunde: Max Richter, BVS-Beauftragter Erftkreis; Bernhard Noé, BVS-Beauftragter Blankenheim; Franz Ernst, Schutzbauberater Pulheim; Dietmar Wilczek, Ausbildungshelfer. Für zehnjährige Mitarbeit: Hans Thissen, Fachlehrer; Franz-Thomas Jörres, Fachlehrer; Otto Winkelhag, BVS-Beauftragter Hürth; Egon-Horst Nüchel, Fachlehrer.

**Olpe.** Bundestagsabgeordneter Breuer (CDU) informierte sich gemeinsam mit dem Siegener CDU-Stadtverband über den Zivil- und Katastrophenschutz im Katastrophenschutz-Zentrum der Stadt. Hier hatten alle Hilfsorganisationen Gelegenheit, sich und ihre Arbeit vorzustellen.

Für den BVS sprach Dienststellenleiter Philipp, der einleitend die Struktur des Zivilschutzes und die Aufgaben des BVS erläuterte. Zum Abschluß der Diskussionsrunde betonte Breuer: „Ich bin nicht überrascht, daß von allen Organisationen die zuverlässige und gute Mitarbeit der ehrenamtlichen Helfer hervorgehoben wurde; ich selbst habe dies seit langem festgestellt und in Gesprächen mit Verantwortlichen immer wieder erfahren. Geben Sie meinen Dank an alle Mitarbeiter weiter!“



Zu Besuch im Katastrophenschutz-Zentrum Olpe: der Siegener CDU-Stadtverband. (Foto: Philipp)



**Leverkusen.** Die BVS-Dienststelle Leverkusen hat im vergangenen Jahr in Zusammenarbeit mit den Kommunen 44 Informationsstände eingerichtet. Das bedeutet eine Steigerung um 100%. Die in Fußgängerzonen und in Verbindung mit Wochenmärkten durchgeführten Veranstaltungen erfreuen sich bei der Bevölkerung immer größerer Beliebtheit. Diese Form der Öffentlichkeitsarbeit stellt zwar an die Verantwortlichen große Anforderungen, jedoch wird die Arbeit durch den direkten Kontakt zum Bürger aufgewertet.

**Münster.** An vier Abenden trafen sich Landwirte aus Warendorf in der Rettungswache zu einem Selbstschutz-Ergänzungslehrgang „Landwirtschaft“. In insgesamt 16 Stunden erläuterten die BVS-Mitarbeiter Willi Hinnah und Friedhelm Fiegenbaum, welche Selbstschutzmaßnahmen jeder Landwirt in seinem Betrieb vorbeugend durchführen kann.

Großes Interesse zeigten die Lehrgangsteilnehmer an dem Thema „Vorbeugender und abwehrender Brandschutz in landwirtschaftlichen Betrieben“.

Zum Abschluß der Veranstaltung besichtigte die Gruppe unter der Leitung des Hauptbrandmeisters die neue Feuer- und Rettungswache. Der Ortsbeauftragte des Landwirtschaftlichen Kreisverbandes, Heinrich Freye, bedankte sich bei den Teilnehmern für die aktive Mitarbeit und bei den Referenten für die interessanten Ausführungen.

**Paderborn.** Ein schreckliches Bild bot sich einem BVS-Mitarbeiter auf dem Weg durch den Teutoburger Wald in der Nähe von Detmold. Überhöhte Geschwindigkeit hatte einen Pkw aus einer Kurve 80 Meter weit in den Wald fliegen lassen. Der Fahrer überlebte mit schweren Verletzungen, weil sein Schutzengel gleich doppelt für ihn sorgte: Spaziergänger stoppten den zufällig vorbeifahrenden Mitarbeiter des BVS. Die „So-

fortmaßnahmen am Unfallort“, gelehrt im Selbstschutz-Grundlehrgang, taten dann ein übriges. Die vom nächsten Telefon alarmierte Feuerwehr, in Minuten-schnelle am Unfallort, befreite den eingeklemmten Fahrer, der Transport war dann nur noch Routine.

Fazit: Einmal mehr hat das „gewußt wie“ ein Menschenleben gerettet.

**Essen/Mülheim a. d. Ruhr.** Eine Vortragsreihe zum Thema Schutzraumbau veranstaltete die BVS-Dienststelle Essen für Architekten und Angehörige von Bau- und Bauordnungsämtern. Bauberater Dr. Rüdiger Harnach und Harald Hüsgen sowie BVS-Fachbearbeiter Pätzold informierten die Teilnehmer über Art, Umfang und Finanzierung eines Schutzraums.

### Hessenspiegel

**Darmstadt.** Mit Unterstützung der Fahrbaren Zivilschutzausstellung der BVS-Landesstelle Hessen vermittelte die Dienststelle Darmstadt eine Woche in der Passage des Luisen-Einkaufszentrums in Darmstadt Selbstschutzinformationen. Rund 6000 Besucher wurden an den fünf Veranstaltungstagen gezählt. Schon während des Aufbaus der Ausstellungstafeln entwickelten sich lebhaft Diskussionen. In der ganzen Woche wurden rund 170 Einzelberatungen durchgeführt.

**Darmstadt.** Aufgrund der guten Kontakte der BVS-Dienststelle Darmstadt zu den Feuerwehren im Dienstbereich wurde Dienststellenleiter Willy Roth zur Jahreshauptversammlung der Feuerwehren Brensbach im Odenwaldkreis eingeladen.

Nach dem Jahresbericht und einigen Ehrungen hielt Roth ein Referat zum Thema „Selbstschutz – wichtiger Bestandteil des Zivilschutzes“.

### Nachruf

Am 8. März 1984 verstarb BVS-Beauftragter

#### Herbert Walter Humml

Humml begann 1960 als ehrenamtlicher Mitarbeiter bei der damaligen BLSV-Ortsstelle Frankfurt. 1963 wurde er als Hilfssachbearbeiter für Organisationsaufgaben hauptamtlicher Mitarbeiter des Verbandes. Sein weiterer Weg führte ihn nach Groß-Gerau, wo der Verstorbene als Kreisstellenleiter bis 1968 tätig war. Danach ging er zur Dienststelle Heppenheim. Bereits ein Jahr später wurde Humml die Betreuung der ständigen BVS-Ausstellung in Darmstadt im Baumusterhaus übertragen.

Mit dem 65. Lebensjahr schied Humml aus dem Dienst aus und wurde BVS-Beauftragter.

### Aktuelles aus Rheinland-Pfalz

**Kaiserslautern.** Für 25jährige Tätigkeit im öffentlichen Dienst wurde in der BVS-Dienststelle Kaiserslautern Ladislaus Mayer geehrt.

Mayer begann 1959 im Amt für Verteidigungslasten. Im Oktober 1965 übernahm er die Aufgaben des Ausbilders bei der Fahrbaren Aufklärungs- und Ausbildungsstelle in Kaiserslautern. BVS-Landesstellenleiter Awiszus betonte in seiner Laudatio die Zuverlässigkeit und Hilfsbereitschaft gegenüber seinen Mitmenschen und überreichte die Urkunde.

**Mainz.** Die weit über die Grenzen des Landes bekannte „Rheinland-Pfalz-Ausstellung '84“ war, ähnlich wie in den vergangenen Jahren, überdurchschnittlich gut besucht.

Die neun Tage dauernde Veranstaltung besuchten auch wieder viele Gäste aus den benachbarten Bundes- sowie aus den angrenzenden Nachbarländern.

Die gute Platzierung des BVS-Standes in einer Halle gemeinsam mit der Stadtverwaltung Mainz, der Deutschen Bundespost und weiteren Behörden brachte einen starken Besucherstrom, allen voran Staatssekretär Dr. Wolfgang Brix vom Ministerium für Wirtschaft und Verkehr aus Rheinland-Pfalz.

Besonders erfreut waren die BVS-Mitarbeiter, als Staatssekretär Dr. Brix erwähnte, der BVS sei ihm seit Jahren wohlbekannt, besonders aus seiner früheren Tätigkeit als Oberbürgermeister der Stadt Neustadt/Weinstraße.

Mehrere Bundes- und Landtagsabgeordnete aus Rheinland-Pfalz besuchten

Nur noch ein Schrotthaufen blieb von dem verunglückten Pkw übrig. (Foto: Schröder)





Staatssekretär  
Dr. Wolfgang Brix  
(Bildmitte) am BVS-  
Stand.



ebenfalls den Stand des BVS. Die Politiker brachten zum Ausdruck, daß der Schutz der Bevölkerung und somit auch der Selbstschutz unabdingbar seien. Wichtig wäre es, die Bürger zu motivieren, Vorsorge zum eigenen Schutz zu treffen.

Besonders stark war das Interesse an Schutzbauberatungen. Viele Bauinteressenten, die sich zum Teil über den nachträglichen Einbau eines Schutzraumes beraten ließen, wie auch Bauinteressenten, die in Kürze mit dem Neubau ihres Hauses beginnen wollen, informierten sich über die Möglichkeiten und Kosten eines Schutzraumbaus.

**Mutterstadt.** „Sind Schutzräume heute noch sinnvoll?“, so lautete die Frage, die von der im Pfälzer Raum bekannten Tageszeitung „Die Rheinpfalz“ einer größeren Anzahl von Passanten in Mutterstadt gestellt wurde. Sechs Antworten wurden in der „Rheinpfalz“ veröffentlicht.

So unterschiedlich die Antworten auch waren, bei allen Befragten war immer wieder zu hören, daß Vorsorge und Schutz nicht voneinander zu trennen sind. Insbesondere wurde der Mangel an Schutzräumen beklagt, wobei vielfach gefragt wurde: „Warum nur Schutzräume für wenige?“

**Andernach.** Auf Einladung der Verbandsgemeindeverwaltung Andernach-Land trafen sich die Wehrführer der Freiwilligen Feuerwehren aus den fünf zur Verbandsgemeinde gehörenden Ortsgemeinden sowie deren Stellvertreter, um über aktuelle Fragen des Feuerwehrwesens zu beraten.

Bürgermeister Paul-Werner Kohns wies in seinen einleitenden Worten auf ein Schreiben des Ministeriums des Innern und für Sport hin, worin die Verbandsgemeinden gebeten werden, den BVS in seiner Arbeit zu unterstützen.

Stv. Kreisbrandinspekteur Karl Pötz, Leiter der Fahrbaren Aufklärungs- und Ausbildungsstelle der BVS-Dienststelle Koblenz, erläuterte die Aufgaben des BVS und betonte, die Verbandsgemeinde Andernach-Land sei die einzige Verwaltung im Landkreis Mayen-Koblenz, die über ausgebildete Selbstschutzberater verfüge. Er dankte Bürgermeister Kohns für die Unterstützung.

## Saarland-Rundschau

**Saarbrücken.** Zu einem Informationsbesuch empfing BVS-Landesstellenleiter Christian Koch den Landtagsabgeordneten Norbert Wagner (F.D.P.). Bei dem Gespräch ging es insbesondere um die Informations- und Ausbildungstätigkeit des Verbandes im Saarland, wobei der engagierte Politiker die Notwendigkeit einer sachlichen Darstellung der vorbeugenden und abwehrenden Selbsthilfemaßnahmen in der Öffentlichkeit herausstellte.

Der Abgeordnete erhielt einen Überblick über die Arbeit des BVS und die hierbei erzielten guten Ergebnisse. Er zeigte sich sehr beeindruckt, wobei er großes Interesse für die öffentlichen und privaten Schutzräume zeigte. Der Politiker zollte Dank und Anerkennung für die Arbeit des BVS.

**Merzig.** Die langjährige im öffentlichen Interesse innerhalb des Kreisgebietes geleistete Arbeit des BVS-Beauftragten Joachim Althoff wurde dieser Tage im Beisein von Landrat Kurt Linius gewürdigt. BVS-Landesstellenleiter Christian Koch erinnerte daran, daß Althoff am Aufbau des Verbandes und des Selbstschutzes maßgeblich beteiligt war. Zunächst sei er Leiter der Gemeindestelle in Besseringen und seit 1968 Amtsbefragter für den Gemeindebereich Mettlach gewesen. Die guten Aufbausergebnisse hätten kurze Zeit später die Landesstelle dazu bewogen, Althoff mit der Leitung der Kreisstelle Merzig-Wa-

dern zu beauftragen. Im Zuge der organisatorischen Neugliederung des Verbandes wurde Althoff dann 1980 BVS-Kreisbeauftragter.

In den vergangenen zwei Jahrzehnten habe Althoff eine schwierige Aufgabe wahrgenommen und dabei stets einen beispielhaften Idealismus gezeigt. Dadurch sei es möglich gewesen, eine Vielzahl von Informations- und Ausbildungsveranstaltungen sowie Ausstellungen und Sonderaktionen durchzuführen.



Landrat Linius (rechts) überreicht BVS-Kreisbeauftragtem Althoff ein Geschenk. Bildmitte: BVS-Landesstellenleiter Koch. (Foto: Riehm)

Koch sprach dann unter Hinweis auf die vor wenigen Jahren bereits erfolgte besondere Auszeichnung Althoff Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit aus und überreichte ihm eine Urkunde.

Landrat Linius würdigte ebenfalls die besonderen Verdienste sowie die gute Zusammenarbeit und überreichte Althoff ein Geschenk.

**Neunkirchen.** Einen Schritt in die richtige Richtung habe, wie der Leiter der BVS-Dienststelle Neunkirchen, Helmuth Klippel, bei einer Besichtigung des neuen BVS-Übungsgeländes in Sinnerthal durch die SPD-Stadtratsfraktion betonte, die Kreisstadt Neunkirchen getan. Klippel, der neben dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Berthold Günther und den übrigen Fraktionsmitgliedern auch Oberbürgermeister Peter Neuber sowie den Leiter des Stadtbauamtes, Fritz Decker, begrüßen konnte, bezeichnete die Einrichtung am Sinnerthaler Weg als einmalig im Saarland. Er nannte die Geste der Kreisstadt Neunkirchen vorbildlich für die Zusammenarbeit zwischen dem BVS und den Kommunen.

Die SPD-Stadtratsfraktion und die Vertreter des BVS waren sich darüber einig, daß Selbstschutz für die Bürger eine ständige Aufgabe darstelle.

**Spiesen-Elversberg.** Die BVS-Ausstellung „Kinder malen Katastrophen- und





Schirmherr Bürgermeister Heinrich Kohler (zweiter von rechts) besichtigt die BVS-Ausstellung. (Foto: Bechtel)

Selbstschutz" wurde unter der Schirmherrschaft des Bürgermeisters der Gemeinde Spiesen-Elversberg, Heinrich Kohler, in der Volksbank gezeigt. Kohler erläuterte in seiner Eröffnungsansprache den Sinn dieser Ausstellung sowie die Probleme des BVS, seine Aufgabenstellung auf die Bevölkerung zu übertragen. Der Bilderschau wünschte Kohler, daß „sie von vielen gesehen und verstanden wird und dazu beiträgt, dem Selbstschutz gegenüber eine positivere Haltung einzunehmen“.

## Bayern heute

**Schwandorf.** Der BVS hatte vom 8. bis 30. März 1984 in der Eingangshalle des Arbeitsamtes Schwandorf eine kleine Ausstellung aufgebaut.

„Wie kann man in bedrohlichen Lagen anderen Menschen und sich selbst helfen?“ war das Thema der Bilderschau. BVS-Dienststellenleiter Franz Weinberger (Weiden) machte darauf aufmerksam, daß jeder Mensch einmal in eine zwingende Situation kommen könne, in der spontane und richtige Hilfe erforderlich sei. Und gerade in solchen Augenblicken müsse man eben wissen, auf was es eigentlich ankommt. In Anwesenheit von Landrat Hans Schuierer sowie Oberbürgermeister Hans Kraus wies Weinberger auf die Notwendigkeit einer gezielten Ausbildung hin.

Amtsleiter Reinhard Adamietz zeigte sich erfreut darüber, daß der BVS seine Ausstellung im Foyer des Arbeitsamtes aufgebaut hat. „Bei uns herrscht starker Publikumsverkehr, so daß die erklärten Zielgruppen hier leicht zu erreichen sind“, meinte er.

Mit der Vorführung von zwei Filmen wurde die Veranstaltung abgerundet.

**München.** „Morgen heulen die Sirenen“ – so hatten die fünf großen Mün-

chener Zeitungen die Pressemitteilung der BVS-Dienststelle München beschrieben und auf die Informationsmöglichkeiten durch den BVS anlässlich der Sirenenprobe hingewiesen.

Um die Bevölkerung gezielt ansprechen zu können, hatte sich auch diesmal wieder ein Stand in der Stadtinformation der Landeshauptstadt als bestens geeigneter Platz erwiesen. Am Verkehrsknotenpunkt „Stachus“ gelegen ist die Stadtinformation eine stark frequentierte Anlaufstelle für ratsuchende Bürger.

So konnten am BVS-Stand in der Zeit von 9.00 bis 16.00 Uhr rund 900 interessierte Bürger über Selbstschutzmaßnahmen beraten und mit Informationsmaterial bedient werden.

Ebenso regen Zuspruch fand eine Selbstschutz-Geräteschau, die den Bürgern entsprechend der BVS-Broschüre „Ihr Vorsorgepaket“ Vorsorgemaßnahmen im Hause optisch darstellte.

**Regensburg.** Bei der „Dona '84“, der 9. Ausstellung für Handel, Handwerk und Gewerbe im Mittelbayerischen Donaunraum um Regensburg, war der BVS mit einem Informationsstand in der Halle des Stadt- und Landkreises Regensburg vertreten. Geringe Standfläche und einfache Gestaltung glichen die BVS-Mitarbeiter durch Aktivität, Ansprache und Argumentation wieder aus, so daß ein großer Prozentsatz der Besucher über die Möglichkeiten des Selbstschutzes informiert werden konnte.

Sicher ging auch eine gewisse Signalwirkung auf die Besucher über, wenn immer wieder der BVS-Stand von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aufgesucht wurde, um Informationen über den neuesten Stand des Selbst- und Zivilschutzes einzuholen.

So trugen sich Staatsminister Fritz Pirkel wie auch Bezirkstagspräsident Alfred Spitzner beim Eröffnungstag ins Gästebuch des BVS ein. Aber auch die Kommunalpolitiker führten intensive Gespräche, die vielfach mit Absprachen gemeinsamer Vorhaben schlossen.

So erklärte z. B. der neugewählte 1. Bürgermeister der Gemeinde Nittendorf, Heinz Zausinger, nachdem er über seine Aufbau- und Förderungsmöglichkeiten des Selbstschutzes in Eigenverantwortung des HVB unterrichtet worden war, daß in seiner kommenden Amtszeit der Bestellung und Ausbildung von Selbstschutzberatern sowie der Einteilung der Wohnbereiche besondere Aufmerksamkeit gewidmet würde.

**Bayreuth.** Zum fünften Male fand eine Besprechung zwischen den Zivilschutz-

Sachbearbeitern beim HVB und der BVS-Dienststelle Bayreuth statt. Diese jährliche Zusammenkunft zwischen den Sachbearbeitern und dem BVS ist inzwischen gute Tradition geworden und wird von allen Beteiligten sehr begrüßt.

Schwerpunkt der Besprechung war diesmal die Gewinnung von Selbstschutzberatern und deren Ausbildung. Beteiligt waren die Landratsämter Bamberg, Bayreuth, Forchheim, Erlangen-Höchstadt und Nürnberger Land sowie die Zivilschutzämter der kreisfreien Städte Bamberg und Bayreuth. Von seiten des BVS nahmen die Beauftragten von Bamberg, Forchheim, Erlangen-Höchstadt und Nürnberger Land sowie Dienststellenleiter Schneider und Fachbearbeiter Hochmann teil.

**München.** Ministerpräsident Franz Josef Strauß und seine Gattin hatten am 10. April 1984 verdiente Angehörige der Rettungs- und Notdienste aus Südbayern zu einem Empfang in das Antiquarium der Residenz in München eingeladen.

Auch BVS-Landesstellenleiter Günter Kopsieker nahm mit sieben ehrenamtlichen Mitarbeitern als Vertreter des BVS teil.

Ministerpräsident Strauß würdigte in seiner Ansprache den Einsatz und die Verdienste der Helfer aller Organisationen zum Wohle der bayerischen Bevölkerung.

## Nachruf

Im Februar 1984 verstarb der frühere ehrenamtliche BVS-Kreisstellenleiter von Vilsbiburg

### Georg Hölzl

Er gehört seit 1962 dem Verband an, war zunächst Ausbildungshelfer und übernahm 1968 die Leitung der Kreisstelle Vilsbiburg bis zu deren Eingliederung in den Dienststellenbereich Landshut.

Seiner Heimatstadt Vilsbiburg stellte er sich ferner als Selbstschutzberater zur Verfügung.

Alle BVS-Mitarbeiter schätzten sein allezeit freundliches und zuvorkommendes Wesen sowie seine Bescheidenheit. Die Dienststelle Landshut ist dem Verstorbenen zu Dank verpflichtet.

Wir trauern um einen Menschen, den wir stets als Freund schätzten und werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.



## **GZS als bedeutende Informations- und Ausbildungseinrichtung**

Seit mehr als einem Jahr bildet die Gesellschaft für den Zivilschutz die Sicherheits- und Brandschutzbeauftragten Berliner Behörden und Betriebe aus. Bei der Vereinbarung einer Pilotveranstaltung mit der Verwaltungsakademie des Landes Berlin im Sommer des vergangenen Jahres war nicht absehbar, welch großes Interesse dieser Lehrgang finden würde.

Nachdem aus dem beabsichtigten Pilotprojekt in Zusammenarbeit mit der Verwaltungsakademie insgesamt sechs Fachlehrgänge wurden, bekundeten auch andere Institutionen großes Interesse. So ergaben sich im Verlauf der Folgemonate Kontakte zum Technischen Überwachungsverein, Abteilung Arbeitssicherheit, zu verschiedenen Ingenieurbüros, die sich ebenfalls mit Arbeitssicherheit befassen, sowie zu gewerblichen Unternehmen. Jüngste „Kunden“ der Gesellschaft waren bzw. sind weiterhin die Industrie- und Handelskammer zu Berlin und eine große Hotelkette, die ihre Mitarbeiter durch die Gesellschaft aus- und fortbilden lassen.

Neben der theoretischen Unterweisung liegt der Schwerpunkt der Ausbildung auf der praktischen Brandbekämpfung und dem Umgang mit den vorhandenen Brandschutzgeräten. In den zehn bzw. zwölf Ausbildungsstunden werden u. a. die Aufgaben, Aufbau und Gliederung der betrieblichen Brandschutzkräfte und die baulichen Brandschutzmaßnahmen angesprochen und vor Ort erklärt. Ein bedeutender Ausbildungsabschnitt ist der Bedrohung durch Rauch- und Brandgase, dem Atemschutz sowie den Rettungsmaßnahmen gewidmet.

Welche Bedeutung die Bedarfsträger der durch die Gesellschaft durchzuführenden Ausbildung beimessen, läßt sich leicht in Zahlen ausdrücken. Waren es im Jahre 1983 nur fünf Fachlehrgänge mit 107 Teilnehmern, so wurden diese Zahlen in den ersten Monaten des Jahres 1984 weit übertroffen: Zwischen Anfang Januar und dem 15. Mai wurden bereits zwölf Fachlehrgänge mit 245 Teilnehmern durchgeführt.

Welche Position die Gesellschaft für den Zivilschutz in Berlin als Informations- und Ausbildungseinrichtung erreichen konnte, spiegelt am besten ein Gespräch mit einem Bezirksamt wider, mit dem seit Jahren eine enge und freund-

schaftliche Zusammenarbeit besteht. In dem Gespräch wurde deutlich, daß von einigen Mitarbeitern des Bezirksamtes Kritik geäußert wurde. Bemängelt wurde nicht die Durchführung der Schulungsmaßnahme, sondern daß die Veranstaltung von der GZS durchgeführt wurde. Diese befaße sich mit militärischen Auseinandersetzungen, Waffenwirkungen usw. und sei von daher abzulehnen. Es wurde die Bitte geäußert, die Veranstaltung durch eine andere Einrichtung durchführen zu lassen. Erwähnt wurden in dem Zusammenhang die Verwaltungsakademie des Landes Berlin sowie der Technische Überwachungsverein. Interessant ist dies insofern, als beide Einrichtungen für die Ausbildung von Sicherheits- und Brandschutzbeauftragten ausschließlich auf die Gesellschaft zurückgreifen.

Ein Rückschlag droht zur Zeit der Gesellschaft, da ihr die praktische Ausbildung ab sofort erheblich erschwert wurde. Die Benutzung des bisherigen Übungsplatzes ist ihr nach einer „Kleinen Anfrage“ im Abgeordnetenhaus von Berlin praktisch untersagt worden. Ob und ggf. wann der GZS ein geeigneter Übungsplatz zur Verfügung steht, läßt sich derzeit nicht abschätzen.

## **Lehrvorführung „Retten aus schwieriger Lage“**

Die seit knapp einem Jahr von der GZS durchgeführte Ausbildung von Sicherheits- und Brandschutzbeauftragten hat die Frage nach fachlicher Betreuung und regelmäßiger Fortbildung aufkommen lassen. Vor allem wurden die Lehrkräfte häufig nach den Gefahren, die von in Brand geratenen Fahrzeugen ausgehen, befragt. Da sich die Unterrichtung und Ausbildung im Selbstschutz vornehmlich mit Waffenwirkungen und Schutzmöglichkeiten befaßt, sind in Brand geratene Fahrzeuge eigentlich kein Thema für die Gesellschaft. Andererseits ist festzustellen, daß der Bürger besonders dann ansprechbar ist und zu sinnvollem Handeln angeregt werden kann, wenn empfohlene Maßnahmen ohne Einschränkung logisch und alltagstauglich erscheinen.

In diversen Zeitungs- und Fernsehberichten wurden immer wieder Fahrzeugbrände vermeldet, die nicht selten erhebliche Opfer forderten. Zahlreiche Fahrzeuge sind ineinander verkeilt und in Brand geraten, die Feuerwehr ist alarmiert, aber noch nicht am Schadensort.

Anfang Mai lud die GZS deshalb die von ihr ausgebildeten Sicherheits- und Brandschutzbeauftragten zu einer Lehrvorführung. Da diese Veranstaltung auch für die Öffentlichkeit interessant zu werden versprach, wurden der Sender Freies Berlin und die örtliche Presse informiert. Als „Opfer“, Rettungs- und Brandschutzkräfte waren ausschließlich Mitarbeiter der Gesellschaft vorgesehen. Zwei Vorstandsmitglieder, zugleich Fachlehrer der GZS, gingen mit gutem Beispiel voran und ließen sich als „Opfer“ schminken. Um den Übungsablauf für Presse, Fernsehen und Zuschauer so realistisch wie möglich zu gestalten, war die Johanniter-Unfall-Hilfe zu dieser Übung gebeten worden und beteiligte sich mit Krankentransportfahrzeugen.

Rund fünfzig Brandschutz- und Sicherheitsbeauftragte Berliner Unternehmen und Behörden sowie das Fernsehen und die Redakteure zweier großer Berliner Tageszeitungen hatten sich zur Demonstration „Retten aus schwieriger Lage“ eingefunden. Die Darstellung begann mit einem „Motorbrand“. Im Gegensatz zur Darstellung in so manchem Kriminalfilm kam es nicht zu der üblichen Explosion. Erstaunlich für viele: Es war in der ersten Minute kaum Rauch zu sehen. Doch wenige Minuten nach dem Zünden brannte der gesamte Motorraum. Für die Insassen eines Fahrzeuges, hilf- oder bewusstlos, bilden nicht so sehr die Flammen die unmittelbare Gefahr, sondern der über die Lüftungs- und Heizungskanäle eindringende Rauch.

Etwa acht Minuten später griffen die Flammen vom Motorraum auf den Passagierraum über. Nach rund zehn Minuten war der Innenraum des Fahrzeuges ein einziges Flammenmeer. Hätten zu diesem Zeitpunkt noch Menschen im Pkw gesessen, so hätte man sie nur noch tot bergen können.

Nachdem das Brandverhalten den Zuschauern und den Vertretern der Medien so vor Augen geführt worden war, galt es, im zweiten Teil der Darstellung die erforderlichen Rettungsmaßnahmen zu verdeutlichen.

Die Fahrlehrer der GZS setzten bei der Brandbekämpfung und Menschenrettung die üblichen Kraftfahrzeug-Feuerlöscher ein. In mehreren Vorführungen wurde gezeigt, daß man die Flammen zurückdrängen, die Tür des Fahrzeugs öffnen und die Insassen gefahrlos bergen kann.

Deutlich wurde aber auch, daß ohne Information und Ausbildung viele aus Angst vor Fehlern oder eigener Gefährdung Rettungsmaßnahmen unterlassen.



## Schleswig-Holstein



### Ausbildungsveranstaltung auf Helgoland

**Kiel.** In der Zeit vom 7. bis 16. März 1984 fand unter Leitung der THW-Sprengberechtigten Friedrichsen und Gutow eine praktische Weiterbildung im Sprengen auf Helgoland statt, an der zehn Sprengberechtigte bzw. Sprenghelfer aus verschiedenen Ortsverbänden des Landesverbandes teilnahmen.

Bei den Sprengobjekten handelte es sich um Bunkerreste, die trotz der starken Bombardierung während des Zweiten Weltkrieges nicht völlig vernichtet worden waren. Sie stellten jetzt eine akute Gefahr für in den Hohlräumen spielende Kinder dar und mußten im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht beseitigt werden. Vom Leiter des Bundesvermögensamtes Itzehoe wurden die Objekte dem THW für Übungszwecke zur Verfügung gestellt.

Die Anreise zur Insel erfolgte am 7. März mit dem Tonnenleger „Basemeister Breme“ von Büsum aus. Die Verladung des Gerätes verlief problemlos. Kapitän Oldrings ließ dem THW jede nur mögliche Unterstützung zukommen.

Die Überfahrt nach Helgoland war zwar stürmisch; Ausfälle bei den Helfern durch Seekrankheit gab es jedoch nicht.

Die Unterbringung der THW-Gruppe auf der Insel erfolgte in der Personalunterkunft der Kurverwaltung am Südhafen, und zwar in gemütlich eingerichteten Ein- und Zweibettzimmern. Neben einer ausreichenden Anzahl von Duschen standen hier auch eine Küche und eine Waschküche mit Trockenraum zur Verfügung.

Die THW-Helfer begutachten die Sprengung.  
(Foto: Friedrichsen)



Die Bundeswehr hatte freundlicherweise die Verpflegung des THW-Teams übernommen, und sie stellte auch ihre Mannschaftsmesse zur Verfügung, so daß die Helfer ihre Mahlzeiten in der Kaserne auf dem Oberland – unweit der Sprengstelle – einnehmen konnten.

Es wurden insgesamt 20 Sprengungen durchgeführt. Hierfür wurden verbraucht: 162 Zeit-Zünder 20 ms, 15 Null-Zünder, 30,850 kg TNT, 1,920 kg AG 3.

Vier Objekte waren zu sprengen: Eine liegende Betonplatte von ca. 300 x 600 x 60 cm Größe, eine stehende Betonwand von ca. 250 x 600 x 70 cm Größe, ein Betonüberhang in Stärke von bis zu 180 cm und eine mehrfach gebrochene Betonplatte von ca. 100 x 250 x 20 cm Größe.

Die liegende Betonplatte wurde durch zwei Sprengungen mit ca. 3 kg TNT total zerlegt. Die nach den Sprengungen offenliegenden Eisen wurden herausgetrennt.

Die vom äußeren Anschein her sehr stark zerklüftete Betonwand erwies sich als äußerst stabil. Insgesamt drei Sprengungen mit ca. 16 kg TNT waren notwendig, um die Mauer zu durchschlagen. Hierbei wurden sowohl Bohrloch als auch eingelegte Ladungen verwendet. Das Niederlegen der Mauer gelang jedoch erst, nachdem die beiden äußeren Stahllagen getrennt waren. Auch hier wurden nach den Sprengungen alle herausragenden Eisen abgetrennt.

Der Betonüberhang wurde durch drei Sprengungen mit ca. 8 kg TNT um etwa zwei Meter abgesprengt. Nach der ersten Sprengung zeigte sich, daß der Überhang keine Betoneisen enthielt. Aus diesem Grunde konnte ein guter Sprengerfolg bei sehr geringem Einsatz von Sprengmitteln erzielt werden.

Der Versuch, die relativ kleine Betonplatte mit dem Preßlufthammer zu zerkleinern, erwies sich wegen der Güte des Betons als nicht durchführbar. Die Platte wurde mit fünf Bohrlochladungen à 50 g TNT so zerkleinert, daß nach der Sprengung nur noch die Betoneisen aus dem Haufwerk gesammelt werden mußten.

Bei allen Sprengungen hat sich die Sprengschutzmatte als sehr vorteilhaft erwiesen. Bei der Anwendung der Matte ist jedoch darauf zu achten, daß sie nicht am Sprengobjekt anliegt.

Die sanitätsmäßige Versorgung während des zehntägigen Aufenthalts auf Helgoland oblag dem Rettungssanitäter Zugführer Henningsen vom Ortsverband Schleswig. Zum Glück gab es während der ganzen Zeit, die die THW-Gruppe auf der Insel verbrachte, nur zwei leichtverletzte Helfer.

Die Zusammenarbeit mit den Behörden auf Helgoland war außerordentlich gut. Auch äußerten sich zuständige Mitarbeiter vom Ordnungsamt und vom Bundesvermögensamt sehr lobend über die Durchführung und über das Ergebnis der THW-Sprengarbeiten.

Am 16. März war alles geschafft, was man sich vorgenommen hatte, und mit der „Basemeister Breme“ ging es am nächsten Tag wieder zurück aufs Festland.

K. F.

## Hamburg



### Zusammenarbeit mit den Hamburger Wasserwerken

**Hamburg.** Seit geraumer Zeit führt der THW-Landesverband Hamburg eine intensive Ausbildung des Instandsetzungs-Dienstes in Zusammenarbeit mit den Versorgungsunternehmen (VU) in der Freien und Hansestadt Hamburg durch. Diese Lehrgänge bei den Unternehmen, in denen sowohl Führungskräfte als auch Unterführer und bedingt Helfer, speziell nach Vorschriften der Hamburger VU ausgebildet werden, sind seit Anfang dieses Jahres nunmehr auch im Bereich der Wasserversorgung – Hamburger Wasserwerke – einsatzmäßig ausgeweitet worden. Das heißt, daß die GW-Gruppen der Hamburger I-Dienst-Einheiten an echten Schadensstellen in Zusammenarbeit mit den HWW an den Tagen zum Einsatz kom-



men, an denen normale Ganztagsausbildungen der Bezirksverbände laut Dienstplan angesetzt worden sind.

In der Praxis sieht dies wie folgt aus:

Der I-Zugführer der jeweiligen Einheit setzt sich bei Dienstbeginn vom Bezirksverband aus telefonisch mit dem Rohrnetzleiter seines zuständigen Bezirkes in Verbindung und meldet „Einsatzbereitschaft“. Bei einem vorliegenden Schaden in der Zeit bis zum Ende der Ganztagsausbildung wird die Einheit telefonisch oder über Fernmeldeempfänger über die Einsatzzentrale der Feuerwehr gerufen und eingesetzt.

Seit Januar dieses Jahres wurden in einem Zeitraum von rund zwei Monaten bereits fünf Einsätze von den Einheiten des I-Dienstes unter Aufsicht der Rohrnetzleiter der Hamburger Wasserwerke (HWW) durchgeführt.

1. Aufgraben der Einsatzstelle sowie Aus- und Einbau eines defekten Schiebers NW 300 mit acht Helfern des BV Hamburg-Harburg, 96 Einsatzstunden.
2. Auswechseln eines Unterflur-Hydranten mit zehn Helfern des BV Hamburg-Bergedorf, 83 Einsatzstunden.
3. Ausbau eines Rohrnetzschiebers NW 300, Einbau eines T-Stückes sowie diverser Reduzierstücke und Setzen eines Hydranten mit sieben Helfern des BV Hamburg-Harburg, 64 Einsatzstunden.
4. Aufgraben der Einsatzstelle und Freilegen einer 15-cm-Rohrleitung mit Störungssuche sowie Ein- und Ausbau eines Absperrschiebers mit Be- und Entlüften, mit 14 Helfern des BV Hamburg-Mitte und Hamburg-Bergedorf, 118 Einsatzstunden.
5. Auswechseln einer Hausanschlußleitung mit vier Helfern des BV Hamburg-Harburg in 34 Einsatzstunden.

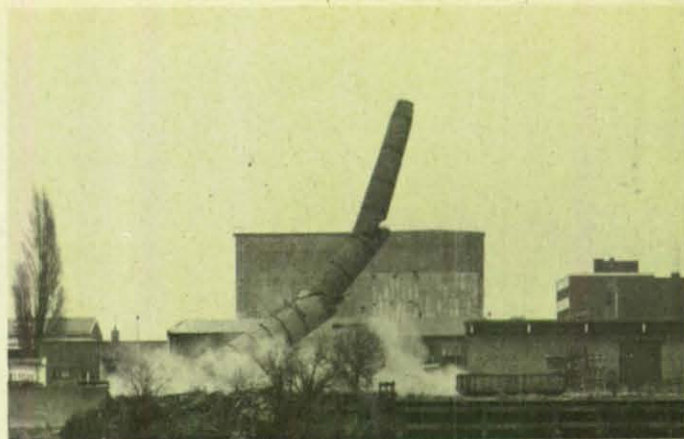
Bei allen Einsätzen wurden grundsätzlich nur die I-Dienst-Geräte des THW verwendet; die Materialien stellten die Rohrnetzbezirke der HWW. Für die Aufbrucharbeiten kamen Kompressoren und Aufbruchhämmer der Wasserwerke zum Einsatz.

In allen fünf Einsätzen bestätigte sich, daß die THW-Geräte grundsätzlich für die Arbeiten gut und voll geeignet waren. Das Fachwissen und die Motivation der Helfer wurden allgemein gelobt.

Nach der relativ kurzen Zeit dieser Form der Ausbildung kann schon heute zusammenfassend gesagt werden: Eine bessere und umfassendere Ausbildung gibt es zur Zeit nicht. – Einsätze der bisher noch nicht beteiligten Hamburger THW-Instandsetzungseinheiten werden bei den nächsten Ganztagsausbildungen der jeweiligen Bezirksverbände folgen.

G. T.

Der Riese fällt.  
(Foto: Rudolph)



### Achtung: Sprengung

**Hamburg.** Gerade rechtzeitig wurde dem THW-Landesverband eine Schornsteinsprengung als Auftragsprengung angeboten. Die jährliche Belehrung der Sprengberechtigten stand an, und so konnte die Theorie mit der Praxis verbunden werden. Der Bezirksverband Hamburg-Mitte erhielt den Auftrag, die Sprengung des 30m hohen Schornsteines mit einer Trommelstärke von 0,60m und einem Umfang von 8,61m in Hamburg-Hammerbrook durchzuführen. Als verantwortlicher Sprengmeister war Zugführer Ludbek eingesetzt.

Die erforderlichen Bohrarbeiten wurden ausgeführt, der Fallschlitz ausgestemmt und die Bohrlöcher besetzt.

Nachdem die Bandeisenbewehrung im Wirkungsbereich der Sprengladungen und die Blitzableiter entfernt waren, wurde als Splitterschutz eine starke Persemming mit Gummibändern angebracht.

Nunmehr galt es, die Sicherheit herzustellen, wobei das Gelände, die Straßen und der angrenzende Kanal von der Polizei geräumt wurden.

Pünktlich um 12.15 Uhr erfolgte die Zündung, und der Schornstein fiel planmäßig in die vorbestimmte Richtung. Abschlußmeldung: „Sprengung ord-

nungsgemäß abgeschlossen, keine besonderen Vorkommnisse. A. L.

### Baumkrone gesprengt

**Hamburg.** Eine nicht alltägliche Übungssprengung führte THW-Sprengmeister Rüdiger Engel im Bereich des Forstamtes Hamburg-Wohldorf durch. Das Forstamt unterstützt das THW schon seit Jahren, indem es Holz für Ausbildungszwecke den Bezirksverbänden kostenfrei überläßt. So war es selbstverständlich, daß dem Antrag, eine Baumkrone in einer Übungssprengung zu beiseitigen, gern stattgegeben wurde. Da in Hamburg nur sehr wenige Sprengobjekte zu finden sind, wurde diese Sprengung auch gleichzeitig zur jährlichen Belehrung der Sprengberechtigten genutzt.

Ein herkömmliches Absägen der Baumkrone, deren abgestorbene Äste über einen Wanderweg Fußgänger in Gefahr brachten, war in 14 Meter Höhe aus Gründen der Unfallverhütung nicht möglich. Der Stamm der fast 200jährigen Buche sollte nämlich als Nistplatz für Spechte stehenbleiben.

Die Berechnung von Sprengmeister Engel war richtig, beide Äste, die in 14 Meter Höhe noch einen Durchmesser von einem Meter hatten, wurden sauber abgeschlagen. A.K.



Die Berechnungen waren richtig, der Ast wurde sauber abgeschlagen.  
(Foto: Trampe)



Es kommt auf den Millimeter an. Hier zeigt sich, wer fahren kann.



## Groß-Geschicklichkeitsturnier für das THW

**Hamburg.** 44 Einsatzfahrzeuge aus allen Hamburger THW-Bezirksverbänden nahmen an einem Groß-Geschicklichkeitsturnier des Automobil-Clubs Verkehr (ACV) teil. Für die Fahrzeuge der Führerscheinklassen II und III hat der ACV vor drei Jahren einen Wanderpokal gestiftet.

Auf dem Schwarzenbergplatz in Hamburg-Harburg war durch den ACV ein umfangreicher Parcours aufgebaut worden. Insgesamt zehn verschiedene Stationen mußten nach Zeit durchfahren werden. Es zeigte sich sehr schnell, welche Kraftfahrer ihr Fahrzeug beherrschten.



Stolz nimmt der Sieger den Pokal entgegen. (Fotos: Krüger)

Nach fünf Stunden spannender Wettkämpfe um Punkte und Sekunden standen die Sieger fest: Diesmal konnte der Bezirksverband Hamburg-Harburg sein Heimrecht ausnutzen und beide Wanderpokale gewinnen. A. K.

Niedersachsen



## Neue Unterkunft bezogen

**Meppen.** Selten haben Angehörige eines THW-Ortsverbandes ihrer Freude

über den Bezug einer neuen Unterkunft derart sichtbaren Ausdruck verliehen wie die Meppener anlässlich der Einweihungsfeier am Sonnabend, dem 24. März 1984.

Durch eine von einigen Helferfrauen gefertigte Ehrenpforte sowie ein Spalier von Fahnen gelangten über 200 Besucher zum Festakt – der auch das dreißigjährige Bestehen des Ortsverbandes mit einschloß – in die festlich geschmückte Fahrzeughalle.

„Wir haben Grund zum Feiern, aber auch zum Danken“, betonte Orts- und Kreisbeauftragter Aloys Büring vor den versammelten Gästen, bevor in Festansprachen und Grußworten der Ortsverband Meppen die Würdigung und Anerkennung seiner dreißigjährigen ehrenamtlichen Arbeit erfahren durfte.

Und die Reihe der Redner war ebenso lang wie prominent. In chronologischer Reihenfolge kamen zu Wort: THW-Landesbeauftragter Eckhard Leiser, THW-Direktor Hermann Ahrens sowie Bundestagsabgeordneter Rudolf Seiters, einer der Hauptinitiatoren des Neubaus. Nach Schlüsselübergabe durch Baudirektor Holtmann sowie Gebet und Segen eines evangelischen und katholischen Geistlichen folgten Grußworte von Justizminister Walter Remmers, Vertretern von Kreistag und Kreisverwaltung, Bundes- und Landtagsabgeordnete-

Hoher Besuch zur Unterkunftseinweihung: Justizminister Remmers (rechts) mit Kreis- und Ortsbeauftragtem Büring. (Foto: Wrede)



ten, Angehörigen der Bundeswehr, des DRK und MHD, der Feuerwehren und der THW-Nachbarortsverbände. Sogar zwei Feuerwehrkameraden aus dem benachbarten Holland übermittelten die Grüße ihrer Dachorganisation.

Am Schluß des Festaktes zeichnete Direktor Ahrens verdiente Helfer, an der Spitze Kreis- und Ortsbeauftragter Büring, mit dem THW-Helferzeichen in Gold mit Kranz und Gold aus. Rudolf Seiters wurde mit einer auf einem Holzteller montierten Plakette geehrt.

Anschließend hatten die Gäste Gelegenheit zu einem Rundgang durch Unterkunft und Freigelände, bevor am Nachmittag die Meppener Bevölkerung zu Hunderten zu einem Besuch hereinströmte.

In ihrer Festtagsfreude hatten die Meppener Helfer auch an die kleinsten Gäste gedacht und für diese zwischen Fahrzeughalle und Sozialtrakt einen Spielplatz mit Gerät installiert, der von den Junghelfern vorbildlich betreut wurde.

Wer nach anstrengenden Vorbereitungen noch genügend Energie hatte, konnte am Abend bei einem gemütlichen Beisammensein das Tanzbein schwingen und einen überaus ereignisreichen Tag in der Geschichte des THW-OV Meppen ausklingen lassen.

R. B.

## Ersten Bauabschnitt übergeben

**Hannover.** Als erster Bauabschnitt des Großbauprojektes „Unterkunftsneubau für die THW-OV Hannover und Langenhagen“ konnte am Freitag, dem 16. März 1984, der langersehnte Garagentrakt offiziell seiner Bestimmung übergeben werden.

Der 700 000 DM teure Bau bietet Platz für die 30 Einsatzfahrzeuge beider Ortsverbände, die bis dahin im Freien bzw. an vier verschiedenen Stellen im Stadtgebiet untergebracht waren.





**Schlüsselübergabe vor dem neuen Garagen-  
trakt (von links): Kreis- und Ortsbeauftragter  
Cyriacks, Leiter des Staatshochbauamtes II,  
Pollack, Komm. Ortsbeauftragter Jäksch,  
Landesbeauftragter Leiser. (Foto: Wrede)**

Im Beisein einer Reihe von Gästen übergab THW-Landesbeauftragter Eckhard Leiser den symbolischen Riesenschlüssel an den Ortsbeauftragten von Hannover, Günther Cyriacks, und seinem Amtskollegen aus Langenhagen, Volker Jäksch.

Mit der Fertigstellung des Gesamtkomplexes ist im Sommer 1985 zu rechnen.  
R. B.

Hessen



### Eine Übung, die es in sich hatte

**Bad Homburg/Oberursel.** Auf einem Lastwagen, der Fässer transportiert, verrutscht die Ladung, der Wagen kommt ins Schleudern, und zwei der Fässer fallen von der Ladefläche. Der Fahrer des Fahrzeuges wird durch das Austreten der Methanoldämpfe bewußtlos.

Aus einer anliegenden Firma wird dieser Vorfall beobachtet und über Notruf die



**Die Fässer werden provisorisch abgedichtet. (Foto: Krämer)**

Feuerwehr alarmiert. In der Nähe befindliche Polizeibeamte sichern sofort die Unfallstelle ab. Die Feuerwehr, die durch einen Großeinsatz personell überlastet ist, alarmiert das THW.

Dies ist die Ausgangslage einer Übung der Ortsverbände Bad Homburg und Oberursel.

Über Funkmeldeempfänger werden die Helfer der Einsatzgruppen alarmiert. Der Einsatzleiter begibt sich sofort zur Schadenstelle, erkundet diese, übermittelt der Einsatzzentrale die Kemlerzahl sowie die UN-Nummer und weist die anrückenden Einsatzkräfte ein.

Vier THW-Helfer unter schwerem Atemschutz bergen den bewußtlosen Fahrer und dichten die Fässer provisorisch ab, um weiteres Auslaufen von Methanol zu verhindern.

Um das weitere Eindringen von Methanol in die Kanalisation zu unterbinden, werden die Kanalschächte mit Kanalabsperrkissen abgedichtet. Nachdem eine Messung mit dem Gasspürgerät eine verminderte Konzentration von Methanoldämpfen ergibt, streuen Helfer unter leichtem Atemschutz Bindemittel auf das bereits ausgelaufene Methanol und kehren es auf. Die giftigen Dämpfe werden mit einem Sprühstrahl niedergehalten.

Nach dem Umpumpen des Methanols endet die Übung. Der Ablauf zeigte allen Beteiligten, welche Schwerpunkte in Zukunft bei der Ausbildung gesetzt werden müssen.  
P. K.

### Pumpengruppen im Großeinsatz

**Groß-Gerau.** Vom Wasser befreit wurde das neue Behördenzentrum von Groß-Gerau in einer Aktion der THW-Ortsverbände Darmstadt, Hanau und Rüsselsheim. Die Helfer der Pumpengruppen pumpten 4,5 Millionen Liter Wasser aus

**Mit der Übung wird eine Erprobung der Ausstattung durchgeführt. (Foto: Friedrichs)**



dem 2. Untergeschoß und legten damit den Bau trocken.

Bei der Aktion wurden 14 Pumpen mit 1 180 Metern Schläuchen verschiedenster Durchmesser sowie vier Notstrom-Aggregate eingesetzt.

Durch zu hohen Grundwasserspiegel war es erforderlich, das 2. Kellergeschoß „unter Wasser“ zu setzen, um ein Aufschwimmen zu verhindern und damit das weitere Bauvorhaben nicht zu gefährden. Nach Fertigstellung des Rohbaues – der notwendige Druck ist nun vorhanden – konnte der „Ballasttank“ entleert werden.

Das THW nahm dies zum Anlaß, eine Erprobung der Fachdienstausstattung „Pumpengruppe“ durchzuführen. Gleichlauf der Aggregate, Dauerbetrieb der Pumpen und Zusammenarbeit von drei Einsatzgruppen wurden 14 Stunden lang praktiziert. Einschneidende Mängel bei den Gerätschaften traten nicht auf, die Teamarbeit verbesserte das Wissen jedes Helfers und förderte den Zusammenhalt der Mannschaften.  
H. F.

Saarland



### Zweimal Amtshilfe geleistet

**Saarbrücken.** Um Amtshilfe hatten das Zivilschutzamt der Stadt und die Forstbehörde Saarbrücken gebeten. In einem alten Luftschutzstollen in der Talstraße, der wieder in einen betriebsfähigen Zustand versetzt werden soll, waren nicht weniger als 500 m alte Belüftungsrohre, die an der Decke entlang verlegt waren, abzubrennen und wegzuschaffen.

Dies war eine echte Aufgabe für den I-Zug des Ortsverbandes. Unter der Leitung von Zugführer Mole wurde zunächst eine Beleuchtung in der dunklen Tunnelröhre eingerichtet. Sodann teilte



man die vorhandenen Brennschneidegeräte abschnittsweise auf. Beim ersten Abschnitt ging es zunächst darum, die Technik auszuloten, mit der die unterschiedlich dicken Röhre am besten zerlegt werden konnten, da sie nur von einer Seite her zugänglich waren.

Nachdem die Arbeitsweise erkundet war, konnte an allen Geräten die Arbeit beginnen und eine Rohrlänge nach der anderen zügig zum Ausgang geschafft werden.

Je länger die Arbeiten andauerten, um so schlechter wurde die Luft im Stollen, so daß der Gang nach draußen immer öfter dringend wurde und die Rückkehr jeweils schwerer fiel.

Volle zehn Stunden dauerte der erste Einsatztag, und dennoch reichte er nicht aus, den Auftrag zu erledigen. Ein weiteres Wochenende mußte geopfert werden, bis auch das letzte Stück Rohr aus der immer endloser werdenden Tunnelröhre geschafft war.

N. S.



Fast völlig zerstört wurde die Baumwoll-Spinnerei in Moschendorf.

(Foto: Krauß)

Baden-Württemberg



### Lkw geborgen

**Trossingen.** Einen typischen Wintereinsatz hatte der THW-OV Trossingen. Auf der L 433 nach Aldingen war ein voll beladener 38-t-Lastzug infolge schnee-glatter Fahrbahn in den Straßengraben geraten. Da der Lastzug in beladenem Zustand nicht aus dem Graben gehoben werden konnte, wurde die Ladung von THW-Helfern geborgen.

Ein Teil der Ladung konnte gleich zu einem Empfänger in eine 15km entfernte Ortschaft abtransportiert werden, der Rest wurde in der Garagenhalle des Ortsverbandes zwischengelagert.

Da die Zuggabel des Anhängers verwunden war, mußte diese mit dem Schweißgerät erhitzt und gerichtet wer-

den, um den Anhänger dann in die Werkstatt schleppen zu können. Nach ca. fünf Stunden war der Einsatz beendet, die Straße konnte wieder für den Verkehr freigegeben werden.

H. P.

Bayern



### THW bei Großbrand im Einsatz

**Hof.** Am Morgen des zweiten Advents um 4.45 Uhr schrillten die Funkwecker. Die Einsatzzentrale der Polizeidirektion forderte den THW-OV Hof zu einem Großbrand an, der sich zur größten Brandkatastrophe in Bayern nach dem 2. Weltkrieg mit ca. hundert Millionen DM Schaden entwickeln sollte. Eine Baumwoll-Spinnerei in Moschendorf wurde dabei fast völlig zerstört.

Nach einer Branddauer von nahezu zweieinhalb Stunden ereignete sich, gerade als die Feuerwehr zu einem Innenangriff vorgehen wollte, eine verhee-

rende Explosion, wobei drei Feuerwehrkameraden schwer verletzt wurden. Da nicht bekannt war, ob sich unter den Trümmern noch Verschüttete befanden, wurden weitere Wehren und das THW alarmiert. Die ursprüngliche Befürchtung bewahrheitete sich glücklicherweise nicht.

So konnten sich die THW-Helfer auf andere Aufgaben konzentrieren, zum Beispiel der Beseitigung von insgesamt acht Blechrohren in einer Versorgungsbrücke, durch die mit Hilfe eines Vakuums die aufgelockerte Baumwolle vom Lager in das Spinnereigebäude transportiert wurde. Es bestand die Befürchtung, daß durch diese Rohre ein Brandüberschlag auf das bisher verschonte Lagergebäude stattfinden könnte. Diese Aufgabe in fünf Meter Höhe erwies sich als sehr gefährlich, da ständig durch Verpuffungen im Betriebsgebäude die Flammen durch die Rohre schlugen. Mit der Seilwinde des GWK wurden die Rohre regelrecht herausgerissen.

Weitere Helfer unterstützten die Polizei bei der Absperrung von Straßen, weil viele Schaulustige „anrückten“. Auch wurde das Pförtnerhaus, das als „Aufwärmstube“ für die Einsatzkräfte diente, mit zwei 5 kVA Stromerzeugern mit Elektrizität versorgt, da der gesamte Gebäudekomplex vom Stromnetz abgetrennt worden war, um weitere Explosionen zu verhindern.

Der THW-Verpflegungstrupp versorgte 120 Einsatzkräfte der Feuerwehren, des DRK, der Polizei und des THW.

Für Nachlöscharbeiten und Brandwachen während der Nacht wurde die gesamte Brandstelle von 19.00 Uhr abends bis 8.00 Uhr morgens mit Halogenscheinwerfern taghell ausgeleuchtet.

H. G.

Nach ca. fünf Stunden hatten die THW-Helfer den Lkw geborgen.  
(Foto: Pfitzmeuer)





## Leitmeßstelle 13 in neuer Unterkunft

Mitten im Herzen von Schleswig-Holstein, nahe Neumünster, war die Leitmeßstelle 13 in drei ca. 28 qm großen Räumen des ehemaligen Gutsherrenhauses von Schönböken untergebracht. Das Herrenhaus wurde nach dem Krieg als Dorfschule genutzt. Später war die DEULA (Deutsche Landmaschinen-schule) darin untergebracht. Heute befindet sich dort die Katastrophenschutzschule des Landes Schleswig-Holstein.

Das Warnamt I suchte nach einer besseren Unterkunft. Diese fand man in einem Schutzraumkeller des ehemaligen Marinearsenals Trappenkamp. Nach dem Ausbau des Schutzraumes stehen der LMSt nun Arbeitsräume, Schlafraum, Sanitärräume und eine kleine Küche zur Verfügung. Lüfter und Filteranlagen ermöglichen es, die Leitmeßstelle mit Bunkerverschluß zu führen.

Die Haupträume sind der Fernmelde- und ABC-Auswerteraum. Mehrere Telefonanschlüsse verbinden mit der Außenwelt.

Im Gegensatz zu Schönböken, wo ländliches Leben und plattdeutsche Mundart vorherrschen, ist Trappenkamp eine aufstrebende Industriegemeinde mit ca. 6000 Einwohnern. Der Ort entstand erst nach Kriegsende. Als ehemaliges Sperrwaffenarsenal der Marine war Trappenkamp kaum bekannt. Vor und während der Kriegszeit war hier ein Sperrbezirk. Zum Schutz gegen Entdeckung wurden auf den oberirdischen Gebäuden Fichten gesetzt. Nach Kriegsende fanden in Trappenkamp Vertriebene aus den Ostgebieten eine neue Heimat. Zunächst notdürftig in den Arsenal-Gebäuden untergebracht, entstanden nach und nach Wohnblocks und Eigenheime.

Mit der Zeit kamen auch verschiedene Hilfsorganisationen nach Trappenkamp. So befindet sich die WD-Leitmeßstelle zur Zeit mit dem ASB und DRK unter einem Dach.

E. W.

## Ehrung für langjährige Mitarbeit

Für Verdienste, die sie in 20jähriger Mitarbeit im Warndienst als Helfer und nebenberufliche Mitarbeiter im Warnamt III erworben haben, wurden Fritz Hecht und Bernd Harstrick ausgezeichnet. Sie erhielten die Ehrennadel mit Goldrand und eine Urkunde.

Hecht, Regierungsamtsrat im Niedersächsischen Landwirtschaftsministerium, und Harstrick, Speditionskaufmann in Laaten, begannen im Warnamt III Anfang 1964 zunächst als Helfer. Auch als ihre ursprüngliche zehnjährige Verpflichtungszeit im Zivilschutz abgelaufen war, blieben beide dem Warnamt III treu. Sie unterstützen heute die hauptamtlichen Einsatzleiter bei Ausbildungsveranstaltungen und Warndienst-Übungen.

Einsatz- und Leistungsbereitschaft sowie Pflichterfüllung kennzeichnen das Wirken dieser beiden Mitarbeiter, betonte Lt. Baudirektor Maske. Gerade weil die Tätigkeit im Warndienst nicht im Rampenlicht der Öffentlichkeit stehe, verdiene diese langjährige Mitarbeit als beispielhaft hervorgehoben zu werden. Jeder, der über das freiwillige Engagement im Zivilschutz nachdenke, werde zum Ergebnis kommen, daß das, was Hecht und Harstrick seit 20 Jahren tun, unser aller Dank und Anerkennung verdienen.



Nach der Ehrung (von links): Lt. Baudirektor Dr. August Maske, Fritz Hecht, Bernd Harstrick und Regierungsrat Wolfgang Biskupek.  
(Foto: Biskupek)

Der Leiter des Warnamtes III, Wolfgang Biskupek, nahm die Verleihung der Ehrennadeln zum Anlaß, den versammelten nebenberuflichen Mitarbeitern den Wert ihres freiwilligen Engagements zu verdeutlichen.

Er würdigte den Einsatz der jetzt ausgezeichneten Männer, die trotz eines nicht immer populären Dienstes stets Verantwortungsbewußtsein für die Aufgaben des Zivilschutzes gezeigt hätten.

Als Ausdruck der Kameradschaft und Solidarität überreichte Wilhelm Kölling, Rodenberg, im Namen der nebenberuflichen Mitarbeiter und des hauptamtlichen Personals des Warnamtes III ein Geschenk.

H.-W. H.

## 20 Jahre bei der Warndienst-Leitmeßstelle 92

Anläßlich der Jahresabschlußausbildung erhielt Hans-Jürgen Weiß vom Leiter der Abteilung Warndienst im Bundesamt für

Zivilschutz, Dr. Maske, die Ehrenurkunde und goldene Ehrennadel des Warndienstes für 20jährige Mitarbeit im Warndienst. Weiß begann als „Wachleiter“ in der Warndienst-Leitmeßstelle 92 in Karlstadt, bei der er jetzt als Auswerteleiter im Status eines „Mitarbeiters in besonderer Funktion“ tätig ist. Drei weitere Mitarbeiter erhielten die Ehrenurkunde mit silberner Ehrennadel für 10jährige Mitarbeit: der zweite Auswerteleiter Hermann Seufert und die Helfer Alfred Rösch und Werner Rüh; letztere sind mit Ablauf des Jahres 1983 aus dem Warndienst ausgeschieden.

G. J.

## Nachruf

Am 6. April 1984 verstarb in Rodenberg/Deister im Alter von 85 Jahren der erste Leiter des Warnamtes III, Oberst a. D.

### Walter Bauerschäfer

Bauerschäfer wurde 1898 in Burg bei Magdeburg geboren. Ab 1917 nahm er als Soldat am Ersten Weltkrieg teil. In den zwanziger Jahren trat er in die Schutzpolizei ein und wurde später in die Wehrmacht übernommen. Im Zweiten Weltkrieg fand er bei der Luftnachrichtentruppe Verwendung und erreichte den Dienstgrad eines Oberst.

Im April 1956 kam Bauerschäfer zum Warndienst, für dessen Aufbau damals die ersten Schritte unternommen wurden. Lt. Regierungsdirektor Generalmajor a. D. Gosewisch, in dessen Händen der Aufbau des Warndienstes lag, übertrug ihm die Leitung des damaligen Planungsamtes Hannover, aus dem die für Niedersachsen und Bremen zuständigen Warnämter II und III hervorgingen. Bauerschäfer leitete bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1963 das Warnamt III.

Dem Aufbau dieses Amtes widmete er sich mit großer Energie. In enger Zusammenarbeit mit der Deutschen Bundespost und den Dienststellen des Landes Niedersachsen leistete er Pionierarbeit für den Warndienst. So konnte das Warnamt III als erstes Warnamt das unterirdische Bauwerk beziehen und schon frühzeitig vom Behelfs- und Vorausbetrieb, der dort zunächst im Unterkunftsgebäude eingerichtet war, zum planmäßigen Betrieb im Endausbau übergehen.

Für alle Mitarbeiter aus den Anfangszeiten des Warndienstes war Bauerschäfer eine herausragende Persönlichkeit. Der Name dieses verdienstvollen Mannes wird mit der Geschichte des Warnamtes III verbunden bleiben und im Warndienst nicht vergessen werden.





80 Wissenschaftler konferierten in Addis Abeba  
über die klimatische Situation in Afrika und deren Auswirkungen

## Afrika braucht die internationale Hilfe

Naturkatastrophen größten Ausmaßes, Flüchtlingsehend und Seuchen plagen den schwarzen Kontinent

„Unser Kontinent droht auf lange Sicht eine riesige Wüste zu werden, die permanent von Dürre heimgesucht wird.“ Auf diesen kurzen Nenner brachte Professor Adebayo Adedeji, Untergeneralsekretär der UNO, die Lage. Vor rund 80 Teilnehmern einer internationalen wissenschaftlichen Konferenz über die klimatische Situation in Afrika und deren Auswirkungen – sie tagte in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba – führte der Diplomat aus, daß nunmehr 34 afrikanische Staaten unter extremer Dürre zu leiden hätten und sich damit dem verheerendsten und hartnäckigsten Problem des Kontinents ausgesetzt sähen.

Diese schleichende Katastrophe setzte 1968 in der Sahelzone ein und breitete sich inzwischen in das südliche und östliche Afrika aus. Länder in diesen Regionen verzeichnen ein Niederschlagsdefizit von bis zu 60 Prozent. Die Getreideproduktion 1983 wird einen Rückgang von über 3,3 Millionen Tonnen erleben, abzüglich zugesagter Lebensmittelhilfen von mehr als zwei Millionen Tonnen fehlen immer noch 1,3 Millionen Tonnen. Bis dieses Loch gestopft sein wird, leidet ein erheblicher Teil der 150 Millionen in diesen Ländern lebenden Menschen Hunger.

Zu Hunderttausenden stirbt den Bauern und Hirten das Vieh weg, da es weder genug Weidegras noch Wasser gibt. Dabei sichert in vielen afrikanischen Ländern gerade ein reicher Viehbestand den Lebensstandard der Bevölkerung. Selbst im Tropenland Kongo, dessen Trockenperioden höchstens zwei bis drei Monate im Jahr dauern, litten die Menschen 1983 fast sechs Monate unter der Dürre. Flüsse führen nicht genügend Wasser, Talsperren leeren sich und Wasserkraftwerke können kaum noch Elektrizität produzieren. Das statt dessen für teures Geld einzuführende Öl schwächt die ohnehin darniederliegende Volkswirtschaft der meisten Entwicklungsländer.

### Dürre begünstigt Ausbreitung von Krankheiten

Einhergehend mit der Dürre häufen oder verbreiten sich Krankheiten, denen mit Hilfe der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der Unterstützung vieler Länder und Organisationen wie der Bundesrepublik, dem IKRK und der Liga der Rotkreuzgesellschaften entgegengewirkt wird.

In vielen Ländern südlich der Sahara treten Malaria, Darmerkrankungen, Hirnhautentzündungen, Tuberkulose, Lepra, Gelbfieber, Masern, Infektionen der Atemwege, Spinale Kinderlähmung, Tollwut, Gelbsucht und Typhus auf. Durch den verstärkten Zuzug der Bevölkerung aus den unwirtschaftlich gewordenen

ländlichen Gegenden und Regionen in die Städte sind die Krankenhäuser hoffnungslos überlastet.

Die sozialen Strukturen drohen zusammenzubrechen. Anfänglich versuchen die Menschen, mit der Dürre fertig zu werden, indem sie mit Verwandten und der Dorfgemeinschaft teilen, indem sie Vieh verkaufen oder gegenseitig ausleihen. Sie hoffen noch auf den nächsten, saisonbedingten Regen, der eine bessere Ernte bringen werde, und sie akzeptieren die Situation als eine kurze, aber eben nicht zu umgehende.

### Bauern verlassen ihr Land nicht

Danach aber, wenn die erwarteten Niederschläge nicht einsetzen, Erntevorräte

In besonderem Maße  
von der Dürre betroffen  
sind Kinder, alte  
und kranke Menschen.





aufgezehrt sind und die Viehherden dahinsterven, versucht jede Familie für sich zu überleben. Wenn dies nicht gelingt, machen sich Depression, Hilflosigkeit und Fatalismus breit. Im allgemeinen verlassen die Bauern ihr Land nicht, bevor sich die Situation nicht als völlig aussichtslos erweist.

Die feste, traditionelle, sowohl emotionale als auch physische Abhängigkeit von der „Scholle“ hindert sie daran, rechtzeitig in einen noch ertragreichen Landstrich umzuziehen. Mit der Fortsetzung der Dürre und dem geradezu zwanghaften Verwurzelte sein an die Heimat Erde geht die absolute Apathie einher, die es nicht einmal zuläßt, verstorbene Angehörige zu betrauern. „Das Gefühl ähnelt dem einer chronischen Todeskrankheit“, heißt es in dem der Konferenz vorgelegten Bericht der Weltgesundheitsorganisation (WHO).

### Die Dürre läßt den Lebensmut in Afrika verdorren

Die allgemeinen meteorologischen Gründe für diese Jahrhundertkatastrophe sind bekannt: Mangel an ausreichendem Wasserdampf, in großem Umfang zurückgehende Luftbewegung (die eine Wolkenbildung verhindern) sowie das Fehlen organisierter atmosphärischer Störungen (um Aufwinde, Wolken und Regen zu produzieren). Alle oder einige dieser Faktoren mögen in Afrika eine Rolle spielen.

Aber auch der Mensch hat wohl der gegenwärtigen Situation Vorschub geleistet. So hinterließen Viehherden und unökonomischer Ackerbau in vielen Landstrichen einen kahlen Boden, der das Wärme-Gleichgewicht zwischen der Erdoberfläche und der darüberliegenden Atmosphäre änderte. Dies wiederum führt zu Abwärtswinden, die jene Dürre hervorrufen.

Die Konferenz in Addis Abeba erörterte darüber hinaus, inwieweit fehlende Wiederaufforstungsprogramme nach der Ausbeutung der Wälder für Feuer- und Bauholz die Dürre begünstigen oder in welchem Umfang die zurückgegangene Vegetation nach großen Buschbränden Mitursache der Dürre ist.

Am Ende des Expertentreffens stand freilich die Frage, was in Zukunft zu tun sei. Daß die internationalen Organisationen und die Staatenfamilien nicht schlafen und Afrika seinem Schicksal überlassen, wurde an vielen Beispielen deutlich. Jedoch zielte der Appell des UNO-Untergeneralsekretärs nicht nur auf die aktuelle Katastrophenhilfe ab, die es zu leisten gilt.

Er forderte die Welt auf, Afrika zu helfen, mit seinen wirtschaftlichen Problemen fertig zu werden, seine weitere Entwick-

Durch die Dürre drohen die sozialen Strukturen zusammenzubrechen, jede Familie versucht, für sich zu überleben.



lung zu fördern und den Menschen durch tatkräftige und wirksame Unterstützung wieder Mut zu machen. Auch an praktischen Hinweisen und Empfehlungen, gerichtet an die Adresse der afrikanischen Nationen, fehlte es nicht – angefangen bei der Einrichtung von Wetterbeobachtungsstationen bis hin zum grenzüberschreitenden Austausch von Informationen und Daten, um rechtzeitig gezielte Maßnahmen ergreifen zu können. Aber es wird wohl noch Jahre dauern, bis die entwurzelten Menschen wieder zu sich gefunden haben.

### Mehr als eine Million Opfer

Daß Afrika ein von Naturkatastrophen ständig heimgesuchter Kontinent ist, läßt sich am augenfälligsten durch Zahlen belegen. Danach wurden zwischen 1970 und 1981 durch tropische Wirbelstürme, Überschwemmungen, Erdbeben, Vulkanausbrüche, Heuschreckenplagen, schwere Sandstürme und Buschbrände mehr als eine Million Menschen getötet, der Sachschaden betrug über 46 Millionen US-Dollar. Allein im vergangenen Jahr starben 353 832 Menschen nur an den Folgen von heftigen Unwettern, bei Überschwemmungen kamen 64 103 Personen ums Leben. Kein einziges afrikanisches Land kann vor der einen oder anderen Naturkatastrophe sicher sein.

Daß die Natur dem Kontinent übel mit-

spielt, wurde an verschiedenen Beispielen deutlich. Betrachten wir zunächst die tropischen Wirbelstürme, die sich über den Weltmeeren bilden und mit einer Geschwindigkeit bis zu 200 Stundenkilometer in zerstörerischer Wut auf die Küsten zujagen.

Im südlichen Indischen Ozean werden alljährlich acht dieser Stürme „geboren“, die über Ostafrika in das Innere des Kontinents eindringen, Überschwemmungen auslösen und die heimischen Winde in arge Turbulenzen bringen. Mauritius und Madagaskar, Tansania und sogar Malawi haben regelmäßig unter diesen Stürmen zu leiden.

Im Osten des Kontinents treten die meisten Wirbelstürme zwischen Dezember und März auf, nur wenige verheeren die Landschaft im November und April, fast keine Stürme verzeichnen die Meteorologen von Mai bis Oktober. Ein Frühwarnsystem existiert Angaben zufolge auf den Komoren, in Mozambique und auf den Seychellen.

### Stürme, Überschwemmungen und Erdbeben

Die Stürme lösen wiederum ungewöhnlich hohe Niederschläge aus, die zu Überschwemmungen führen. Talsperren laufen über, Flüsse treten über ihre Ufer, Rinnsale verwandeln sich in rei-



Bende Ströme. Obwohl in den vergangenen Jahren der Nil, der Niger oder der Sambesi durch zum Teil hohe Dämme reguliert worden sind, konnten Überschwemmungen in den Flußtäälern oft nicht verhindert werden.

Neben einigen Landstrichen in Ghana (1939), Libyen (1963) und Guinea (1983) sind als regelmäßig erdbebengefährdete Gebiete Nordwestafrika, der Maghreb und die Ostafrikanische Senke bekannt.

Obwohl Afrika als Landmasse recht stabil ist, wurde es, wie bereits die Geschichte überliefert, immer wieder von Vulkanausbrüchen und Erdbeben heimgesucht. Man nimmt an, daß die afrikanische Platte hin und wieder mit der eurasischen Platte zusammenstößt und glaubt, daß sich die Ostafrikanische Senke innerhalb ihrer Grenzen in entgegengesetzter Richtung bewegt. All dies könnten Auslöser für Eruptionen aller Art sein.

#### **Umfangreicher Maßnahmenkatalog soll helfen**

Die Konferenz in Addis Abeba beschloß ein Bündel von Maßnahmen, wie der Mensch den naturbedingten Katastrophen begegnen, sich vor ihnen schützen oder zumindest rechtzeitig gewarnt sein kann. Man war sich einig, daß es dazu nicht nur der massiven Anstrengung aller afrikanischen Staaten bedarf, sondern daß parallel dazu auf internationaler Ebene geholfen werden muß.

Vordringlich erschienen den Tagungsteilnehmern die Planung und Errichtung von Siedlungen in kaum gefährdeten Regionen mit der entsprechenden ökonomischen und ökologischen Umgebung sowie die Verwendung stabiler Baumaterialien. Dies bedingt konzentrierte technische Unterstützung in allen Bereichen, Aus- und Fortbildung des einheimischen Personals, das letztlich einmal die Arbeit fortführen soll, und schließt neben der Errichtung der bereits erwähnten Frühwarnsysteme den gesamten Komplex Katastrophenschutz mit ein.

Der Maßnahmenkatalog enthält aber auch einen intensiveren Informationsaustausch der afrikanischen Länder untereinander, die Ausarbeitung spezieller Landkarten (basierend auf den Erfahrungen der in bestimmten Regionen immer wieder auftretenden Katastrophen), Wiederaufforstungsprogramme, Städteplanung, meteorologische Beobachtungen und Auswertungen, geophysische Untersuchungen sowie medizinische und Nahrungsmittelhilfen.

Die Frage mag berechtigt sein, ob es nicht der Mensch selbst war, der die Natur in Rage gebracht hat, aber das

hilft Afrika heute nicht viel weiter. Natur ist Feind und Freund zugleich. Wir leben mit ihr und wir müssen uns nicht selten vor ihr schützen. Aber wir alle sind aufgefordert, unseren Beitrag dafür zu leisten, daß die Menschen in Afrika die Natur nicht hassen lernen. Wenn sie – aus einsichtigen Gründen – nicht schon damit begonnen haben.

## **DRK- Soforthilfe für Äthiopien wird fortgesetzt**

Das Deutsche Rote Kreuz will auch in Zukunft seine Soforthilfe für Äthiopien fortsetzen. Dies ist das Ergebnis eines Erkundungsbesuches des Präsidenten des DRK, Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein, der sich vom 5. bis 11. April zusammen mit dem Leiter des DRK-Auslandsreferats, Jürgen Kronberger, auf Einladung des Äthiopischen Roten Kreuzes in dem ostafrikanischen Land aufhielt. Nach seiner Rückkehr aus der am schlimmsten betroffenen Region Wollo erklärte der DRK-Präsident gegenüber Regierungsstellen in der Hauptstadt Addis Abeba und dem Äthiopischen Roten Kreuz die Bereitschaft zur weiteren Zusammenarbeit zugunsten der notleidenden Bevölkerung.



**Zum Empfang der Nahrungsmittelrationen kommen die Menschen oft aus Entfernungen von bis zu hundert Kilometern in die Verteilungszentren.**

Allein in Wollo, das bereits 1973 von großer Dürre heimgesucht worden war, sind schätzungsweise 1,8 Millionen Menschen von den Auswirkungen mehrmonatigen Ernteausfalls aufgrund mangelnder Niederschläge unmittelbar betroffen. Neben staatlich koordinierten Hilfsmaßnahmen übernimmt das Rote Kreuz die Versorgung von 165000 besonders Bedürftigen, wie Kinder unter 15 Jahren, die an Unterernährung leiden, werdende und stillende Mütter sowie alte Menschen.

Diese Personengruppen erhalten nach Rotkreuz-Angaben aus Addis Abeba Grundnahrungsmittel und Zusatznahrung von der äthiopischen Schwestergesellschaft des DRK. Außerdem werden in den Verteilungszentren der Region Wollo, in den Städten Korem, Alamata und Kobo, medizinische Notversorgungen sowie Decken- und Altkleiderverteilungen zugunsten der Hilfsbedürftigen abgewickelt. In diesen Zentren halten sich täglich über 60000 Menschen auf, die aus einem Umkreis von bis zu 100 Kilometer kommen, um die Nahrungsmittelrationen entgegenzunehmen und sich betreuen zu lassen.

Das Rote Kreuz hat in Wollo und in den zusätzlich durch bewaffnete Auseinandersetzungen belasteten Regionen Tigray, Gondar und Eritrea wesentlichen Anteil an den laufenden Hilfen für die Opfer der Konflikte und der Dürre. Es beabsichtigt, neben der Nahrungsmittelunterstützung und der medizinischen Versorgung besonders auch Wasservorräte, geländegängige Fahrzeuge, Personal und Barmittel zur Abwicklung der laufenden Hilfsaktion bereitzustellen. Das DRK ist bereits seit mehreren Jahren mit Delegierten im Lande vertreten, die durch weitere Experten verstärkt werden sollen.



## Deutsch-deutsche DRK-Vereinbarungen

Gespräche über grenzüberschreitenden Krankentransport, Suchdienst und Familienzusammenführung standen im Mittelpunkt des ersten Treffens der Präsidenten der DRK-Organisationen der DDR und der Bundesrepublik. Gemeinsam mit dem Präsidium des bundesdeutschen Roten Kreuzes besuchten der Präsident des DDR-DRK, Professor Dr. Siegfried Akkermann, und der Vizepräsident, Dr. Ernst Hagemoser, die Bundeschule des Deutschen Roten Kreuzes in Meckenheim-Merl. Dort besichtigten sie Fahrzeuge des DRK-Zentraldepots Auslandshilfe.

Ein Ergebnis der Gespräche: Wenn es erforderlich ist, sollen in der DDR ernsthaft erkrankte Bundesbürger demnächst von einem Krankenwagen des dortigen Roten Kreuzes auch über die Grenze hinweg in ihre Heimat transportiert werden – und umgekehrt. Bisher war der Kranke in der Regel an der Grenze von einem Krankenwagen der jeweiligen Organisation übernommen worden.

Auch in anderen Bereichen wollen die Gesellschaften ihre Zusammenarbeit auf dem Weg einer „Politik der kleinen Schritte“ weiter ausbauen. Dazu gehört „eine lockere Zusammenarbeit“ bei internationalen Hilfsmaßnahmen, bei denen das DDR-DRK im wesentlichen Sachmittel zur Verfügung stellen, das DRK sich dagegen mit stärkeren Finanzhilfen engagieren will. In Meckenheim-Merl ließ sich der DRK-Präsident aus der DDR ausführlich die modernsten Fahrzeuge und Hilfsmittel des Roten Kreuzes für den internationalen Katastropheneinsatz erklären.

Beide Präsidenten betonten, ihre Organisationen hätten vieles gemeinsam, so stünden sie vor ähnlichen Problemen in der Altenhilfe. Zu diesem und anderen Bereichen der Sozialarbeit wurde ein ständiger Erfahrungsaustausch vereinbart. Während ihres fünftägigen Aufenthaltes besuchten die Vertreter der DDR-Organisation noch Rotkreuz-Einrichtungen in Schleswig-Holstein und Niedersachsen.

DRK-Präsident Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein begrüßt den Präsidenten des DDR-DRK, Professor Dr. Siegfried Akkermann (links), auf dem Gelände der DRK-Bundeschule in Meckenheim-Merl.



Bei der Besichtigung des Zentraldepots des DRK-Generalsekretariats fand die „Milchkuh“ besonderes Interesse. (Fotos: Zimmermann)



### Schnelle Hilfe durch DRK-Flugdienst

Schnelle Hilfe benötigte die 63jährige Patientin eines Bonner Krankenhauses, die wegen einer Wirbelsäulenverletzung und zur Vermeidung weiterer Komplikationen so schnell und schonend wie möglich in eine Spezialklinik nach Karlsbad in Baden-Württemberg verlegt werden mußte.

Der Sohn der Patientin wandte sich mit seinem Anliegen an den DRK-Flugdienst in Bonn, dieser setzte sich mit dem DRK-Kreisverband Bonn in Verbindung und nach kurzer und unbürokratischer Überprüfung der Voraussetzungen für

den Transport entschied man sich für eine Verlegung mittels Hubschrauber.

Nachdem auch die zuständige Krankenkasse der Patientin ohne Verzögerung ihre Zustimmung für die Kostenübernahme gegeben hatte, starteten wenig später DRK-Arzt Jürgen Heinke und Rettungssanitäter Armin Keil als Begleiter mit der Patientin in Richtung Karlsbad.

Nach kurzer Flugzeit konnte das Deutsche Rote Kreuz die Patientin dort dem zuständigen Arzt ohne Zwischenfälle zur weiteren Behandlung übergeben.



Schonend und schnell konnte die Patientin von der Bonner Klinik in die über 300 Kilometer entfernte liegende Spezialklinik in Baden-Württemberg verlegt werden.



## Kritik an Papierflut

Der Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Dr. Horst Waffenschmidt, besuchte das Katastrophenschutz-Zentrum Bremen-Nord, in dem auch die Anlagen und Unterkünfte des Arbeiter-Samariter-Bundes eingegliedert sind.

Die Hilfsorganisationen trugen dem Staatssekretär einige Kritik vor. So sei die Papierflut von ehrenamtlichen Helfern nicht mehr zu bewältigen. Die Anweisungen vom grünen Tisch gingen an der Praxis vorbei. Das Geld für die Selbstverwaltung verschiedener Hilfsorganisationen reiche nicht aus. Dr. Waffenschmidt erklärte, die Informationen vor Ort von direkt Betroffenen besäßen für ihn mehr Aussagekraft als jene, die auf dem Behördenweg gefiltert nach oben kämen. Die vorgebrachten Kritiken und Klagen bezeichnete er als berechtigt.

Mit dem Wunsch nach Erhöhung der Selbstbewirtschaftungsmittel laufe man, so der Staatssekretär, bei ihm offene Türen ein. Er stellte für 1985 eine Änderung in Aussicht, zumal ihm bei seinem

Besuch auch verdeutlicht werden konnte, daß die Nachforderungen unumgänglich sind, will man weiterhin qualifizierte Ausbildung leisten.

Dr. Waffenschmidt befürwortete eine verhältnismäßige Freiheit und einen großen eigenverantwortlichen Spielraum innerhalb der Ausbildungs- und Verwaltungsarbeit. „Wer die Basis fesselt, fesselt die Kreativität auch in der effektiven Nutzung der Eigeninitiative“, meinte er.

Ein Beispiel von der Eigeninitiative und der geldsparenden Wirkung hatte er nämlich bei seinem Rundgang erfahren. Überall dort, wo die Gelder fehlen, war Eigenleistung erforderlich, um die räumlichen Bedingungen der Unterbringung einigermaßen einem allgemein gültigen, zivilisatorischen Standard zu nähern. Der Staatssekretär würdigte ausdrücklich die Leistungen aller im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen und zeigte sich erfreut darüber, daß in Bremen-Nord die Zusammenarbeit mit der Feuerwehr funktioniert.

## Kindern die Angst vor dem Rettungswagen nehmen

Unter dem Motto „Vertrauen gewinnen – die Angst nehmen“ starteten Ortsverbände des ASB eine Öffentlichkeitsaktion. In Zusammenarbeit mit Erzieherin-

nen werden Kindern in Kindergärten von der Besetzung eines Rettungswagens die Gerätschaft und das Fahrzeug vorgestellt. Sinn und Zweck dieser Vorführung ist es, durch praxisnahe Aufklärung den Kindern die Angst vor dem Krankenwagen zu nehmen und ihnen zu zeigen, daß es hier in erster Linie um Hilfe geht.

Blieben die Kinder am Anfang der Demonstration eher zurückhaltend und in sicherer Entfernung zu dem großen Krankenwagen, besteigen sie nach den vertrauenssichernden Erklärungen der Sanitäter des ASB den weißen Rettungswagen. Durch die Tatsache, daß alles gar nicht so dramatisch ist, wenn man es nur vorher weiß, kann das Ziel, den Kindern die Angst zu nehmen und Vertrauen zu gewinnen, erreicht werden.

## Investitionen in den Katastrophenschutz

Im Kreis Segeberg sind jetzt drei neue Fahrzeuge stationiert, die der Katastrophenschutz dienen sollen. Die Wagen, die rund eine halbe Million Mark gekostet haben, werden den Freiwilligen Feuerwehren Süfeld und Kisdorf sowie dem Arbeiter-Samariter-Bund zur Verfügung gestellt. Der ASB wird den Kranken-



Neugierig und interessiert beobachten die Kinder die Vorführung.



transport-Wagen von Wahlstedt aus einsetzen.

Bei der Übergabe dankte der Landrat den Hilfsorganisationen für die pflegliche Behandlung der Geräte. Nach und nach werden die Fahrzeuge ausgetauscht, von denen einige bereits 20 Jahre alt sind. Die Anzahl der Fahrzeuge werde durch Neuanschaffung auf drei Wagen pro Zug reduziert. Der Verwaltungschef rechnet damit, daß die Auswechslung in absehbarer Zeit abgeschlossen sein wird. Wenn dieses Ziel erreicht ist, könne man mit der Ausstattung in der Katastrophenabwehr voll zufrieden sein.

### **ASB-Hilfe in Afrika geht weiter**

Herausgefordert durch die schreckliche Hungersnot in Afrika startet der ASB-Bundesverband eine Aktion „Samariter-Paket für Afrika“. Die Bevölkerung wird aufgerufen, dem ASB durch eine Spende zu ermöglichen, Lebensmittelpakete nach Afrika zu schicken.

Jedes Paket hat einen Wert von 28,80 DM und enthält haltbare Grundnahrungsmittel wie Zucker, Mehl, Reis, Öl, Salz und Milchpulver.

Die Bevölkerung wird aufgefordert, den Betrag für ein Paket – oder mehrere Pakete – unter dem Kennwort „Samariter-Paket für Afrika“ auf das Spendenkonto des ASB, Nr. 1009005000, bei der Bank für Gemeinwirtschaft in Frankfurt zu überweisen.

### **Arbeiter-Wohlfahrt und ASB verstärken Zusammenarbeit**

Vor dem Hintergrund finanzieller Einschnitte in den Bereichen der Alten- und Behindertenarbeit haben sich die Bundesvorstände von Arbeiter-Wohlfahrt und Arbeiter-Samariter-Bund in Köln getroffen. Eindringlich haben sie die Forderung nach einer Absicherung der Kosten bei Pflegebedürftigkeit im Alter unterstrichen. Die Verbände beschlossen eine gemeinsame Abstimmung und den Ausbau der mobilen sozialen Dienste als wichtigen Bestandteil ihrer Versorgungsaufgaben für alte und behinderte Menschen.

In der humanitären Auslandshilfe wurde eine intensivere Zusammenarbeit bei Sofortaktionen mit dem Arbeiter-Samariter-Bund vereinbart. In der Entwicklungshilfe und bei Wiederaufbaumaßnahmen wird überwiegend die Arbeiter-Wohlfahrt zum Einsatz kommen.

Verbunden durch eine gemeinsame Geschichte vertreten beide Verbände über 1,2 Millionen Mitglieder in der Bundesrepublik. Sie haben damit ein starkes Gewicht im Kreis der Wohlfahrtsorganisationen.

Die Bundesvorstände von Arbeiter-Wohlfahrt und Arbeiter-Samariter-Bund werden sich regelmäßig treffen, um die Zusammenarbeit in wichtigen gemeinsamen Fragen zu festigen.

### **ASB-Libanon-Hilfe kommt an**

Auf dem letzten Höhepunkt des Bürgerkrieges im Libanon im Februar 1984 hat der Arbeiter-Samariter-Bund gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt in einer Sofortaktion 15 Krankentransportwagen und 30t Medikamente, die von der Bundesregierung bezahlt wurden, auf den Weg in den Libanon gebracht. Zusätzlich wurde eine Medikamentenlieferung in Zusammenarbeit zwischen dem Arbeiter-Samariter-Bund und der norwegischen Volkshilfe von 8,9t (70000 DM) zusammengestellt und in das Krisengebiet gemeinsam überstellt.

Die Deutsche Botschaft in Beirut teilte nun über das Auswärtige Amt mit, daß die Hilfsgüter am 23. 3. nach wetterbedingter Seetransportverzögerung in Jounieh ankamen. Zwischenlagerung und Weitertransport des größeren Teils der Güter nach West-Beirut wurden einem Spediteur übertragen. Die Verteilung als solche erledigte die Botschaft selbst unter Mitwirkung eines Apothekers und unterstützt von den Mitarbeitern der Norwegian-Peoples-Relief-Organisation sowie einer Pfadfindergruppe.

Für die Überfahrt eines Konvois von Lkw in den Westteil von Beirut wurde Einvernehmen mit den am Kontrollpunkt anwesenden Milizen hergestellt.

Nach Abstimmung mit dem libanesischen Gesundheitsminister wurden die Güter an das regierungsoffizielle „High-Relief-Committee“ sowie repräsentativen Hilfsorganisationen der christlichen, schiitischen, sunnitischen und drusischen Gemeinschaften übergeben. Diese übernahmen die Weiterleitung in die von den Zerstörungen betroffenen Gebiete und Flüchtlingszentren. Aus den bei der Botschaft gesammelten Empfangsbestätigungen wird ersichtlich, daß die Hilfe selbst in entlegene Regionen im Norden und im Süden gelangte.

Die gesamte Aktion fand ein breites Echo in den libanesischen Medien. Über die Verschiffung der Ambulanzen in Larnaca sowie das Entladen der Container in Jounieh wurde in den Nachrichtensendungen des Fernsehens berichtet.

Zeitungen und Illustrierte brachten bis zu zweiseitige Bildberichte.

Fazit: Die Hilfsgüter gelangten in keine dunklen Kanäle, sondern erreichten die Menschen, die die Hilfe brauchen.

### **Bundesverdienstkreuz für Karl Fischer**

Mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland wurde der Vorsitzende des Arbeiter-Samariter-Bundes Mittelbaden, Karl Fischer, ausgezeichnet. Die Verleihung nahm in einer kleinen Feierstunde der Präsident des ASB-Baden-Württemberg, Bundestagsabgeordneter Harald B. Schäfer, vor.

In seiner Laudatio würdigte Schäfer die Leistungen Fischers im sozialen Bereich. Mit großem Engagement habe sich Fischer immer für soziale Gerechtigkeit und Solidarität in der Gesellschaft eingesetzt. „Die Solidarität, das ist für ihn die Hilfe des Starken für den Schwächeren, des Gesunden für den Kranken, des Reichen für den Armen“, zog Schäfer ein Resümee der aufopferungsvollen Arbeit Fischers.

Fischer war eine der treibenden Kräfte, als 1973 der ASB-Ortsverband Achern ins Leben gerufen wurde. Seit zehn Jahren leitet Fischer als Vorsitzender den ASB Mittelbaden. T.K.

**Der ASB hat eine neue Rufnummer:** (0221) 47605-0

**Die Abteilungen des ASB sind durch ein Durchwahlsystem jetzt direkt erreichbar. Hier die wichtigsten Durchwahlen:**

**Geschäftsführung, Herr Müller** -22

**Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Herr Schreiber** -24

**Technisches Referat (Katastrophenschutz, Rettungsdienst, Krankentransport, Auslandshilfe), Herr Conrad** -26, -27, -28



## An einem Tag wie jeder andere

Warten – seit langem gewohnt und doch immer etwas an den Nerven zerrend.

Seit Stunden ist der Rettungswagen startklar. Alles komplett und geprüft. Radiomusik – ein Schwatz in der Zentrale der Leitstelle – warten.

Alarm – jedesmal trifft es selbst die Wartenden unvorbereitet und wie überraschend. Jeder Handgriff sitzt – die orangefarbenen Jacken angezogen – kurzer Spurt über'n Hof – Motorstart und ab.

Akkon 83 – „mit Sonder“. Blaulicht an und Martinshorn. „Sonder“ ist immer eilig – immer ein Noteinsatz. Diesmal ist auch der Notarzt alarmiert und kommt zur Neustraße 12. Schlaganfall, ausgelöst durch Alkohol und Tabletten.

3. Etage, Altbau. Der Patient liegt in einer engen Stube. Kaum Platz für die Trage im engen Treppenhaus. Ganz schön schwer – auf jeder Etage über das Geländer heben. Sorgfalt, Eile und Gewicht – das schlaucht.

Neugierige versperren vor dem Haus den Weg zum Fahrzeug. Immer wieder registriert man die magische Anziehungskraft eines offenen Rettungstransportwagens. Sensationslust und Angst zugleich spiegeln sich in den Gesichtern der Passanten. Schonend und sicher wird der Patient versorgt – trotz aller Routine bewegt einen immer wieder so ein menschliches Schicksal.

Straßen-Kreuzungen – Ampeln – Verkehr, rasch trifft man im Krankenhaus ein. „Akkon 83 in K9“, schnell noch die Information per Funk an die Leitstelle. In der Notaufnahme ist alles für die Aufnahme des Patienten vorbereitet. Wieder

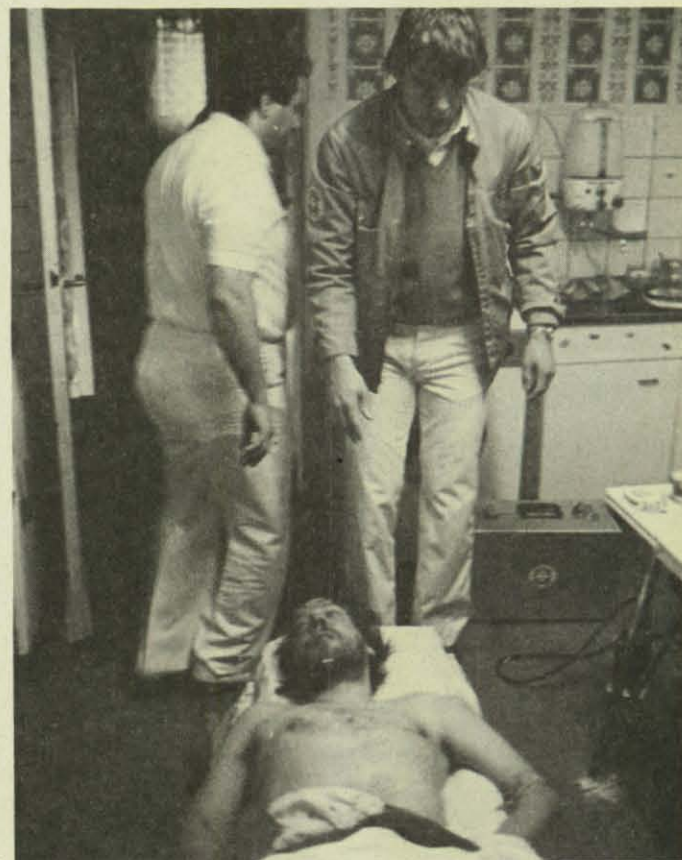
Ein Schwatz in der Zentrale verkürzt das Warten.



Einsatzbefehl und Spurt zum Fahrzeug sind eins.



Diesmal ist es ein Schlaganfall.







Das enge Treppenhaus bedeutet Schwerarbeit.



Der Rettungstransportwagen ist ein wichtiges Glied in der Rettungskette.

sind helfende Menschen zur Stelle. Ärzte, Schwestern, OP, Intensivstation, ein Notfall ist versorgt. Ein Einsatz beendet.

Beendet? Erst noch der Einsatzbericht. Nochmals bewegt in Minuten das Geschehen die eigenen Gedanken. Diesmal kam unsere Hilfe zur rechten Zeit und hatte Erfolg. Er war jung und wird „durchkommen“. Unser Glied in der Kette der Unfallrettung war stark. Dies löst ein bißchen Dank aus, dazugehören. Es stärkt ein wenig das Bewußtsein des eigenen Könnens und gibt Mut für den nächsten Einsatz. Vielleicht gibt es auch Kraft in den Fällen, wo wir den Wettlauf verlieren.

Warten – seit langem gewohnt und doch . . .

Text: G. Reinhold / Fotos: J. Wassmuth



Jeder Handgriff muß sitzen.



Das Krankenhaus übernimmt die weitere Versorgung des Patienten.



Der Einsatzbericht steht am Ende jeder Einsatzfahrt.



Wilfried Esser

Internationaler Leistungswettbewerb des MHD Erfstadt

## Schwierige Aufgaben glänzend gemeistert

13 Mannschaften aus fünf Ländern am Start – Realistische Unfalldarstellung

Aus Anlaß seines 20jährigen Bestehens veranstaltete der MHD Erfstadt am 6. Mai 1984 einen Internationalen Leistungswettbewerb.

Bereits am Samstag, dem 5. Mai, hatte man alle gemeldeten Mannschaften und zahlreiche Ehrengäste zu einem bunten Abend eingeladen. Ihnen wurde neben dem „Großen Zapfenstreich“ ein umfangreiches Unterhaltungsprogramm geboten.

Für den am Sonntag stattfindenden Wettbewerb war das gesamte Schulzentrum umfunktioniert worden. Insgesamt 13 Mannschaften aus fünf Ländern waren für den Wettbewerb gemeldet:

- St. John Ambulance Burntwood
- St. John Ambulance Berkshire
- Metropolitan Electricity Generating Board London
- EHBO I Holland
- EHBO II Holland
- Rettungsdienst 900 Eupen
- Bergrettungsdienst St. Johann Ahrntal (Italien)
- Malteser-Hilfsdienst Brühl
- Malteser-Hilfsdienst Warendorf
- Malteser-Hilfsdienst Rosenheim
- Panzerbataillon 533 der Bundeswehr
- Ville-Gymnasium Erfstadt.

Jede Mannschaft bestand aus vier Helfern bzw. Helferinnen und einem „Ersatzmann“.

Bei nicht allzu freundlichem, aber trockenem Wetter wurde der Wettbewerb mit einem gemeinsamen Gottesdienst im Sportstadion Erfstadt-Liblar eröffnet.

### Schnell und richtig

Der Wettbewerb gliederte sich in folgende Abschnitte:

1. Erste Hilfe und Diagnose-Test
2. Fahrerwettbewerb
3. Tragewettbewerb.

Nach einem festgelegten Ablaufplan gingen die Mannschaften, die jeweils von einem Laufschiedsrichter begleitet wurden, an den Start. Der Erste-Hilfe-Wettbewerb, die Hauptattraktion, umfaßte



Die schnelle und richtige Versorgung der „Verletzten“ brachten die entscheidenden Punkte.

zwei Teile: Bei der ersten Aufgabe war bei Dachdeckerarbeiten eine Gasflasche explodiert. Ein Arbeiter trug durch umherfliegende Metallteile eine tiefe Schnittwunde im Rücken davon und war von der Leiter gestürzt. Eine weitere Person erlitt mittelschwere Verbrennungen. Zwei Schüler, die sich zum Zeitpunkt der Explosion am Getränkeautomaten aufhielten, erlitten schwere Kopfverletzungen und Schnittwunden am Bein.

Während drei Helfer der jeweiligen Gruppe die erforderlichen Maßnahmen durchführten, fiel ein „Zuschauer“ in Ohnmacht.

Die Höchstpunktzahl konnte nur erreicht werden, wenn die „Opfer“ entsprechend dem Schweregrad ihrer Verletzungen richtig versorgt wurden.

Bei einer weiteren Aufgabe, die sich in

unmittelbarer Nähe des ersten „Unfallortes“ befand, arbeitete ein Handwerker mit einem Winkelschleifer an einem Eisenträger. Erschreckt durch die Detonation und umherfliegende Teile der Gasflasche, verkannte er die Schleifmaschine und zog sich eine tiefe Schnittwunde am Oberschenkel zu. Der Arbeiter stürzte gegen die Werkbank, die samt daraufliegender Eisenträger umkippte. Einer zufällig vorbeikommenden Passantin schlug der Eisenträger auf den Unterschenkel. Sie erlitt dabei einen offenen Schienbeinbruch.

Mit dieser Aufgabe wurde der vierte Helfer des Teams, der vorab durch Los ermittelt wurde, konfrontiert. Insgesamt hatte jede Gruppe zwölf Minuten Zeit, die gestellten Aufgaben zu lösen.

Als Schiedsrichter fungierten Ärzte des MHD Erfstadt, Rettungssanitäter des





Beim Tragewettbewerb werden sportliche Leistungen verlangt.

MHD, der Feuerwehr und der Bundeswehr.

### Alltagssituationen bewältigen

Der Diagnose-Wettbewerb stellte die Helfer vor jederzeit mögliche Notfallsituationen. In einem Fall war eine Hausfrau von der Leiter gestürzt und hatte sich eine Wirbelsäulen-Verletzung zugezogen. Bei einer weiteren Person war eine mögliche Leberverletzung festzustellen. Zusätzlich galt es, bei zwei Verletztendarstellern einen epileptischen Anfall und eine Schädelbasis-Verletzung zu diagnostizieren. Durch Befragen nach Schmerzen, Abtasten der jeweiligen Körperregion und Rekonstruktion des Ereignisses sollte die Diagnose innerhalb von anderthalb Minuten gestellt werden.

Bewertet wurde auch das Verhalten und Auftreten der jeweiligen Helferinnen und Helfer.

Besonders ist die ungemein realistische Unfall-Darstellung durch die Lotus-Gruppe aus Holland zu erwähnen, die ihre vorgegebenen Rollen wirklickeitsnah simulierte und so manchen Zuschauer erschauern ließen.

Verständigungsschwierigkeiten der Helferteams wurden durch eine Vielzahl von Dolmetschern ausgeschaltet, so daß keine Mannschaft das Gefühl hatte, benachteiligt zu sein.

Um die Wartezeiten der einzelnen Mannschaften zu verkürzen und um dem Wettbewerb einen sportlichen Charakter zu geben, waren zwei Sonderwertungen zu erfüllen. Zum einen war auf dem Schulhof ein Geschicklichkeits-Parcours aufgebaut. Hier mußte ein Einsatzfahrzeug in einem festgelegten Zeitlimit, das ein vorsichtiges und gewissenhaftes Fahren erlaubte, durch die – nach ADAC-Richtlinien – angeordneten

Hindernisse gelenkt werden. Jede Gruppe hatte zwei Durchgänge und konnte den Fahrer selbst bestimmen.

Bei der zweiten Sonderwertung ging es um den Tragewettbewerb. Eine beschwerte Trage, zusätzlich mit auf Glasröhrchen liegenden Metallkugeln versehen, mußte über eine drei Einzeletappen umfassende und mit diversen Hindernissen präparierte Strecke gebracht werden. Sieger wurde, wer die gesamte Strecke in kürzester Zeit durchlaufen hatte. Für jede abgeworfene Kugel (25 Stück pro Trage) wurden fünf Strafsekunden addiert. Bei dieser Aufgabe stand die Teamarbeit im Vordergrund.

### Viel Arbeit

Damit der Wettbewerb reibungslos ablaufen konnte, war wochenlange Vorarbeit notwendig. Es mußten Quartiere für die Gruppen besorgt werden, die teilweise bereits zwei Tage vor Wettbewerbsbeginn anreisen. Ihre Abholung an Flughäfen und Bahnhöfen in Düsseldorf und Köln mußte sichergestellt werden. Auch sollten genügend Dolmetscher zur Verfügung stehen.

Da waren Unfallsituationen durchzusprechen, Bewertungsbögen zu erstellen und nicht zuletzt die notwendigen Darstellungsmittel zu besorgen. Mit der Erstellung der Fernmeldeverbindungen wurde der Fernmeldezug des MHD Hürth, mit der Organisation der Verpflegung der Regionale Betreuungszug des MHD Birk beauftragt.

Um möglichst schnell zu Ergebnissen nach Abschluß der einzelnen Disziplinen zu kommen, hatten zwei Helfer ein EDV-Programm entwickelt, das sich bewährte.

Während der gesamten Veranstaltung war die Wettbewerbsleitung als Einsatz-

stab organisiert und in einem Klassenraum untergebracht. Auch dieses Modell hat sich bewährt, da sowohl die Organisation sichergestellt war als auch eine willkommene Gelegenheit zur Weiterbildung der Führungskräfte geboten wurde.

### Leistungen belohnt

Bei der Siegerehrung, die am Nachmittag in der Aula des Schulzentrums stattfand, hob der Stadtbeauftragte des MHD Erfstadt und Initiator des Wettbewerbs die gezeigten Leistungen hervor. Besonders anzuerkennen war die Teilnahme einer Gruppe des Ville-Gymnasiums, die erst vor wenigen Wochen im Rahmen des Schulunterrichts einen Erste-Hilfe-Kursus absolviert hatte.

Sieger des Erste-Hilfe- und Diagnose-Wettbewerbs wurde die Gruppe der St. John Ambulance Burntwood (England), die nicht nur durch Können, sondern – wie alle englischen Mannschaften – durch diszipliniertes Auftreten den Beifall der ca. 1000 Zuschauer auslöste.

Freiherr Albrecht von Boeselager, Geschäftsführer des MHD in der Erzdiözese Köln, überreichte den Ehrenpreis des MHD Köln. Die Zweitplatzierten erhielten von Stadtdirektor Johannes Mrašek den Pokal des Erftstädtischen MHD-Beirates. Ortsvorsteher Bernhard Höller überreichte der Gruppe der Metropolitan Police aus London den Pokal des Stadtverordneten Neumann.

Sieger des Fahrerwettbewerbs wurde die Gruppe der EHBO II aus Holland vor dem Team des Rettungsdienstes 900 Eupen (Belgien) und des MHD Rosenheim. Der Leiter des Wettbewerbs, Dr. med. Ferdinand Kuhkamp, überreichte der Siegermannschaft aus Holland den Pokal der May-Werke Erfstadt.

### Internationaler Charakter

Sieger beim Trage-Wettbewerb wurde die Gruppe des MHD Brühl vor dem Rettungsdienst 900 Eupen und der Mannschaft des Bergrettungsdienstes St. Johann/Ahrntal Südtirol (Italien). Die Siegermannschaft erhielt den Preis des Dekanatsrates Erfstadt durch den Vorsitzenden Walter Kessler überreicht.

Der stv. MHD-Generalsekretär, Heinz Himmels, zeigte sich beeindruckt von der Veranstaltung und konnte dem Gesamtsieger des Wettbewerbs, dem Rettungsdienst 900 Eupen, den Ehrenpreis des Generalsekretariats überreichen.

Nach den Nationalhymnen für die Siegermannschaften hob Bürgermeister Heinz Cremer noch einmal die Leistungen des MHD, insbesondere der Erftstädter Gliederung, hervor, und alle Beteiligten traten zufrieden den Heimweg an.



## Kommentar

### ÖTV: „Teure Freiwillige!“

Es ist schon bemerkenswert, wenn man erfährt, wie die Leistungen der Freiwilligen Feuerwehren der Bundesrepublik Deutschland durch Untergliederungen der ÖTV beachtet und beurteilt werden. Die Leser der Informationsschrift „Feuerwehr-aktuell“ (Ausgabe Jan./Febr. 1984), die von der ÖTV-Kreisverwaltung Frankfurt herausgegeben wird, muß ein Entsetzen gepackt haben, nachdem sie den in dieser Informationsschrift enthaltenen Artikel „Teure Freiwillige!“ (gez. F. Schulze) gelesen hatten. In diesem Artikel ist wörtlich zu lesen:

*„Immer wieder muß ich Vergleiche lesen, in denen betont wird, wie billig doch ein Feuerwehrmann der Freiwilligen Feuerwehr im Vergleich zu einem hauptberuflichen Feuerwehrmann ist. So las ich im ‚Brand-schutz‘ 10/83, daß der Aufwand je Ehrenamtlichen 100 DM und je Hauptamtlichen 60000 DM pro Jahr betrage. Ich konnte nun feststellen, daß dieser einfache Vergleich nicht gerechtfertigt ist. Während meiner Arbeit in Großbritannien habe ich mich gefragt, warum sich dieses Land einen flächendeckenden Brandschutz durch hauptberufliche Kräfte leistet. Warum hat ein Land mit fast gleicher Einwohnerzahl (56 Mio. in GB; 60 Mio. in der BRD) fast doppelt so viele Berufsfeuerwehrlaute? Um das zu erklären, müssen wir uns nur auf unsere Aufgabe besinnen: Schaden zu verhüten und den eingetretenen Schaden so gering wie möglich zu halten.“*

*Beim Studium der Feuerwehrzeitungen stellte ich fest, daß bei diesen zwei durchaus vergleichbaren Ländern der Brandschaden in der Bundesrepublik rd. 3,5 Mrd. DM, in GB aber nur 390,7 Mio. Pfund (= 1,758 Mrd. DM) beträgt. Da ich aus eigener Erfahrung bestätigen kann, daß der Vorbeugende Brandschutz in GB nicht besser ist als bei uns, muß dieser Unterschied wohl im Abwehren des Brandschutz begründet sein.*

*Klar und deutlich gesagt: der Luxus, den flächendeckenden Brandschutz in der BRD durch Freiwillige Feuer-*

*wehren sicherzustellen, kostete uns in 1982 ca. 1,75 Mrd. DM an erhöhtem Schaden.*

*Dies sollte zu einigen Überlegungen Anlaß geben. Ist den Bürgern und den Politikern ihr Schutz und der Schutz ihres Eigentums vor Schadensereignissen genauso viel wert wie der Schutz vor Kriminalität? Die Polizei schützt überall hauptberuflich!*

*Ich meine, nur ein flächendeckender Brandschutz durch hauptberufliche Kräfte kann ein optimaler Brandschutz sein. Nur bei größeren Schadensereignissen sollte auch weiterhin auf ehrenamtliche Kräfte zurückgegriffen werden.*

*Da mir konkrete Angaben darüber fehlen, möchte ich nicht darüber spekulieren, wie viele Menschen eine bessere Überlebenschance durch solch einen besseren Brandschutz hätten.*

*Ich finde, daß alleine der volkswirtschaftliche Gewinn den hauptberuflichen Brandschutz nicht nur rechtfertigt, sondern fordert. In dieser Frage sollten die Politiker einmal das vielzitierte ‚Gemeinwohl‘ über das Sparinteresse ihrer jeweiligen Verwaltung stellen.“*

Soweit der Artikel der ÖTV.

Die mir hierzu bisher bekannt gewordenen Beurteilungen tragen zusammengefaßt einheitlich die Beurteilung „unmöglich und skandalös“. Ein solcher Bericht stellt eine Diskriminierung und Abqualifizierung der rd. 900000 ehrenamtlichen Männer und Frauen der Freiwilligen Feuerwehren in der Bundesrepublik Deutschland und eine Mißachtung ihrer freiwillig übernommenen und kostenlosen Arbeit zum Schutze und Wohle der Bürger bei ihren jährlich rd. 240000 Einsätzen (ohne Rettungsdienst) dar. In Verbindung mit diesem Artikel verbietet es sich einfach, hier an dieser Stelle auf die Bedeutung der Freiwilligen Feuerwehren näher einzugehen, da – Gott sei Dank – der bundesdeutschen Öffentlichkeit diese Leistungen bekannt sind und von ihr gewürdigt werden.

Es ist auch bekannt, daß die Zahlen richtig sind, wonach der Aufwand je

Ehrenamtlicher in der Freiwilligen Feuerwehr jährlich ca. 100 DM und je Hauptamtlicher in den öffentlichen Feuerwehren jährlich ca. 60000 DM beträgt. Bis auf die für den zitierten Artikel in der ÖTV-Informationsschrift Verantwortlichen ist den Bürgern bekannt, daß ein flächendeckender Brandschutz in der Bundesrepublik nur mit den Aktiven der Freiwilligen Feuerwehren sichergestellt werden kann, in der Vergangenheit sichergestellt wurde und in der Zukunft auch sichergestellt werden wird.

Es sei in Erinnerung gerufen, daß der deutsche Brandschutz gegenwärtig durch rd. 900000 Aktive in den ca. 25000 Freiwilligen Feuerwehren, durch rd. 22000 Hauptberufliche in den 67 Berufsfeuerwehren und durch rd. 41000 Aktive in den ca. 1500 Werk-/Betriebsfeuerwehren gesichert ist. Der Anteil an den Gesamteinsätzen (ohne Rettungsdienst) beträgt für die Freiwilligen Feuerwehren ca. 36,4%, für die Berufsfeuerwehren ca. 48,6% und für die Werkfeuerwehren ca. 15%. Dieses nur noch einmal kurz zur Statistik.

Es ist schon eine böswillige und sicherlich juristisch anfechtbare Unterstellung bzw. Verleumdung, wenn mit diesem Artikel letztlich jedem Aktiven einer Freiwilligen Feuerwehr der Vorwurf gemacht wird, daß sein bisheriger Einsatz in der Freiwilligen Feuerwehr mit der Grund dafür ist, daß der Brandschaden im Jahr 1982 nicht um ca. 1,75 Mrd. DM gesenkt werden konnte. Es ist schon kriminell, wenn letztlich jedem der rd. 900000 Aktiven in den Freiwilligen Feuerwehren der Vorwurf gemacht wird, daß viele Menschen (Brandtote) ohne seinen Einsatz eine bessere Überlebenschance gehabt hätten.

Mich würde es in diesem Zusammenhang nicht wundern, wenn dieser oder jener Aktive einer Freiwilligen Feuerwehr wegen dieser falschen Anschuldigungen einer Straftat (Erhöhung des Brandschadens oder Brandtote) gegen den Herausgeber dieser ÖTV-Informationsschrift Verleumdungsklage oder andere rechtliche Schritte einleiten würde.

Es ist erschreckend festzustellen, wie ÖTV-Mitglieder mit anderen ÖTV-Mitgliedern umgehen und welche Unterstellungen hierbei gemacht werden, wenn man berücksichtigt, daß eine größere Zahl der Aktiven der Freiwilligen Feuerwehren durch ihre berufliche Tätigkeit im Öffentlichen Dienst ggf. auch Mitglied der ÖTV sind. Ob dieses auch schon einmal bedacht wurde? Nicht unerwähnt kann in diesem Zusammenhang bleiben, daß dem Deutschen Feuer-



wehrverband bisher keine Stellungnahme aus ÖTV-Gliederungen bekannt geworden ist (bis Redaktionsschluß), in welcher man sich von dem zuvor wörtlich zitierten Artikel distanziert. Auch dies ist bemerkenswert!

Ich kann noch nicht glauben, daß die Ausführungen in diesem Artikel die ersten eingeleiteten Maßnahmen aufgrund der ÖTV-Studie „Zur Situation der Feuerwehr“ – und hier insbesondere der darin gemachten Vorschläge „zur Koordination und Kooperation“ – sind. Wie der Deutsche Feuerwehrverband zu den Vorschlägen in dieser Studie steht, hat er in der Ausgabe 12/83 dieser Zeitschrift veröffentlicht.

Die Aktiven der Freiwilligen Feuerwehren in Stadt und Land werden sich durch derartige Artikel und Meinungsbildungen berufsständischer Vertretungen nicht beirren lassen, weiterhin ihre ehrenvolle und wichtige Aufgabe zum Wohle und Schutze der Bürger wahrzunehmen!

Dies muß einmal im Zusammenhang mit der Informationsschrift der ÖTV-Kreisverwaltung Frankfurt klar und deutlich gesagt werden.

R. Voßmeier (BGFü des DFV)

## ÖTV stellt Freiwillige Feuerwehren in Frage

Anläßlich der Verbandsversammlung des Landesfeuerwehrverbandes Hessen (am 28. 4. 1984) stellte der Vorsitzende, KBI W. Köbler, zum Artikel „Teure Freiwillige“, erschienen in der Informationsschrift „Feuerwehr-aktuell“ (Ausgabe Jan./Febr. 1984) der ÖTV-Kreisverwaltung Frankfurt, fest:

„Im Rahmen der Eröffnung der bundeseinheitlichen Brandschutzwoche im September des vergangenen Jahres in Grünberg hatte der Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes zur allgemeinen Situation des deutschen Feuer-

wehresens u.a. ausgeführt, daß der Brandschutz der Bundesrepublik nur durch den Bestand und das gemeinsame Wirken von Freiwilligen Feuerwehren, Berufsfeuerwehren und Werkfeuerwehren gesichert werden könne. Letztlich hänge es von der örtlichen Struktur und dem Einsatzgeschehen sowie der Einsatzhäufigkeit ab, ob dieses Aufgabengebiet der öffentlichen Sicherheit von Freiwilligen Feuerwehren mit nur ehrenamtlichen, mit zusätzlichen hauptberuflichen oder von Berufsfeuerwehren zu leisten sei.

So wie einerseits nicht auf die Berufsfeuerwehren bzw. auf die hauptamtlichen Kräfte bei Freiwilligen Feuerwehren verzichtet werden könne, sei andererseits der Brandschutz ohne die rund 900000 ehrenamtlich tätigen Aktiven in den Freiwilligen Feuerwehren nicht gesichert und von den Gemeinden nicht finanzierbar.

Als Kostenvergleich wurde ein jährlicher Aufwand je ehrenamtlichen Feuerwehrmann von rund 100 DM und je hauptamtlichen Feuerwehrmann von rund 60000 DM an reinen Personalkosten ohne Sachkosten genannt.

Nunmehr wird in einem Artikel ‚Teure Freiwillige‘ der Informationsschrift ‚Feuerwehr-aktuell‘ der ÖTV-Kreisverwaltung Frankfurt am Main die Behauptung aufgestellt, daß die Freiwillige Feuerwehr für den flächendeckenden Brandschutz Luxus sei und im Jahre 1982 für eine Brandschadenerhöhung von ca. 1,75 Mrd. DM verantwortlich gemacht werden müßte.

Diese Behauptung ist skandalös. Ein solcher Bericht stellt eine Diskriminierung und Abqualifizierung der hunderttausend freiwilligen Feuerwehrmänner dar, die überall dort, und zwar rund um die Uhr, oft unter Einsatz ihres Lebens dem Bürger zur Hilfe eilen, wo keine Berufsfeuerwehrmänner im Schichtdienst tätig sind.

Ich glaube, daß die Verantwortlichen in unserem Lande nur zu gut wissen, welchen Stellenwert die Freiwilligen Feuerwehren haben. Verantwortung als Staatsbürger zu tragen, setzt in hohem Maße Freiwilligkeit voraus. Freiwillige Entscheidung fördert den Persönlichkeitswert jedes einzelnen und ist vorteilhaft in Situationen, in denen man sich für eine Sache einsetzen will, um für die Gemeinschaft tätig zu sein.

Diese Erkenntnisse trifft in besonderem Maße für die Freiwillige Feuerwehr zu. Darum sollte weiterhin Wert auf Freiwilligkeit und Ehrenamtlichkeit gelegt werden, und zwar so lange noch junge Menschen begeisterungsfähig sind, im Dienst des Nächsten freiwillig zu Leistungen bereit zu sein.“

## Leserbrief

Der Artikel „Teure Freiwillige“ in der Informationsschrift „Feuerwehr-aktuell“ der ÖTV-Kreisverwaltung Frankfurt (Jan./Febr. 1984) war Anlaß für nachfolgende Zuschrift des Vorstandes des Kreisfeuerwehrverbandes Frankfurt:

„Die ÖTV-Kreisverwaltung Frankfurt, Abteilung Feuerwehr, gibt eine Informationsschrift ‚Feuerwehr-aktuell‘ heraus, in deren Ausgabe Januar/Februar 1984 ein Artikel ‚Teure Freiwillige‘ enthalten ist, von dessen Inhalt sich die Kameraden der Freiwilligen Feuerwehren in Frankfurt entschieden distanzieren, da der Inhalt eine solche Ungeheuerlichkeit darstellt, daß es schwer fällt, an eine bloße Darstellung von Fakten zu glauben.“

Es wird hier schlicht und einfach behauptet, daß durch den ‚Luxus‘, durch die Freiwilligen Feuerwehren den abwehrenden Brandschutz in der Bundesrepublik Deutschland sicherzustellen, im Jahre 1982 alleine 1,75 Mrd. DM an erhöhtem Schaden entstanden sei. Darüber hinaus unterstellt der Schreiber noch, daß nur bei einem wesentlich größeren Anteil von Berufsfeuerwehren die Überlebenschancen von betroffenen Menschen besser seien. Die Hauptforderung beinhaltet die Anhebung der Kräfte der Berufsfeuerwehr auf mindestens die doppelte Anzahl. Dies wird damit begründet, daß alleine der volkswirtschaftliche Gewinn den hauptberuflichen Brandschutz nicht nur rechtfertigt, sondern fordert.

Abgesehen davon, daß es unzählige Städte und Gemeinden in der Bundesrepublik Deutschland gibt, die sich hauptberufliche Kräfte überhaupt nicht leisten können und wo auch die gesetzliche Grundlage dazu fehlt, ist auch der Anteil der Freiwilligen Feuerwehren in Städten mit Berufsfeuerwehr sehr ansehnlich und deren Leistungen nicht weniger positiv zu werten als die der Kameraden der Berufsfeuerwehren.

Artikel, wie der in dem ÖTV-Informationsschrift abgedruckte, sind nicht dazu angetan, die überaus gute Zusammenarbeit und die seit langem in Frankfurt praktizierte Einheit zu fördern. Der Wunsch der Verantwortlichen geht dahin, das gute Verhältnis zwischen der Berufs- und Freiwilligen Feuerwehr nicht durch solche unqualifizierten und durch nichts zu beweisenden Aussagen in unverantwortlicher Weise in Frage zu stellen.“



## 8. Brandschutzwoche im Jahre 1985

Der Unterausschuß „Feuerwehrangelegenheiten“ hat in seiner letzten Tagung im März 1984 auf Vorschlag des Deutschen Feuerwehrverbandes Termin und Motto der nächstjährigen bundesweiten Brandschutzwoche beschlossen.

1. Die 8. Brandschutzwoche findet in der Zeit vom 14. bis 22. September 1985 in allen Bundesländern statt.

2. Das Motto der Brandschutzwoche lautet: „Deine Feuerwehr = Schutz und Hilfe“.

3. Als Werbeplakat soll eines der bereits vorliegenden Entwürfe des Jahres 1983 für die Brandschutzwoche 1985 ausgewählt werden. Des Weiteren hat der DFV angeregt, dafür zu sorgen, daß die neuen Plakate im April 1985 den Empfängern auf Länderebene (je nach Verteiler des Landes) vorliegen.

### „Bayerisches Feuerwehr-erholungsheim“ erweiterte sein Angebot durch ein neues Haus

Aufgrund des großen Bedarfs für das „Bayerische Feuerwehrerholungsheim“ in Bayerisch Gmain hat der Verwaltungsrat kürzlich beschlossen, ein Gästehaus in Bayerisch Gmain zu erwerben. Das Haus führt den Namen „Gästehaus Bergklause“. Der Verein hat dadurch die Möglichkeit, 22 Betten mehr anzubieten. Das bedeutet, daß jährlich etwa 700 Personen mit 7000 Übernachtungen mehr aufgenommen werden können.

Der Wunsch nach einer Frühstückspension wurde von seiten der Gäste in Bay. Gmain immer wieder vorgebracht. Für diesen Personenkreis ist dieses neue Haus besonders geschaffen. Auch denjenigen, die keinen Platz im Feuerwehrerholungsheim finden, wird diese Möglichkeit angeboten.

Das Haus steht den Aktiven der Feuerwehren und deren Angehörigen aller Bundesländer zur Verfügung. An- und Abreisetag ist immer der Samstag. Nachdem das Haus nicht in direkter Verbindung mit dem Feuerwehrerholungsheim steht, wird es als Frühstückspension geführt. Es ist 600 m vom Heim entfernt, und selbstverständlich steht das Hallenschwimmbad auch den Bewohnern der Frühstückspension zur Verfügung.

Das Haus hat 10 Doppelzimmer, davon 6 mit Dusche, WC und Balkon sowie zwei Einzelzimmer. Ein gemütlicher Auf-



Das neue Gästehaus wird als Frühstückspension geführt.

enthaltsraum, ein Frühstücksraum und Farbfernsehmöglichkeit sind vorhanden. Ein ruhiger Garten mit Liegewiese und Terrasse stehen ebenfalls zur Verfügung. Dieses neue Haus wurde am 27. Dezember 1983 in Betrieb genommen. Anmeldungen werden erbeten über die Geschäftsstelle des Vereins. Die Preise für Aktive der Feuerwehren (aus allen Bundesländern) und deren Angehörige sind wie folgt:

Doppelzimmer inkl. Frühstück pro Person: 18,- DM  
Einzelzimmer inkl. Frühstück pro Person: 20,- DM  
Doppelzimmer mit Dusche, WC, Balkon inkl. Frühstück pro Person: 23,- DM

Anmeldungen sind zu richten an:  
Verein Bayerisches Feuerwehrerholungsheim e. V., Postfach 50,  
8232 Bayerisch Gmain

### Kennzeichnung von Privatfahrzeugen der Aktiven im ruhenden Verkehr während des Einsatzes

Die mehrjährigen Bemühungen des Deutschen Feuerwehrverbandes zur Schaffung einer bundeseinheitlichen Kennzeichnung von Privatfahrzeugen

der Aktiven der Feuerwehren während der Einsatzzeit im ruhenden Verkehr konnten kürzlich zum Abschluß gebracht werden. Das Bundesministerium für Ver-



Das Kennzeichnungsschild wird mittels eines Saugknopfes an der Windschutz- oder Seitenscheibe befestigt.



KFZ.-KENNZEICHEN

BN-RT 112



# FEUERWEHR IM EINSATZ



Die Abbildungen zeigen die Vorder- (links) und Rückseite des neuen Kennzeichnungsschildes in Originalgröße.

kehr teilte dem Deutschen Feuerwehrverband mit Schreiben vom 4. 3. 1983 mit, daß diese Angelegenheit in der Sitzung des Bund-Länder-Fachausschusses für Straßenverkehrs-Ordnungswidrigkeiten behandelt wurde. Die Ausschußmitglieder werteten das vom DFV vorgeschlagene Verfahren sehr positiv, da dieses es der Polizei ermöglicht, im Einzelfall zu erkennen, ob es sich bei einem abgestellten Fahrzeug um ein Kraftfahrzeug eines sich im Einsatz befindlichen Feuerwehrangehörigen handelt. Den einzelnen Bundesländern ist es nun überlassen, diese Kennzeichnung den polizeilichen Überwachungsorganen im Sinne einer entsprechenden Empfehlung bekanntzugeben. Ob dieses Verfahren auf Dauer beibehalten werden kann, wird im wesentlichen mit davon abhängen, ob und gegebenenfalls in welchem Umfang Fälle mißbräuchlicher Benutzung vorkommen.

**Die Feuerwehren und ihre Aktiven werden deshalb gebeten, im Inter-**

**esse der Sache dieses neue Kennzeichnungsschild ausschließlich während der Einsatzzeit im ruhenden Verkehr zu benutzen und von jeglichem Mißbrauch abzusehen.** Insbesondere wird darauf hingewiesen, daß die Kennzeichnung **keine Vorrechte** im Straßenverkehr verschaffen darf und kann.

Das Schild (siehe Abbildung) wird mit einem Saugknopf an der Windschutzscheibe/Seitenscheibe des Pkw befestigt. Die während des Einsatzes im ruhenden Verkehr benutzte Vorderseite des Schildes „Feuerwehr im Einsatz“ (mit Signet) trägt im oberen Beschriftungsfeld das amtliche Kfz-Kennzeichen des betreffenden Fahrzeuges. Mit Stempelabdruck (Dienstsiegel) wird ferner bestätigt, daß dieses Fahrzeug einem Aktiven der örtlichen Feuerwehr gehört und entsprechend benutzt wird. Durch die Eintragung des Kfz-Kennzeichens und den Stempelabdruck soll ein Mißbrauch vermieden werden.

**Die neuen Schilder werden auf Bestellung nur an Gemeinde-/Stadt-/Kreisverwaltungen bzw. Feuerwehren (als kommunale Institution) ausgeliefert. Auch durch diese Abgabegrenzung soll soweit wie möglich eine mißbräuchliche Verwendung ausgeschlossen werden.**

Im normalen Straßenverkehr ist das Schild mit der Vorderseite „Feuerwehr im Einsatz“ von der Fahrzeugscheibe zu entfernen. Auf der Rückseite dieses Kennzeichens ist das DFV-Verbandsabzeichen (farbig) aufgebracht und kann außerhalb der Einsatzzeit mit dem DFV-Abzeichen sichtbar im Innern des Fahrzeuges benutzt werden; also eine doppelte Verwendungsmöglichkeit.

Die Kennzeichnungsschilder „Feuerwehr im Einsatz“ können bezogen werden (Alleinvertrieb) beim:

Versandhaus des DFV GmbH, Postfach 240125, 5300 Bonn 2, Tel. (0228) 332775.





DLRG-Präsident legt Abschlußbilanz für 1983 vor

## 7095 Menschen vor möglichem Ertrinken bewahrt

Rettungsschwimmer leisteten über 2,7 Millionen Stunden ehrenamtlichen Rettungswachdienst

7095 Menschen wurden von Rettungsschwimmern der Deutschen Lebensrettungs-Gesellschaft im Jahre 1983 vor einem möglichen Ertrinkungstod bewahrt. Das ist die positive Bilanz der Wachsaison 1983 in den Bädern sowie an den Küsten und Gewässern.

Im vergangenen Jahr leisteten die ehrenamtlich tätigen Rettungsschwimmer und Rettungsschwimmerinnen der DLRG 2,7 Mio. Stunden Rettungswachdienst. Gegenüber dem Jahr 1982 war dies eine Steigerung von 112000 Stunden Einsatzdienst – sicherlich eine direkte Auswirkung des „Jahrhundertsommers“.

Auch in diesem Jahr werden die DLRG-Aktiven wieder dafür sorgen, daß die erholungssuchende Bevölkerung „Freie Zeit in Sicherheit“ erleben kann. Alleine im Küstenrettungsdienst werden hierfür etwa 1600 Rettungsschwimmer aus dem gesamten Bundesgebiet eingesetzt.



# 1983

|   |   |  |   |
|---|---|--|---|
| <b>1100</b><br>Rettungen vor dem Ertrinkungstode im schwimmerischen Einsatz | <b>70</b> davon unter Lebensgefahr                  | <b>5810</b> Rettungen bei 5 851 Bootsbergungen mit 8 182 Hilfeleistungen | <b>44 511</b> Erste Hilfe an Land                                       |
| <br><b>1076</b><br>Feste Stationen  | <br><b>98 433</b><br>Frühschwimmer                  | <br>34 767 Teilnehmer<br>Vorschulschwimmen:                              | <br><b>2303</b><br>Jugendaustauschein                                   |
| <br><b>297</b><br>Bewegliche Stationen                                      | Deutscher Jugendschwimmpaß                          |  | <br><b>403 823</b><br>Prüfungen im Schwimmen                            |
| <br><b>392</b><br>Einsatzwagen  | <br><b>136 491</b><br>Jugendschwimmabzeichen BRONZE | <br><b>81 505</b><br>Jugendschwimmabzeichen SILBER                       | <br><b>40 073</b><br>Jugendschwimmabzeichen GOLD                        |
| <br><b>1085</b><br>Motorboote   | Deutscher Schwimmpaß                                |  | <br><b>92 182</b><br>Prüfungen im Rettungsschwimmen                     |
|   | <br><b>29 260</b><br>Schwimmabzeichen BRONZE        | <br><b>13 548</b><br>Schwimmabzeichen SILBER                             | <br><b>4 513</b><br>Schwimmabzeichen GOLD                               |
|   | Deutscher Rettungs-Schwimmpaß                       |  | <br><b>496 005</b><br>Zusammen wurden 1983 geprüft                      |
|   | <br><b>38 391</b><br>Männer                         | <br><b>23 565</b><br>SILBER  | <br><b>6 227</b><br>GOLD  |
|   | <br><b>16 809</b><br>Frauen                         | <br><b>862</b><br>Lehrschein   | <br><b>2 715 343</b><br>Wachstunden im Sommer- und Winterrettungsdienst |
|   | <br><b>55 200</b><br>Gesamt                         | <br><b>19 970</b><br>Teilnehmer bei Sonderlehrgängen (Bootsführer u. a.) |   |
|   | <br><b>29 946</b><br>SILBER                         | <br><b>7 036</b><br>GOLD   |   |
|   | <br><b>1 033</b><br>Lehrschein                      |  |   |



DLRG investierte erhebliche Mittel zur Verbesserung des Wasserrettungsdienstes

## Rettungsaktionen künftig mit Jetantrieb

Neues DLRG-Boot ist das erste im Bezirk Alpenland

Für die DLRG Tegernsee wurde ein zweijähriger Traum wahr. Jüngst konnte das neue Motor-Rettungsboot nach seiner Überführung von Regensburg in das Wasser des Tegernsees gelassen werden. Bis es offiziell in Dienst gestellt wird, bedarf es aber noch einiger Stunden Ausrüstungsarbeit.

Das neue Boot ist 6,50 Meter lang und 2,75 Meter breit. Sein Gewicht beträgt 1,2 Tonnen und kann noch 1,3 Tonnen oder 15 Personen aufnehmen. Ausgerüstet ist das Boot mit einem 05-Castoldi-Jetantrieb, der seine Kraft über einen 165-PS-BMW-Motor erhält. Das Besondere dieses Antriebssystems ist der Wasserstrahl-Antrieb. Damit ist das Boot besonders im Niedrigwasser manövrierfähig, außerordentlich wendig (Wendekreis um die eigene Achse), und eine Verletzungsgefahr durch die Antriebschraube ist ausgeschlossen. Die Höchstgeschwindigkeit beträgt etwa 45 Stundenkilometer und sein Tiefgang 35 Zentimeter. Die Bootschale kam aus England und wurde in rund fünf Wochen im Marine-Center in Regensburg aufgerüstet. Das neue Boot ist das erste mit Jetantrieb im DLRG-Bezirk Alpenland.

Es ist daher verständlich, daß die Bootsführer des Bezirks schon „ganz heiß“ sind, sich in einem Seminar am Tegern-

see mit dem neuen Bootstyp vertraut zu machen. Zu diesem Seminar werden etwa 45 Teilnehmer erwartet.



Groß ist die Freude für die DLRG Tegernsee: Das neue Motor-Rettungsboot wurde in das Wasser des Tegernsees gelassen.

Die Höchstgeschwindigkeit beträgt 45 Stundenkilometer und der Tiefgang des neuen Bootes beträgt 35 Zentimeter.

(Fotos: Huber)





# Arbeit der DLRG in Bayern gewürdigt

Ministerpräsident zieht Bilanz der Hilfsbereitschaft



Ministerpräsident Franz Josef Strauß, Karl Farber (Bezirk Schwaben), Robert Oppenländer und Ingo Flechsenhar (beide Bezirk Alpenland) im Gespräch (von rechts nach links). (Foto: André)

Bei einem Empfang im Antiquarium der Residenz in München, zu dem der Ministerpräsident Vertreter der Rettungsdienste in Bayern eingeladen hatte, dankte F. J. Strauß den Anwesenden, stellvertretend für ihre Organisation, für ihre tatkräftige Hilfe, mit der sie „ein Zeichen für Menschlichkeit in unserem Staat“ gesetzt hätten.

Opferbereitschaft und Gemeinsinn gelten nach den Worten des bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß oft weniger als Durchsetzungsvermögen und Anspruchsdenken. In seiner Bilanz der Hilfsbereitschaft wies er darauf hin, daß in Bayern etwa alle 36 Sekunden ein Rettungsfahrzeug ausrücke, wobei es sich in über 30 Prozent der Fälle um echte Notfälle handle.

Bei der Aufzählung der Erfolgszahlen der Rettungsdienste wurde auch die DLRG als Deutschlands größte Wasserrettungsorganisation lobend hervorgehoben, worüber sich die zu dem Empfang geladenen DLRG-Vertreter aus den Bezirken Alpenland, Niederbayern, Oberbayern und Schwaben besonders freuten. Die vielen haupt- und ehrenamtlichen Helfer der Rettungsorganisationen leisteten jährlich 2,84 Millionen Einsatzstunden. Diese Zahl dokumentiert, daß die Rettungs- und Notdienste zu einem unersetzbaren Kernstück des Sozialstaates geworden sind, in dem sich Für-

sorge des Staates und bürgerliche Selbsthilfe ergänzen. Durch die Anstöße und die Mitarbeit der Rettungsorganisationen konnte in Bayern ein nahezu lückenloses Rettungssystem aufgebaut werden, das auch die meisten Wasserflächen mit einschließt. Dies führt dazu, daß fast jeder Unfallort in Bayern heute in zwölf bis fünfzehn Minuten erreicht werden kann und dadurch etwa jährlich 4000 Menschen gerettet werden, sagte Franz Josef Strauß.

Er hob besonders hervor, daß in den Rettungsorganisationen Tugenden, wie Gemeinsinn, Pflichterfüllung, Treue, Leistung und Selbstdisziplin, praktiziert würden, auf die unsere Gesellschaft und der Sozialstaat nicht verzichten können.

Er zeigte sich bei einem anschließenden Gespräch auch gegenüber den Vertretern der DLRG aufgeschlossen. Die zu dem Empfang geladenen Repräsentanten der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft nutzten die Gelegenheit des Zusammentreffens mit dem Ministerpräsidenten auch, um auf Probleme der DLRG in Bayern aufmerksam zu machen. Nicht allerorts, so die Vertreter der DLRG, glaube man, die nötige öffentliche Hilfe zu finden. Ministerpräsident F. J. Strauß indes versicherte, es gegenüber der DLRG in Zukunft nicht an der notwendigen und erbetenen Unterstützung fehlen zu lassen.

## Drei Viertel aller Deutschen kennen die DLRG

Drei von vier Bundesbürgern kennen die Abkürzung DLRG, hinter der die größte freiwillige Wasserrettungsorganisation der Welt steht. Das hat eine Repräsentativ-Umfrage des Emnid-Instituts, Bielefeld, ergeben, die 1983 durchgeführt wurde.

Neun von zehn Befragten wissen, daß die DLRG bei der Ausbildung von Schwimmern und Rettungsschwimmern, im Rettungswachdienst oder in der Jugendarbeit fast ausschließlich auf ehrenamtliche Kräfte zurückgreift. Mit der Arbeit der DLRG-Rettungsschwimmer und -Ausbilder sind 97 Prozent der Befragten zufrieden.

Allerdings interpretiert der einzelne die Abkürzung „DLRG“ unterschiedlich. Emnid hat herausgefunden, daß ein Drittel der Befragten an den Namen Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft denkt. Ein weiteres Drittel verbindet damit die Rettung von Menschenleben oder einen Rettungsdienst allgemein. Andere denken zum Beispiel an die gerade abgelegte DLRG-Prüfung oder an Rettungsschwimmer, die im Wachdienst eingesetzt werden.

## 24 neue Bootsführer in Witten und Gütersloh ausgebildet

Rechtzeitig zu Beginn der laufenden Wachsaison wurden in den Bezirken Witten und Gütersloh 24 neue DLRG-Bootsführer ausgebildet. Das Lehrprogramm umfaßte einen theoretischen und einen praktischen Teil. Das Foto zeigt einen Teil der Lehrgangsteilnehmer beim Üben von Knoten und Steken.





# DLRG-Rettungstaucher probten im Plochinger Neckarhafen mit Erfolg den Ernstfall

Daß die DLRG-Taucheinsatzgruppe des Landkreises Esslingen am Neckar nicht nur „bei Sonnenschein“ zu tauchen versteht, sondern auch im Rahmen schwieriger Bedingungen „ihren Mann“ steht, bewies die aus zehn aktiven Rettungstauchern bestehende Gruppe anläßlich einer Einsatzübung im Plochinger Neckarhafen. Folgender Übungsablauf wurde angenommen:

„Nach Augenzeugenberichten ist am Samstag, dem 11. Februar 1984, gegen 9.40 Uhr ein Personenkraftwagen der Marke VW Käfer über die Kaimauer im Plochinger Neckarhafen, Nordseekai, hinausgefahren und im Neckar versunken. Daraufhin erfolgte die Alarmierung der verschiedenen Organisationen und Rettungsdienste. Die DLRG-Taucheinsatzgruppe wurde um 9.45 Uhr alarmiert.“

Um 9.56 Uhr traf dann die erste Taucheinsatzgruppe, bestehend aus einem Einsatzleiter, der zugleich die Aufgaben des Leinenführers übernahm, einem Einsatztaucher und einem Sicherungstaucher, am Unfallort ein. Während sich die Einsatz- und Sicherungstaucher noch weiter aufrüsteten, ließ sich der Einsatzleiter – Wasser – von der bereits vor Ort anwesenden Polizei die ungefähre Lage des Pkw beschreiben. Gegen 10.10 Uhr trafen die letzten Einsatzkräfte an der Unfallstelle ein. Darunter auch die zweite Einsatzgruppe der Rettungstaucher, die von zu Hause selbst angefahren waren und sofort mit dem Aufrüsten begannen.

Bereits um 10.15 Uhr konnte der Einsatzleiter – Land – dem Einsatzleiter – Wasser – melden, daß die beiden DLRG-Rettungsboote (ein Motorboot und ein Ruderboot) zu Wasser gelassen wurden. Zur gleichen Zeit war bereits der Einsatztaucher der ersten Einsatzgruppe im Wasser und begann mit der Suche nach dem Fahrzeug. Zum Land hin durch die Rettungs- und Signalleine in Verbindung stehend mit dem Leinenführer, fand der Einsatztaucher das Fahrzeug gegen 10.22 Uhr. Während dieser Zeit hatten die beiden Boote die Unfallstelle mit Bojen im weiten Umkreis abgesperrt und kenntlich gemacht. Auch das Motorboot wurde mit Rudern vorangetrieben, denn beim Einsatz von DLRG-Rettungstauchern dürfen keine Bootsmotoren laufen. Die Boote übernahmen dann vom Wasser her die Sicherung der Unfallstelle.

Gegen 10.28 Uhr wurde dann die erste

**Personenbergung: Die zweite und letzte „Person“ ist geborgen.**



**Der Pkw ist geborgen und somit auch das Einsatzziel erreicht. (Fotos: Denys)**



Person (eine Fiberglaspuppe) geborgen und durch Angehörige der DLRG erstversorgt, bis das Rote Kreuz den Verletzten übernahm. Bei dieser Gelegenheit hat der Einsatztaucher gleich mitgeteilt, daß das Fahrzeug halb schräg am Flußgrund liege und sich dadurch der Zugang für ihn in das Wageninnere recht schwierig darstellte. Trotz dieser Schwierigkeit wurde die zweite Person bereits um 10.33 Uhr geborgen und nach dem Anlandbringen gleich vom Roten Kreuz versorgt.

Bei der Bergung des Fahrzeuges zeigte sich, daß die Taucheinsatzgruppe des Landkreises Esslingen a. N. bereits mehrere gemeinsame Übungen und Einsätze mit dem THW Kirchheim hatte. Während der Einsatztaucher den in den Fluten versunkenen Pkw gesucht, gefunden und anschließend die beiden Personen geborgen hatte, bauten die Helfer des THW eine Hebeplattform. Mit Hilfe von Stahlseilen befestigte nun ein inzwischen ausgewechselter Einsatztaucher die vier Achsnaben miteinander. Nun wurde das Seil des Hebekrans mit den vier Enden der an den Achsnaben befestigten Stahlseile verbunden. Nachdem der Einsatztaucher dem Einsatzlei-

ter das Okay für die Befestigung der Stahlseile gegeben hatte, wurde der Pkw langsam mit Hilfe einer Seilwinde, die durch den Motor des THW-Fahrzeuges betrieben wurde, herausgehoben.

So konnte um 11.19 Uhr die Bergung des Pkw gemeldet werden. Um 12.01 Uhr wurde das Einsatzende bekanntgegeben.

Bei der anschließenden Einsatzbesprechung wurde das gute Einsatzergebnis von den Einsatzleitern – Land – und – Wasser – sowie auch von dem bei der Taucheinsatzübung anwesenden Vertreter des Landesverbandes Württemberg herausgehoben. Bemängelt wurde im großen und ganzen nur die Alarmierung.

Aus diesem Grund soll in diesem Jahr die Anschaffung einiger Funkmeldeempfänger erfolgen. Dies hört sich zwar leicht an, doch auch bei uns gibt es Finanzierungsschwierigkeiten. Wir hoffen aus diesem Grund auf die tatkräftige Unterstützung des Landratsamtes Esslingen a. N. Vielleicht kann uns auch eine Firma bei der Finanzierung dieses für uns sehr wichtigen und dringend erforderlichen Alarmierungssystems behilflich sein.

Bernhard Lohr



## Presseschau des Inlands

### Schutzraumbau soll Gesetz werden

Die Bundesregierung bereitet nach Angaben des Vorsitzenden des innenpolitischen Arbeitskreises der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Laufs, ein Gesetz vor, wonach jeder Bauherr künftig zum Einbau von Schutzbauten für Katastrophen- und Spannungsfälle verpflichtet werden soll. In der Bundesrepublik gebe es insgesamt nur für etwa 1,8 Millionen Menschen – rund drei Prozent der Bevölkerung – Schutzräume, sagte Laufs in einem Zeitungsinterview.

Nach Berechnungen von Zivilschutzexperten würden in Ein- und Zweifamilienhäusern pro Schutzplatz zusätzliche Kosten durch stärkere Betondecken und massivere Kellerwände von 400 Mark entstehen. Damit sei bereits ein ausreichender Schutz gegen Trümmer und Brand gewährleistet. Für den sogenannten Vollschutz, der durch späteren Einbau insbesondere von Luftfiltern gegen radioaktiven Staub hergestellt werden könne, bezifferten sich die Kosten je Platz auf rund 500 Mark. Die Pläne der Koalitionsfraktionen sähen vor, daß die Bauherren diese Mehrkosten von den Steuern absetzen könnten, sagte Laufs. (Süddeutsche Zeitung, München)

### In Frankfurt fehlen Schutzräume

„Die Ausstattung für den friedensmäßigen Katastrophenschutz konnte 1983 wegen fehlender Mittel nicht verbessert werden.“ Dieser Satz findet sich im alljährlichen Rechenschaftsbericht des Magistrats über seine Aktivitäten, nicht nur für den Verteidigungsfall Vorsorge zu

treffen, sondern der Frankfurter Bevölkerung vor allem auch dann Schutz anzubieten, wenn ein Großfeuer, Hochwasser, Erdbeben oder eine Explosion droht. Für Wilhelm Thomas von der Abteilung für Zivil- und Katastrophenschutz bei der Branddirektion hieß das im vergangenen Jahr, auf neue Funkgeräte, Funkmeldeempfänger und auf so etwas lapidar Anmutendes wie eine Rohrpostanlage verzichten zu müssen. Daß gespart werden muß, bekam der Abteilungsleiter indes auch an den knapper gehaltenen Zuschüssen für die Ausbildung seiner Hilfsmannschaften zu spüren. „Wir haben hauptsächlich für den Verteidigungsfall ausgebildet und uns dafür prompt Ärger aus der Bevölkerung eingehandelt“, berichtet Thomas. Die Entscheidung hat nach seinen Worten jedoch einzig finanzielle Gründe: Für Übungen zum erweiterten Katastrophenschutz übernimmt der Bund die Kosten.

Nach Meinung von Wilhelm Thomas, der das Zusammenwirken der Hilfeinheiten schließlich auf dem Turnfest erprobte, ist der Katastrophenschutz in Frankfurt aber ohnehin verbesserungswürdig. Dabei meint er beides, sowohl den Schutz vor Bomben als auch vor einem großen Giftgasunfall. Nach wie vor gilt seine Hauptsorge den Schutzräumen. Gerade mal sechs Einrichtungen gibt es in Frankfurt, die für eine längere Zeit, zwei bis drei Wochen, Zuflucht offerieren und mit ihrem Platzangebot für drei Prozent der Frankfurter Bevölkerung reichen: zwei Bunker in der Nähe des Ostbahnhofes und des Höchster Bahnhofs und vier Tiefgaragen, die als Mehrzweckanlage konzipiert sind und umfunktioniert werden können (Querstraße, Albusgasse, das Parkhaus unter dem Shell-Haus und unter dem Hauptbahnhof).

Hinzukommen mittlerweile drei Luftschutzbunker, die auf Vordermann gebracht wurden und die allerdings bloß einen Aufenthalt von einigen Stunden erlauben. Sie sind bislang die drei Projekte, die von dem Plan des Bundesvermögensamtes verwirklicht wurden, elf der vierzig Luftschutzbunker, die in Frankfurt aus dem Zweiten Weltkrieg übriggeblieben sind, bis Ende 1986 wieder instand zu setzen. Dieses Jahr sollen laut Thomas zwei weitere an der Reihe sein und fertig werden (Peter-Bied-Straße und Palleskestraße). Dennoch ist der Abteilungsleiter der Überzeugung: „Es werden viel zu wenig Schutzräume gebaut.“ Ein Lob spricht Thomas in diesem Zusammenhang den Bundesbehörden aus. Sowohl die Bahn als auch die Post planten bei Neubauten Schutzeinrichtungen ein. Die Stadt dagegen tue in dieser Beziehung nichts, klagt der Katastrophenschutzexperte und fügt nur ein

„Na, ja“ hinzu. Ob die großen neuen Geschäftsgebäude und Hochhäuser in der Stadt Sicherheitstrakte im Keller haben, weiß Thomas nicht. Das falle unter das Steuergeheimnis, erklärt er.

„Wir müssen eine zivile Katastrophe einkalkulieren und dafür sorgen, daß gewisse Zufluchtstätten da sind“, meint auch der Leiter der Frankfurter Berufsfeuerwehr, Ernst Achilles. Nach seinem Wissen rangiert Frankfurt mit dem Bunkerplatzangebot für drei Prozent seiner Einwohner im Städtevergleich am unteren Ende. Gleichwohl bezweifelt Achilles, ob der teure Bau- oder Umbau von Bunkern angesichts leerer Kassen noch sinnvoll ist. Er plädiert vielmehr dafür, in vorhandenen öffentlichen Bauten den „Grundschutz“ zu ergänzen. Dabei denkt der Feuerwehrchef vor allem an U- und S-Bahn, wo beispielsweise gegen Giftgas Absperrtüren eingebracht werden könnten. Seinen Vorschlag begründet Achilles mit dem Argument, die meisten Städte seien sowieso nicht mehr dazu bereit, die ständigen Wartungskosten für voll ausgebaute Bunker zu übernehmen. Dafür fehle meist das Geld im Etat. An den Mehrzweckanlagen meldet Achilles noch andere Bedenken an. Er hält es für fraglich, ob sie im Ernstfall schnell freigemacht und umfunktioniert werden können.

(Frankfurter Allgemeine Zeitung)

### Notruftelefone auch an Landstraßen

An besonders unfallträchtigen Straßen in dünnbesiedelten Teilen Niedersachsens sollen Notruftelefone aufgestellt werden, damit bei Unfällen schneller Hilfe herbeigerufen werden kann. Dies hat das Kabinett in Hannover auf Vorschlag von Innenminister Möcklinghoff beschlossen. Wie die Landesregierung am Freitag mitteilte, soll das Programm 1985 beginnen und innerhalb von vier Jahren verwirklicht werden. Die Notruftelefone werden mit einer dauernd besetzten Polizeidienststelle verbunden und lassen sich mit Tastendruck bedienen. Die Polizei kann dann automatisch feststellen, woher der Notruf kommt. Die Telefone sollen an den in Frage kommenden Bundes-, Landes- und Kreisstraßen im Abstand von 2,5 Kilometern installiert werden. Da es an Bundesstraßen schon Notmeldeeinrichtungen von zwei Rettungsdienststellen gibt, sind zunächst 420 neue Anlagen geplant.

(Frankfurter Allgemeine Zeitung)



# Presseschau des Auslands

## Moskau baut 475 Kilometer U-Bahn zu Atombunkern um

Nach Informationen westlicher Geheimdienste baut die Sowjetunion gegenwärtig im Eiltempo an zusätzlichen Schutzräumen gegen Massenvernichtungswaffen für die Bevölkerung.

In einem den Regierungen der NATO-Staaten übermittelten vertraulichen Bericht heißt es, gegenwärtig könnten bereits etwa die Hälfte der arbeitenden Menschen in Schutzräumen untergebracht werden.

Die Entwicklung entspricht der sowjetischen Militärdoktrin, daß die Sowjetunion einen Krieg auch bei Einsatz von Massenvernichtungswaffen erfolgreich überleben können müsse – durch Überleben der Führung des Landes sowie wichtiger Teile des Kriegspotentials.

In dem Bericht wird darauf hingewiesen, daß der Zivilschutz und die Verbunkering militärischer Einrichtungen in keinem Land des Warschauer Pakts und der NATO so weit fortgeschritten seien wie in der Sowjetunion:

- Im Großraum Moskau, in jeder Gebietsstadt, in den Hauptstädten der Unionsrepubliken sowie in Ballungszentren der Industrie gibt es für die höheren Parteiorgane und staatlichen Verwaltungen ausreichend sichere Schutzraumanlagen.
- In der Sowjetunion gibt es rund 35000 atom sichere militärische Einrichtungen sowie rund um Moskau etwa 75 verbunkerte militärische und zivile Führungs- und Fernmeldestellen. Sie befinden sich teilweise tief unter der Erde und sind in mehreren Etagen angelegt.
- Besondere Anstrengungen werden gegenwärtig zum Schutz der Wirtschaft unternommen. In vielen Fällen ist die Evakuierung von Wirtschaftsunternehmen im Ernstfall vorgesehen.
- Industriebetriebe mit mehr als 500 Beschäftigten und Wohnhäuser mit mehr als vier Stockwerken sollen eigene Schutzräume erhalten. Mit den entspre-

chenden Bauarbeiten, die bereits 1978 eingeleitet wurden, kommen die Sowjets aber nur langsam voran.

● Insgesamt 475 Kilometer U-Bahn in der Sowjetunion sind bereits schutzraummäßig ausgebaut. Allein in Moskau können gegenwärtig etwa eine Million Menschen in den U-Bahn-Schächten Schutz vor Massenvernichtungswaffen finden.

● In vielen sowjetischen Großstädten sind unterirdische Einrichtungen wie Tiefgaragen oder Bergwerksstollen als Schutzräume ausgebaut. In der Nähe von Bahnhöfen und zentralen Plätzen gibt es auch bereits speziell angelegte Bunker.

(Heinz Vielain in „Welt am Sonntag“, Bonn)

## Vom Sinn des Zivilschutzes

Über Sinn und Nutzen des Zivilschutzes im Zeitalter moderner Massenvernichtungswaffen wird in letzter Zeit viel diskutiert. Dabei geht man oft von völlig falschen Fragestellungen aus. Es ist sinnlos, zu fragen, ob der Zivilschutz gegen jede mögliche Bedrohung schützt. Niemand behauptet nämlich, daß er das tut. Einen absoluten Schutz gibt es nicht, aber das gibt es auch in keinem anderen Bereich des Lebens. Trotzdem werden unzählige Vorsichtsmaßnahmen ergriffen. Sicherheitsgurte im Auto schützen vor den Folgen mancher Verkehrsunfälle, aber es gibt Situationen, in denen sie nichts nützen. Trotzdem trägt man sie, weil man weiß, daß die Wahrscheinlichkeit, in einen Unfall verwickelt zu werden, bei dem das Gurttragen einen Sinn hat, größer ist als diejenige, einen hoffnungslosen Frontalzusammenstoß zu erleiden. Die gleiche Überlegung müßte eigentlich auch für den Zivilschutz gelten.

Auch in Zukunft ist die Wahrscheinlichkeit eines konventionellen Krieges grö-

ßer als diejenige eines solchen mit strategischen Atomwaffen. Gegen konventionelle Waffen bieten aber selbst Behelfsschutzräume einen guten Schutz, künstlich belüftete sogar gegen chemische Waffen. Sollten dabei auch taktische Atom- und Neutronenwaffen eingesetzt werden, so bieten unsere Schutzräume schon in relativ geringer Entfernung vom Sprengpunkt eine hohe Überlebenschance. Sogar in einem eigentlichen Atomkrieg dürfte unser Land kaum mit einem lückenlosen Teppich von Atombomben belegt oder mit derart starken Waffen angegriffen werden, daß die meisten Schutzräume zerstört würden. Das ist schon aus finanziellen und technischen Gründen, aber auch aus strategischen Erwägungen unwahrscheinlich. In der großen Mehrzahl aller Fälle hätte damit der Zivilschutz wirklich einen Sinn.

Hat das Überleben aber überhaupt einen Sinn? Kann man nachher auch weiterleben?

Fragt sich ein Samariter, ob er einem Verletzten überhaupt helfen soll, wenn er nicht weiß, wie seine weiteren Chancen stehen?

Darf der Arzt eine Operation einfach unterlassen, weil sie vielleicht den Patienten doch nicht rettet? Ebenso wenig dürfen wir einfach auf das Überleben verzichten, nur weil auch Situationen denkbar sind, bei denen weiterleben tatsächlich nicht mehr möglich sein könnte...

Aus allen den erwähnten Gründen ist es grundsätzlich falsch, immer nur davon auszugehen, daß besonders schlimme Situationen auf alle Fälle eintreten müßten. Es gibt in künftigen Kriegen oder Katastrophen unzählige Möglichkeiten, bei denen der Zivilschutz ein Überleben und Weiterleben sichern könnte. Wer die Verantwortung für sich und seine Mitmenschen ernst nimmt, muß daher den Zivilschutz befürworten und unterstützen!

(Prof. Reinhold Werle, Präsident des Schweizerischen Zivilschutzverbandes, in „Zivilschutz“, Bern)



# Wissenschaft & Technik

## Bohren und Schlagen mit Elektronik

Stufenloses Bohren und Schlagen ermöglicht ein neu vorgestellter Elektrohämmer. Der Hammer, der auch im Bereich des Zivilschutzes einsetzbar ist, verfügt über eine elektronische Drehzahlverstellung, die es ermöglicht, sowohl Bohrerzahl als auch Schlagzahl stufenlos zu regulieren.



Neben dem schutzisolierten Universalmotor, der elektronischen Drehzahlverstellung, dem schwingungsgedämpften Handgriff und der großdimensionierten Sicherheitskupplung sind für den Praktiker vor allem die beiden getrennten Arbeitssysteme für „Schlagbohren“ und „Schlagen“ interessant.

Während bei vielen Schlagbohr-Hämmern der Bohrantrieb auch in der Stellung „Schlagen“ mitläuft, wird der Bohrantrieb bei dem neuen Hammer über die Schnellumschaltung ausgekuppelt. Er unterliegt dadurch keinem Verschleiß und mindert zugleich nicht die Schlagleistung.

Der Hammer verfügt über ein rückschlagdämpfendes Luftpolster-Schlagsy-

stem, sein Einsatzbereich umfaßt bei Vollbohrern 18–65 mm Ø. Auf dem Zubehörsektor stehen annähernd 50 verschiedene Bohr- und Schlagwerkzeuge zur Verfügung, wodurch der Anwendungsbereich des Gerätes erheblich erweitert werden kann.

(Werksfoto: Wacker)

## Brandmeldeanlagen: Zuverlässiger durch mehr Mikrocomputer

Zu den neuesten Entwicklungen eines großen elektrotechnischen Konzerns auf dem Gebiet der Brandschutztechnik gehört ein Brandmeldesystem, das als erstes nach dem Prinzip der „verteilten Intelligenz“ arbeitet. Der größeren Zuverlässigkeit wegen erbringt nicht mehr ein zentraler Mikrocomputer die gesamte Verarbeitungsleistung, sondern mehrere voneinander unabhängige Mikrocomputerbausteine.

Diese in je einem eigenen Einschub untergebrachten Bausteine sind so über einen Datenbus zusammengeschaltet, daß der Ausfall eines Mikrocomputers weder das gesamte System, noch die anderen intakten Mikrocomputer behindert. Wichtige zentrale Steuerfunktionen wie örtlicher Alarm oder Alarmierung der Feuerwehr werden über eigene Signalleitungen ausgelöst, was die Zuverlässigkeit dieses Brandmeldesystems weiter erhöht.

Das Sicherheitskonzept wird noch durch weitere Maßnahmen abgerundet, etwa durch die Schreibsperre zum Verhindern unbeabsichtigter Datenänderungen oder den automatischen Test auf Alarmfähigkeit. An jeden Einschub mit autarkem Mikrocomputer lassen sich bis zu acht Meldergruppen anschließen, die entwe-

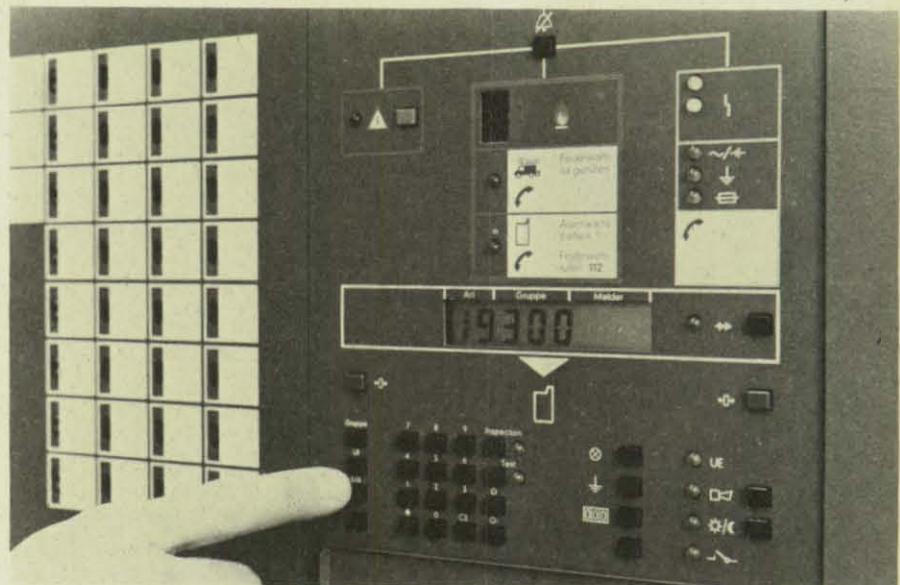
der konventionelle Grenzwertmelder oder Meßwertgeber nach der Pulsmeldetechnik enthalten können. Die beiden Meldergruppenarten kann die Zentrale auch parallel bearbeiten.

Besonderer Wert wurde auf die optimale Bedienung des Systems gelegt. Dazu hat es ein sogenanntes „konzentriertes Bedienfeld“, das in zwei Stufen auf die unterschiedlichen Kompetenzen der Bedienungspersonen im Brandfall abgestimmt ist. So kann man in der ersten Bedienungsstufe – etwa der Pförtner – nur den akustischen Alarm an der Zentrale abstellen, der Zentralenschrank selbst bleibt verschlossen. In der zweiten Stufe dürfen brandschutzgeschulte Personen den Schrank aufschließen und einfache Bedienungen vornehmen – etwa Ein- und Ausschalten der automatischen Alarmorganisation, Ein- und Ausschalten der Meldergruppen, Abfragen des Alarmzählerstandes u. ä.

Neben dem konzentrierten Bedienfeld besitzt die Zentrale noch ein Meldergruppen-Anzeigefeld, das einen Gesamtüberblick über den aktuellen Anlagenzustand gibt. Hier wird jede Meldergruppe getrennt nach Alarm und Störung angezeigt. Hinzu kommt noch die Einsatzdatei, die im Alarmfall je Meldergruppe eine Informationskarte bereithält, aus der die Gebäudeübersicht, der Anfahrtsweg für die Feuerwehr sowie wichtige Meldebereichshinweise für die schnelle Brandbekämpfung hervorgehen.

Von dem neuen Brandmeldesystem gibt es vorerst zwei Wandschrankversionen für den Anschluß von 32 und 80 Meldergruppen. Beide Zentralen haben dieselbe Hard- und Software, was ein problemloses und kostengünstiges Erweitern für den Anwender bedeutet.

(Foto: Siemens)





## Neue Bücher

### Luftschutz im 2. Weltkrieg

**Der zivile Luftschutz in Nürnberg 1933–1945**

Von Dr. G. W. Schramm

Schriftenreihe des Stadtarchivs Nürnberg, Band 35/1 und II

Die Veröffentlichung weckt die Erinnerung an das Inferno der Bombenangriffe auf deutsche Städte während des 2. Weltkrieges. Der Verfasser zeichnet in seiner Doktorarbeit an der Philosophischen Fakultät der Universität Erlangen-Nürnberg am Beispiel von Nürnberg, der schon vor dem Krieg mit 400000 Einwohnern zweitgrößten Stadt Bayerns, ein Bild von der Organisation und Arbeit des zivilen Luftschutzes in einem Luftschutzort I. Ordnung. Die Akten des Polizeipräsidenten und örtlichen Luftschutzleiters, des mit Luftschutzaufgaben betrauten städtischen Dezernates, der Berufsfeuerwehr (damals Feuer-schutzpolizei genannt) und anderer damals beteiligter Institutionen sind den Bombenangriffen und Kämpfen um die Stadt weitgehend zum Opfer gefallen bzw. vor den anrückenden amerikanischen Truppen vernichtet worden.

Die Darstellung stützt sich daher auf weit verstreute Unterlagen in den Stadt- und Staatsarchiven von Nürnberg und anderen Städten Bayerns, aus dem Bundesarchiv Koblenz, dem Militärarchiv Freiburg und historischen Sammlungen in den USA. Weiterhin wurden zahlreiche persönliche Auskünfte und Mitteilungen von Zeugen der damaligen Geschehnisse verarbeitet. In mühseliger Arbeit hat Dr. Schramm die Arbeit des örtlichen Luftschutzleiters von Nürnberg, der mit Aufgaben des Luftschutzes betrauten städtischen Dienststellen und die Gliederung, personelle Stärke und Ausstattung sowie den Einsatz der seinerzeit weitgehend der Polizei unterstellten Sicherheits- und Hilfsdienste des Luftschutzes rekonstruiert. Er schildert auch den baulichen Luftschutz in Nürnberg und die Maßnahmen der städtischen Versorgungsbetriebe, u. a. zur Sicherstellung der Trinkwasserversorgung unmittelbar nach den Luftangriffen.

Die im Anlagenband zusammengefaßten Erfahrungsberichte von Dienststellen und Einheiten des Luftschutzes sowie das ausgewählte Karten- und Fotomaterial machen das Werk zu einem wertvollen Zeitdokument für alle, die sich mit Fragen des Zivilschutzes zu befassen haben und denen diese Probleme ein Anliegen sind.

Der Verfasser kommt abschließend zu dem Ergebnis, daß dank des Einsatzes und Engagements der Mitarbeiter aller Luftschutz-Dienststellen und -Einheiten trotz der großen Zahl schwerster Luftangriffe Nürnberg im Vergleich zu anderen deutschen Städten keinen so hohen Blutzoll zahlen mußte.

W. Such

### Energieversorgung

**Ressourcen, Technologien, Perspektiven**

Von Dipl.-Phys. Dr. M. Grathwohl

2., völlig neu bearbeitete und stark

erweiterte Auflage

Verlag Walter de Gruyter & Co., Berlin – New York

Energie ist eine der fundamentalen Größen, auf denen unsere Zivilisation ruht, für die es keinen Ersatz gibt. Die langfristige Sicherstellung der Energieversorgung ist wegen der Vielfalt der damit zusammenhängenden Fragen zu einem der größten Probleme der Menschheit geworden.

Der Verfasser unternimmt den Versuch, die Problematik der künftigen Energieversorgung und die damit zusammenhängenden vielschichtigen Fragen geschlossen darzustellen. Er wendet sich an Wissenschaftler und Techniker, die in Lehre, Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Energie tätig sind, an die für die Energieversorgung Verantwortlichen, an Studenten, die sich mit der Energieversorgung befassen sowie an alle, die sich hierüber informieren möchten.

Nach Behandlung der physikalisch-technischen Grundlagen, der Entwicklung des Primärenergieverbrauchs der Welt und der Energiewirtschaft wendet sich Dr. Grathwohl den Primärenergieträgern Kohle, Erdöl, Erdgas, Ölschiefer und bituminöse Sande, den nuklearen Energieträgern, der Sonnen- und Gezeitenenergie sowie der geothermischen Energie zu. Danach befaßt er sich mit den auf den Primärenergieträgern aufbauenden Energieversorgungssystemen. Eingehend schildert er die sich durch die Energiefreisetzung ergebenden Umweltbelastungen und Sicherheitsprobleme, die Schadstoffemissionen, mögliche Klimaveränderungen usw.

In diesen und nicht in der Begrenztheit der vorhandenen Energieressourcen sieht er die Problematik der künftigen Energieversorgung. Voraussetzung für den weltweiten Erfolg der Bemühungen, Energie sparsamer und rationeller einzusetzen, ist ein tiefgreifender Bewußtseinswandel, ein „neues Energiebewußtsein“ der Menschen, und der verantwortungsvolle Umgang mit Energie. Bei allen energiepolitischen Entscheidungen müssen wirtschaftliche, ökologische, politische, soziale, rechtliche und ethische Fragen berücksichtigt werden.

W. Such

### Ergänzungslieferungen zu Sammelwerken

**Lüttgen/Biese/Kerutt/Versen**

**Handbuch des Rettungswesens**

v. d. Linnepe Verlagsgesellschaft mbH & Co., 5800 Hagen

Die Ergänzungslieferung enthält neben Aktualisierungen des Abschnitts Rechtsgrundlagen das Rettungsdienstgesetz Baden-Württemberg und die Richtlinien des Sozialministers des Landes Schleswig-Holstein für die staatliche Prüfung im Rettungsdienst.

Im Abschnitt Personal und Ausbildung wird die Satzung der Landesärztekammer Baden-Württemberg über die Eignungsvoraussetzungen für die im Rettungsdienst mitwirkenden Ärzte eingefügt, der Abschnitt Rettungswesen außerhalb der Bundesrepublik Deutschland wird um das Thema Ambulante Notfallversorgung in Österreich erweitert.

**Gerdemann/Korbmann/Kutter/Stramka**

**Krankentransport und Rettungswesen**

25. Ergänzungslieferung

Erich Schmidt Verlag GmbH, 4800 Bielefeld 1

Die 25. Ergänzungslieferung beinhaltet Änderungen und Ergänzungen zur Rechtsprechung, u. a. Übernahme von Reisekosten bei kassenärztlicher Behandlung durch den Unfallversicherungsträger, Unfall eines Krankenhausarztes bei Durchführung eines Krankentransportes und Rentenversicherungszugehörigkeit von Rettungssanitätern.

Das Landesrecht der Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein wird durch die Ergänzungslieferung auf den neuesten Stand gebracht.



Wolfgang Wiedemeyer

## Das Minimagazin

### Safety first – im Bergungsdienst

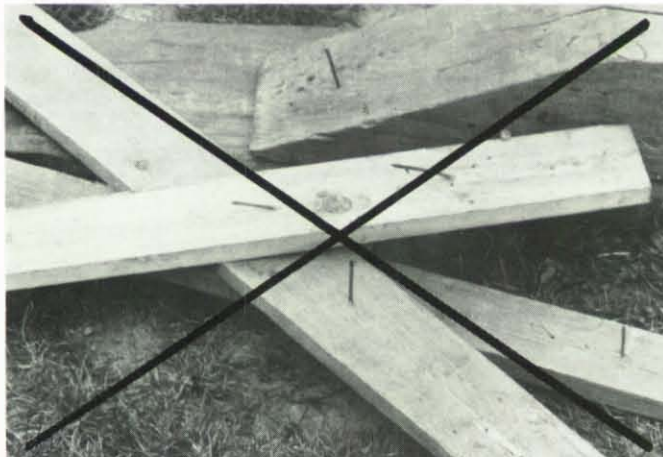
Die nachfolgenden wichtigen Sicherheitshinweise für den Bergungsdienst sind dargestellt durch Teilnehmer an Lehrgängen an der Katastrophenschutzschule des Bundes, Außenstelle Hoya.



Der Genuß geistiger Getränke und der Handel damit sind auf Baustellen und Einsätzen verboten.  
(Vgl. THW-Handbuch Sonderteil 36, Abs. 118.4)



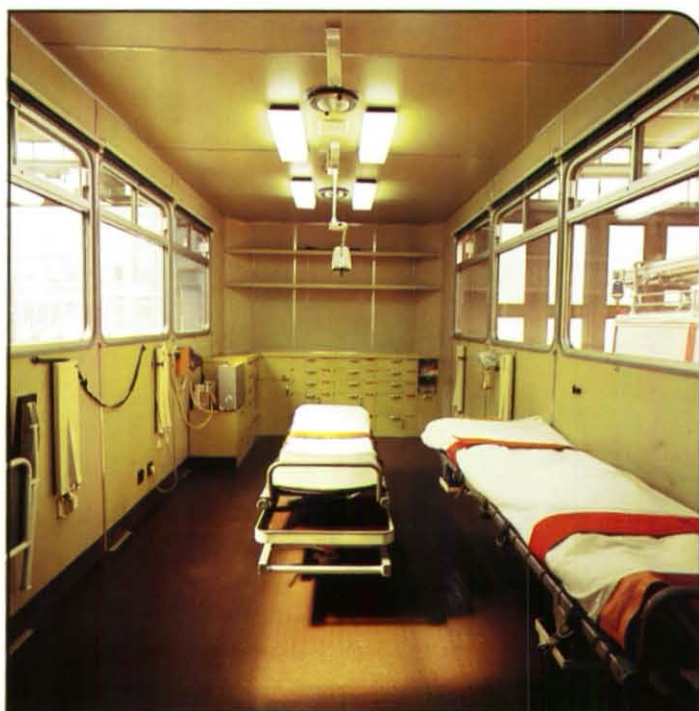
Die Sitzordnung und Haltung bei der Handhabung von Stemmwerkzeugen beim Stemmen von Zapflöchern ist unerlässlich.  
(Vgl. THW-Handbuch Sonderteil 36, Abs. 78.3)



Hervorstehende Nägel an Brettern, Rundhölzern, Balken usw. sind sofort zu beseitigen.  
(Vgl. Allgem. Verhütung, VBG 1)



## Mit neuer Technik den Einsatz meistern



Vor kurzem stellte die Frankfurter Berufsfeuerwehr zwei neue Einsatzleitwagen sowie ein neues, aus vier Anhängern bestehendes Einsatz-Terminal vor.

Für die Einsatzleiter, die erst bei besonderen Schwereinsätzen, z. B. bei Menschenrettung, zum Schadensort fahren, wurde ein etwas modifizierter Geländewagen mit einer Sonderausstattung bestückt. Besonders hervorzuheben ist dabei ein Sprung-Retter, ein „Spezialluftkissen“, das in den USA entwickelt wurde und sich dort schon bei zahlreichen Hochhauseinsätzen bewährt hat (siehe Titelbild).

Das mobile Einsatz-Terminal wurde von der Berufsfeuerwehr Frankfurt entwickelt. Der erste Anhänger nimmt bei einem Großschadensfall die Einsatzleitstelle auf und ist mit modernstem Gerät ausgestattet.

Im zweiten Anhänger werden Besprechungen der Einsatzleitung durchgeführt. Er bildet eine Organisationseinheit mit dem Leit-Terminal.

Der Erstversorgung von Verletzten an Großschadensstellen dient der dritte Anhänger. Ausgestattet mit umfangreichen medizinisch-technischen Geräten findet das Fahrzeug als Kleinoperationsraum Verwendung.

Zehn Übernachtungsmöglichkeiten bietet der vierte Anhänger. Hier können vorübergehend evakuierte Personen untergebracht werden (siehe auch Beitrag im Innern dieses Heftes).

Die Fotos auf dieser Seite zeigen die neuen Fahrzeuge der Berufsfeuerwehr Frankfurt.

Titelbild: Werkfoto Esser Sicherheitstechnik GmbH, Neuss.